

DIE NEUE ORDNUNG

Zeitschrift für Religion, Kultur, Gesellschaft
Begründet von Laurentius Siemer OP
und Eberhard Welty OP

Nr. 3/2024 Juni 78. Jahrgang

Editorial

Wolfgang Hariolf Spindler Grundgesetzmäßigkeiten 162

Schwerpunkthemen

Peter Hoeres „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“
75 Jahre Grundgesetz 164

Jürgen Aretz Episcopale Torheit. Die Abwicklung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle 176

Felix Dirsch Skepsis gegenüber dem „Behelfsheim“. Konservative Kritik an Grundgesetz und „Formaldemokratie“ in der frühen Bundesrepublik 187

Felix Hornstein Otfried Preußler – auch er „umstritten“? 197

Anthony P. Mueller Kritik des sozialstaatlichen Interventionismus (Teil I) 208

Quodlibet

Carl Spitteler Unser Schweizer Standpunkt 217

Bericht und Gespräch

Heinz Theisen Der Nahe Osten zwischen Zivilisation und politisch-religiösem Totalitarismus. Israel als Menetekel oder Modell Europas 227

Herausgeber:
Institut für
Gesellschaftswissenschaften
Walberberg e. V.

Redaktion:
Wolfgang Hariolf Spindler OP (verantw.)
Wolfgang Ockenfels OP

Redaktionsbeirat:
Martin Lohmann
Herbert B. Schmidt †
Manfred Spieker
Johannes Zabel OP

Redaktionsassistentz:
Andrea Wieland

Druck und Vertrieb:
Verlag Franz Schmitt, Postfach 1831
D-53708 Siegburg
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle
zwei Monate in bewährter
Rechtschreibung

Bezug direkt vom Institut
oder über alle Buchhandlungen
Jahresabonnement: 35,- €
Einzelheft 7,- €
zuzüglich Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindung:
Darlehnskasse Münster
IBAN: DE70 4006 0265 0017 0202 00
BIC: GENODEM1DKM

Anschrift von
Redaktion und Institut:
Simrockstr. 19, D-53113 Bonn

Institut und Abonnement-Belange:
ifgwb@t-online.de
Tel.: 0228/21 68 52
Fax: 0228/22 02 44

Redaktion und Autoren-Belange:
NO-Redaktion@gmx.de
Tel.: 0228/242 08 62

Unverlangt eingesandte Manuskripte und
Bücher werden nicht zurückgeschickt.
Verlag und Redaktion übernehmen keine
Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht oder nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photomechanische Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Redaktion

<http://www.die-neue-ordnung.de>

Editorial

Grundgesetzmäßigkeiten

Die Deutschen – und hier darf die Leserschaft einmal „großdeutsch“, das heißt sprachlich-kulturell, und nicht (klein)staatlich denken – gelten seit dem 19. Jahrhundert als Volk der Dichter und Denker. Das Zwillingswort hat der von uns hochgeschätzte Autor *Jean Paul* (1763-1825) umgekehrt. Ursprünglich kam das Denken *vor* dem Dichten. Die Deutschen, auch die ausgewanderten, haben sich das Einhalten dieser Reihenfolge gründlich abgewöhnt. Stolz auf ihre großen Dichter, *Goethe, Schiller, Hölderlin* und wie sie alle heißen, aber kaum mehr gelesen werden, fühlen sie sich selber zum Dichten berufen. Gemeint sind nicht die Reim-dich-oder-ich-freiß-dich-Gedichte von Onkel Herbert, die noch jeden Geburts- oder Hochzeitstag bereichert haben. Sondern die blühende Phantasie, mit der dieses Völkchen sich Dinge ausdenkt, die nicht der Wirklichkeit entsprechen (müssen), es aber abwechselnd beruhigen, beflügeln, trösten oder in Wallung bringen. Man nennt sie „Ideen“.

Die Geschichte deutscher Ideen reicht weit zurück, und selbstverständlich ist auch ihre Untersuchung, die (politische) „Ideengeschichte“, eine deutsche Erfindung, nein: Idee. Honorige Gestalten wie *Hermann Oncken, Friedrich Meinecke, Hermann August Korff* stehen an ihrer Wiege.

So waren es auch Deutsche, die sich Anfang des 16. Jahrhunderts plötzlich einbildeten, die lateinisch-katholische Lehre von den zeitlichen Sündenstrafen, die man durch Gebete und gute Werke „abbauen“ und insofern „Ablaß“ von den *Folgen* der Sünden, sprich: dem angerichteten *Schaden* erlangen könne, verspräche die Vergebung von *Sünden*. Nun, es zogen damals Geschäftemacher und Beutelschneider umher, die mit Dokumenten – auch so eine deutsche Vorliebe –, sogenannten Ablaßbriefen, falsche Vorstellungen nährten, etwa die, man könne mit Ablässen für unbußfertig verstorbene schlimme Sünder diese „nachträglich“ aus der Hölle hieven. Doch *wußte* jeder Christ, auch der Analphabet, daß man kleinere Sünden, Gottes unendliche Barmherzigkeit im Blick, Reue vorausgesetzt, durch entsprechende Sühnetaten aus der Welt schaffen kann, nicht aber größere *vulgo* „schwere“ Sünden, die des Sakramentes der Beichte bedürfen. Doch nein, eine immer größer werdende Menge wollte es nun *partout* anders verstehen als gelernt und beschuldigte die Kirche der Falschmünzerei. Niemand wurde nachweislich so oft falsch zitiert, anhaltend verleumdet, mit Schmutzkübeln überschüttet wie der fromme, gelehrte Leipziger Predigerbruder Dr. *Johannes Tetzel* – bis heute. Jede denkbare Sünde wurde ihm angedichtet, zumal *in sexto*, ebenso das Wort vom klingelnden Geld im Kasten. Von *Luther*, dem Koprolalie-Getriebenen, für dumm erklärt, mag sich *Tetzel* ungeschickt verhalten haben. Daß er aber Hölle und Purgatorium nicht unterscheiden konnte, ist ausgeschlossen.

Man kann ohne Übertreibung sagen – und selbst der Ökonom *Hans-Werner-Sinn* äußerte sich jüngst so in einem Interview, dabei über sich selbst erschreckend –, daß die Reformation auf Hirngespinsten beruhte und „nicht faktenbasiert“ war.

Die Deutschen ließen sich derart von geistigen Überlegungen leiten, „daß sie sich die Köpfe eingeschlagen haben im 30jährigen Krieg“. Deutschland schein besonders anfällig zu sein für ideologische Argumente. *Sinn* bringt als weitere Beispiele den Sozialismus, auch dieser eine deutsche Idee, zudem ein Exportschlager – mit den bekannten Folgen, den Abermillionen Armen und Toten im Sowjet- und im asiatischen Kommunismus –, sowie die aktuelle Klimapolitik. In ihr vereinigen sich Endzeittümelei und Sozialismus mit Hybris. Wie sonst käme man darauf, um des „Weltklimas“ willen, dieser rechnerischen Größe ohne Aussagewert über das tatsächliche Klima an einem bestimmten Ort, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu zerstören? Wie groß muß der Größenwahn einer ideenpolitisch vernagelten Regierung samt ihrer Scheinopposition sein, daß man glaubt, durch Industrieabbau im kleinen Deutschland oder den noch kleineren Ländern Österreich und Schweiz die globale Ölförderung, mithin den weltweiten CO²-Ausstoß drosseln zu können? Doch auch dies eine urdeutsche Idee: ein „gutes Beispiel“ geben, selbst wenn ihm niemand folgt. Gerade dann! Hauptsache, das Kollektivgewissen wähnt sich rein. Die Pflichtenethik, der sich die Deutschen verschrieben haben, auch wenn sie Pflicht zur „richtigen“ *Gesinnung* vergeistigen, geht auf ein weiteres ungelesenes Idol zurück, auf *Kant*. Am 22. April wäre er 300 Jahre alt geworden. In allen Jubelartikeln war wieder obsessiv von *Kants* Aufruf „Sapere aude“ die Rede, vom „Mut“, sich des „eigenen Verstandes zu bedienen“, um den Menschen „aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ zu führen. Keiner liest weiter im Text. Und müßte nicht dem, der die hehren Worte zitiert, angesichts jüngster Erfahrungen im Corona-Regime („Diese Regeln dürfen überhaupt nie hinterfragt werden!“ tönte *Lothar Wieler* am 28. Juli 2020) die Schamesröte ins Gesicht steigen?

Kant läßt Gewissens- und Religionsfreiheit nur im „öffentlichen Gebrauch“ gelten, nicht im Privatbereich, zu dem er auch den Katechismusunterricht von Geistlichen zählt. „Hier ist es ... nicht erlaubt, zu rasonnieren; ... man muß gehorchen.“ Die schizophrene Aufspaltung von Amt und Lehre, von mündlich und schriftlich, von offiziellem „Vortrag“ und eigener Überzeugung hält *Kant* für zumutbar. Immerhin möglich, so *Kant*, daß in dem, was der „Gelehrte“, ohne davon überzeugt zu sein, vorträgt, „nichts der innern Religion Widersprechendes ... angetroffen wird“. Religion als innere Angelegenheit – auch dies eine *Idée fixe* des Volkes ohne angeborene Latinität. Hier ist jeder sein eigener Religionsstifter.

„75 Jahre Deutschland“, titelte die Sonderausgabe der „ZEIT“ zur Feier der zum postdemokratischen „Hippie-Staat“ (*Anthony Gles*) mutierten Republik. Das übertrumpft noch *Steinmeiers* Idee vom Leben „im besten Deutschland, das wir je hatten“. Vor 1949 also – nichts, jedenfalls kein „Schland“. In Bonn feiert man gar allen Ernstes „75 Jahre Meinungsfreiheit“, als ob es auch die nie zuvor gegeben hätte. Dahinter steckt die Idee, Grundrechte würden vom Staat verliehen wie eine Auszeichnung. Weshalb nach deren eiskaltem Entzug Politiker davon sprachen, sie „nach Corona“ den Bürgern „wieder zurückgeben“ zu wollen. Deutsche müssen wohl erst lernen, zu meinen, was sie mögen. Grundrechte stehen im Indikativ und richten sich nicht an Bürger, sondern an den Staat. Nur *der* hat sie zu beachten.

Wolfgang Hariolf Spindler

Peter Hoeres

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“

75 Jahre Grundgesetz

Am Anfang der Bundesrepublik Deutschland lag vermeintlich ein Teppich. Der frisch mit seiner ausschlaggebenden Stimme gewählte Bundeskanzler *Konrad Adenauer* war von den Alliierten Hohen Kommissaren für den 21. September 1949 auf den Petersberg im Siebengebirge geladen. Im dortigen Hotel wollten die Vertreter der drei westlichen Besatzungsmächte *Adenauer* das Besatzungsstatut überreichen. *Adenauer* wollte diesen in seiner Sicht für das geschlagene Deutschland nicht sehr ruhmvollen Akt möglichst klein halten. Ausgemacht wurde daraufhin, daß *Adenauer* und die ihn begleitenden Minister vor dem Teppich den Alliierten gegenüberstehen sollten, während die Kommissare auf dem Teppich stehen und ihr Vorsitzender, *André François-Poncet*, das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts verkünden sollte. Als *Adenauer* im Saal eintraf, begrüßte ihn der ihm gut bekannte ehemalige französische Botschafter in Deutschland, eben jener *François-Poncet*, indem er auf ihn zuing. *Adenauer* ging ebenfalls auf ihn zu; damit stand er auf dem Teppich. Seine Minister rückten zur Teppichkante auf, ein Zurückweichen war nun unpraktisch. Das gegen das Protokoll verstoßende vorzeitige Betreten des Teppichs war damit mehr einem Zufall geschuldet als einer Selbstbehauptung; als eine solche gab *Adenauer* das ikonisch gewordene Betreten des Teppichs dann aber, ausgerechnet eine Story seines freidemokratischen Rivalen *Thomas Dehler* aufnehmend, in seinen Memoiren aus, die lange nach dem Ereignis verfaßt wurden. Die „Teppichszene“ sollte eine neugewonnene Gleichrangigkeit und Ebenbürtigkeit der soeben gegründeten Bundesrepublik Deutschland symbolisieren und den grassierenden Vorwürfen, *Adenauer* sein ein „Kanzler der Alliierten“ gewesen, den Wind aus den Segeln nehmen.¹

Für das Besatzungsstatut, das das begrenzte souveräne Handeln einer „verfassungsmäßigen deutschen Regierung“ unter alliierter Aufsicht ermöglichte und definierte, war aber die Verabschiedung des Grundgesetzes die Voraussetzung gewesen.² Zugleich sollte die wiedergewonnene Staatlichkeit ein Provisorium bleiben, war Deutschland doch dreigeteilt, und zwar in die von den Westalliierten nun zusammengeschlossenen besetzten Gebiete, in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und in die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung gestellten Gebiete: Ostpreußen, Schlesien, Pommern.

I. Begriffe und Positionen

Der provisorische Charakter des westdeutschen Staatswesens wurde mit drei markanten Begriffen deutlich zum Ausdruck gebracht: „Bundesrepublik Deutsch-

land“, „Grundgesetz“, „Parlamentarischer Rat“. Allesamt sind dies Ersatzbegriffe. Die Bezeichnung „Parlamentarischer Rat“ war ein Surrogat für eine verfassunggebende Nationalversammlung, die gerade nicht einberufen werden sollte und konnte, sondern einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland vorbehalten sein sollte (vgl. Art. 146 GG).³ Dementsprechend sollte auch keine Verfassung, sondern nur ein provisorisches „Grundgesetz“ verabschiedet werden. Die Staatsbezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ sollte zum einen die Staatsform der Republik – das war der SPD wichtig – zum Ausdruck bringen, zum anderen dem gewünschten föderalistischen Aufbau – das war für die Union entscheidend – Rechnung tragen. Der Ländername „Deutschland“ sollte den Alleinvertretungsanspruch gegenüber der SBZ symbolisieren und Integrationskraft entfalten. Zugleich wurde die hergebrachte Bezeichnung „Deutsches Reich“, die vom Kaiserreich über die Republik bis ins „Dritte Reich“ gebraucht wurde, verabschiedet, auch wenn man, wie das Bundesverfassungsgericht später ausdrücklich festhielt, von einer Rechtskontinuität des Staates ausging.⁴ Die häufig anzutreffende Abkürzung „BRD“ wurde, je stärker man in der am 7. Oktober 1949 ausgerufenen „DDR“ (Deutsche Demokratische Republik) auf sie zurückgriff, in der alten Bundesrepublik geächtet und ist auch heute nicht amtlich. Abgewendet werden konnte die auch in den Medien kritisierte vorgeschlagene Bezeichnung „Volkstag“ für das Parlament, das stattdessen bekanntlich als „Bundestag“ firmiert.⁵

Der Parlamentarische Rat tagte seit dem 1. September 1948 in einer nüchternen Atmosphäre. Tagungsort war die zwischen 1930 und 1933 im neusachlichen Stil erbaute Pädagogische Akademie in Bonn. Die Eröffnungsveranstaltung fand im Museum *Koenig* statt, das später auch kurzfristig als Bundeskanzleramt diente. *Adenauer* konnte sich dann mit seinem Hauptstadtwunsch Bonn gegen die Konkurrenz aus dem „roten“ Frankfurt am Main, das von der SPD favorisiert worden war, durchsetzen, und die Akademie wurde zum Bundeshaus als Sitz von Bundestag und Bundesrat erweitert. Natürlich gab *Adenauer* offiziell weder eine Aversion gegen Frankfurt noch die Nähe Bonns zu seinem Wohnort Rhöndorf als Grund für die Wahl Bonns an, sondern die Ballung amerikanischer Organisationen in Frankfurt.⁶

Der als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone und der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag bereits bekannte *Adenauer* nutzte das Amt des Präsidenten des Parlamentarischen Rates für die weitgehende Gestaltung und für die Rolle eines Verhandlungsführers gegenüber den Alliierten und anderen Akteuren. Das Amt und seine Bedeutung waren von den Sozialdemokraten sträflich unterschätzt worden. Der starke Mann der SPD war der Jurist *Carlo Schmid*, der schon beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee mitgewirkt hatte. Er wurde Vorsitzender des Hauptausschusses. Die beiden Kommunisten im Parlamentarischen Rat betrieben Fundamental- und Radau-Opposition. Aber auch der im Krankenhaus weilende SPD-Parteivorsitzender *Kurt Schumacher* erwies sich immer wieder als ein Störfaktor. Christ- und Sozialdemokraten waren mit je 27 Abgeordneten gleich stark vertreten, die FDP mit fünf, KPD, Deutsche Partei (DP) und Zentrum mit je zwei Abgeordneten. Die Unionsparteien schlossen sich zu einer Fraktion zusammen, insgesamt gab es damit sechs Fraktionen. Ohne Stimmrecht

wurden fünf (West-)Berliner Abgeordnete hinzugezogen. Unter den damit insgesamt 77 Abgeordneten befanden sich vier Frauen: die „fromme *Helene*“ *Wessel* für das traditionsreiche Zentrum, *Helene Weber* für die CDU, *Friederike Nadig* und *Elisabeth Selbert* für die SPD. Das Plenum kam nur zwölfmal zusammen,⁷ wesentliche Arbeit wurde in den Ausschüssen und in verschiedenen informellen Gremien und interfraktionellen Besprechungen geleistet.

Wie sah das Ergebnis des zähen Ringens aus? Anders als die Verfassung des Kaiserreiches, die auf einen Grundrechtsteil verzichtete und nur als Organisationsstatut firmierte, anders auch als die Weimarer Reichsverfassung (WRV), welche einen Grundrechtsteil an die Staatsorganisation angliederte, stellte man an den Anfang des Grundgesetzes in den Artikeln 1 bis 19 Grundrechte, welche „Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“ binden (Art. 1 Abs. 3 GG). Die SPD versuchte dagegen noch bis in den April 1949 hinein, das Grundgesetz auf ein reines Verwaltungs- oder Organisationsstatut einzudampfen, ohne Grundrechte und ohne die Institution eines Bundespräsidenten, obwohl die Alliierten in den Frankfurter Dokumenten explizit auf „Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten“⁸ bestanden hatten. Das sollte den provisorischen Charakter betonen. Klassische Bürgerrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und eigens auch Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) fanden dann doch Aufnahme, häufig bezogen auf „alle Deutsche“ (Art. 8, 9, 11, 12 und – modifiziert – 16 GG). Diese Einschränkung weist die meisten Grundrechte eben als Bürger- und nicht als Menschenrechte aus, zu denen in Art. 1 Abs. 2 GG jedoch ein ausdrückliches Bekenntnis abgegeben wurde.

Der bekannteste Artikel des Grundgesetzes ist der erste: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee war noch der staatskritische Satz „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.“ favorisiert worden. Der spätere Bundespräsident, *Theodor Heuss*, empfand diese Aussage jedoch als Angriff auf *Hegel*: „Wir dürfen mit einem solchen Satz die innere Würde des Staates nicht kränken.“⁹ Der Rekurs auf die Würde des Menschen trägt natürlich die Imprägnierung der bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit. Die Vorstellung einer spezifischen menschlichen Würde ist dabei älter als der Menschenrechtsdiskurs der Aufklärung. *Dignitas* wird schon von *Cicero* dem Vernunftwesen Mensch zugeschrieben. Im Offertorium des *vetus ordo* des römischen Ritus wurde dann seit dem *Sacramentarium Leonianum* aus dem 6. Jahrhundert gebetet: „Gott, der du die Würde der menschlichen Natur wunderbar erschaffen und noch wunderbarer erneuert hast, laß uns durch das Geheimnis dieses Wassers und Weines teilnehmen an der Gottheit dessen, der sich herabgelassen hat, unser Menschsein anzunehmen: Jesus Christus“. Die Erneuerung nach dem Sündenfall wird durch Christi Tod und Auferstehung bewirkt und dem einzelnen in der Taufe zugewendet, die menschliche Natur von der Gottheit in Jesus Christus angenommen. Es gehört zu den bitteren Pointen der Liturgiereform nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, daß dieses Gebet in der neuen „Gabenbereitung“ nicht mehr vorkommt und nur noch in der dritten Weihnachtsmesse des *novus ordo* gesprochen wird.¹⁰

Die zeitgenössische politische Auseinandersetzung um die *invocatio* oder vielmehr *nominatio Dei* der Präambel verrät die sehr unterschiedlichen geistesgeschichtlichen Traditionen, die so gar nicht zum idealisierenden Bild des Willens der „Väter des Grundgesetzes“ passen. Der einflußreiche Gefolgsmann *Adenauers*, *Adolf Süsterhenn*, optierte, in der katholisch-naturrechtlichen Tradition stehend, gegen einen „liberalen Rechtsstaatsbegriff“, den wiederum der Liberale *Theodor Heuss* in der Tradition *Hegels* verfocht. Die Sozialdemokraten waren den Menschenrechten der Aufklärung und einem unitarischen Republikanismus verpflichtet.

II. Akteure und Interventionen

Der Parlamentarischer Rat befand sich nicht in einer idealen *Habermasschen* Diskursituation. Statt des zwanglosen Zwangs des besseren Argumentes ging es um handfeste Machtinteressen und Herrschaftsverhältnisse. Zuallererst war auch Westdeutschland noch besetzt, besaß keine Souveränität. Vielmehr bestimmten die westlichen Alliierten, allen voran die US-Amerikaner, über die deutschen Geschehnisse in „Trizonesien“; formal war die französische Zone der Bizone noch nicht einmal angegliedert. Das taten die Alliierten durchaus im Sinne einer *benevolent dictatorship*. Aber auch dies wird in der Rückschau häufig zu glättend und harmnisch gesehen.

Schon auf der Londoner Außenministerkonferenz vom 23. Februar bis 6. März 1948 waren die unterschiedlichen strategischen Ziele der westlichen Besatzungsziele deutlich geworden. Die USA wollten einerseits als Vorkehrung gegen die Rückkehr eines übermächtigen Staates eine föderalistische Struktur in Westdeutschland stärken, andererseits einen Weststaat als Bollwerk gegen den kommunistischen Ostblock schaffen. Der erste Generalsekretär der NATO, Lord *Ismay*, brachte das später lapidar auf die Forderung, „to keep the Soviet Union out, the Americans in, and the Germans down.“¹¹ Die Briten waren dagegen mangels eigener Erfahrung mit einem föderalistischen Staatsaufbau weniger kritisch gegenüber staatlicher Zentralisierung als die amerikanischen „Federalists“; wichtiger war ihnen die einheitliche Zusammenfassung des Ruhrgebiets, daher auch die Gründung des traditionslosen eigenartigen Zwitterstaates Nordrhein-Westfalen. Schon mit dem Zonenbeirat schufen sie ein Organ für die Mitwirkung der Deutschen, die sie als wichtig ansahen. Wie nach dem Ersten Weltkrieg ging es den Franzosen schließlich vor allem um die Schwächung Deutschlands, also eine möglichst lange Besatzungszeit, um die Kontrolle über das Ruhrgebiet, um Reparationen und die Annexion des Saarlandes. Der Schaffung eines Weststaates standen sie sehr kritisch gegenüber. Die Gaullisten und die Kommunisten opponierten dann auch heftig gegen die aus der Londoner Konferenz hervorgegangenen Frankfurter Dokumente, die einen Verfassungsauftrag an die Ministerpräsidenten formulierten. Das Londoner Schlußkommuniqué war von den Militärgouverneuren *Lucius Clay*, *Brian Robertson* und *Pierre Koenig* in die Frankfurter Dokumente übersetzt und den Ministerpräsidenten übergeben worden. Geschaffen werden sollte eine „demokratische Verfassung“, die „eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft“ und „die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten

enthält.“ Im Dokument III stand der Passus, daß Länderreferenden über die Verfassung abstimmen sollten.¹² Die Franzosen spekulierten damit auf ein Scheitern des ungeliebten Weststaates.

Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder zeigten sich nun keineswegs begeistert über die Aussicht auf eine zumindest begrenzte Eigenstaatlichkeit. *Adenauer* führte privat gar aus, gegenüber den Londoner Empfehlungen sei der Versailler Vertrag ein „Rosenstrauß“ gewesen.¹³ Der harsche Ton der französischen Vertreter gegenüber den Ministerpräsidenten trug nicht zu einer Entspannung bei. Die Ministerpräsidenten strebten gar keine Staatsbildung an, sie wollten nur ein Provisorium errichten, waren sich aber über dessen Charakter uneins. Die Ministerpräsidenten der Union und insbesondere die Vertreter Bayerns setzten sich für eine dezidiert föderalistische Struktur ein, die SPD war zentralistisch orientiert. Das bayerische Parlament ratifizierte wegen des nach bayerischem Gusto zuwenig ausgeprägten föderalen Charakters des Grundgesetzes dieses später auch nicht, erkannte aber seine Verbindlichkeit auch für Bayern an.

Der amerikanische Militärgouverneur *Lucius Clay* war wiederum über die Reaktion der Ministerpräsidenten verärgert. Die Alliierten machten nun klar, daß die Frankfurter Dokumente bindend seien. Den Ministerpräsidenten und auch *Konrad Adenauer* als Präsidenten des Parlamentarischen Rats war es dagegen mit Blick auf die Bevölkerung wichtig, daß ihre Beschlüsse nicht als Vollzug eines alliierten Oktrois galten. Daß der Parlamentarische Rat aber „völlig frei, selbständig und unabhängig“ sei, war doch eine sehr deutliche Überdehnung des tatsächlichen Sachverhaltes seitens *Adenauers*.¹⁴

Die Ministerpräsidenten hatten auch andere materielle Einwände gegen die alliierten Vorgaben. Tatsächlich konnten sie am 28. Juli 1948 einen Verzicht auf geplante Referenden zur Annahme der provisorischen Verfassung und den Namen „Grundgesetz“ („basic constitutional law“) sowie Parlamentarischer Rat statt verfassunggebender Nationalversammlung durchsetzen. Die Alliierten fürchteten eine Agitation gegen den Verfassungsprozeß und lenkten hier ein. Im Anschluß entsandten die Länder je einen Experten nach Herrenchiemsee. Innerhalb von zwei Wochen formulierten diese einen Entwurf des Grundgesetzes. Die Aufnahme in der Öffentlichkeit fiel allerdings eher negativ aus. Die SPD deklarierte diese Vorarbeit als gänzlich unverbindlich. Gleichwohl stellte der Entwurf eine Grundlage für die Arbeit des Parlamentarischen Rats dar, und einzelne Artikel fanden Aufnahme im Grundgesetz.

Der ganze Prozeß der Aushandlung des Grundgesetzes fand also nicht im luftleeren Raum statt. Verschiedene Akteure bestimmten das Geschehen, allen voran die Alliierten, von deren Genehmigung das ganze Unternehmen abhing, was allerdings nach außen mit Blick auf die Legitimität nicht so aussehen durfte. Die Alliierten griffen immer wieder mit Memoranden und Gesprächen in den Prozeß ein. Und so begleitete *Adenauer* der Vorwurf, ein Erfüllungsgehilfe der Alliierten zu sein. Nach der bereits nach einem Monat erzielten Revision des Besatzungsstatuts durch *Adenauer*, der nun als Bundeskanzler amtierte, ertönte dann *Kurt Schumachers* Zwischenruf im Bundestag, *Adenauer* sei der „Bundeskanzler der Alliierten“. Die SPD hatte das Besatzungsrecht zuvor als Ermächtigungsgesetz

bezeichnet, obwohl mit dem „Petersberger Abkommen“ vom 22. November 1949 Demontagen gestoppt werden konnten. Der durch *Schumachers* Invektive hervorgerufene Eklat führte zum Ausschluß *Schumachers*, der sich eine schon gängige Zuschreibung der Kommunisten zu eigen gemacht hatte. Es bedurfte einiger Vermittlung, bis *Adenauer* und *Schumacher* sich zu einer Erklärung bereit fanden, welche die wechselseitigen Vorwürfe bereinigten. *Schumacher* entschuldigte sich für seinen das Klima vergiftenden Vorwurf jedoch nicht.¹⁵

Darüber hinaus redeten die Parteien mit, dann die Verbände und nicht zuletzt die Kirchen. Der katholischen Kirche ging es vor allem um das natürliche Elternrecht und die Bekenntnisschule. Ganz am Ende, im April 1949, wurden nach interfraktionellen Besprechungen wesentliche Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung (Art. 136 bis 139 und 141 WRV) übernommen (Art. 140 GG), welche die freie Religionsausübung verbürgten. Damit wurde auch die Ablösung der Staatsleistungen übernommen, zu der es bekanntlich bis heute nicht gekommen ist. Und ebenfalls fand die die sogenannte Bremer Klausel Eingang, welche ermöglichte, auf bekenntnisgebundenen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, etwa in Bremen, zu verzichten (Art. 141 GG). Der Fortbestand des Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vom 20. Juli 1933, der für die Kirche unter anderem wegen der gewährten Freiheiten bei Bischofsbesetzungen und Berufungen an Theologischen Fakultäten wichtig war, wurde von FDP und SPD angegriffen, schlußendlich aber vom Bundesverfassungsgericht 1957 sanktioniert. Die katholischen Bischöfe in Deutschland waren anders als der Vatikan – ein scharfes Schreiben Papst *Pius' XII.* vom Februar 1949, das die Gegner des Elternwillens und der kirchlichen Freiheiten zu unbewußten „Nachahmern eines zusammengebrochenen Staatssystems“¹⁶ stempelte, wurde Anfang Mai 1949 veröffentlicht – gleichwohl nicht ganz mit dem Ergebnis zufrieden und forderten etwa, die Bremer Klausel noch zu revidieren. Der mächtige Kölner Erzbischof, *Josef Kardinal Frings*, und Domkapitular *Wilhelm Böhler* wurden von Unions- und Zentrumsvertretern durchaus gehört, allerdings stießen ihre Bemühungen bei den anderen Parteien zum Teil auf heftige Ablehnung.¹⁷

Mehrere Interventionen kamen aus Moskau und aus der SBZ, welche den ganzen Prozeß der Weststaatsgründung zu verleumden versuchten. Die ganze Zeit des Parlamentarischen Rates war zudem von der Berlin-Blockade begleitet. *Stalin* ließ sich im Januar 1949 mit Friedensplänen vernehmen. Der sowjetische Sonderbotschafter für Deutschland, *Wladimir Semjonowitsch Semjonow*, offerierte einen Monat später den Plan eines entmilitarisierten, neutralen und von einem wiederbelebten Alliierten Kontrollrat beaufsichtigten Gesamtdeutschlands, in etwa das, was *Stalin* 1952 in seinen Noten vorschlug. Der Vorsitzende der Ost-CDU, *Otto Nuschke*, bereiste dann Westdeutschland und traf *Adenauer*. Er warnte vor einem Wahlgesetz, das Berlin berücksichtige, dies evoziere eine sowjetische militärische Aktion. Das von der SED gesteuerte parlamentarische Gremium in der SBZ, der Deutsche Volksrat, drängte auf gemeinsame Versammlungen mit den Mitgliedern des Frankfurter Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates. Der KPD-Abgeordnete im Parlamentarischen Rat, *Heinz Renner*, griff diese Initiativen auf. Orchestriert wurde das von entsprechenden gleichlautenden Schreiben von Bürgern.

Der Ältestenrat des Parlamentarischen Rates lehnte den Vorschlag mit Verweis auf die fehlende demokratische Legitimation des Volksrates und seiner Repräsentanten ab. Weitere Telegramme an die Abgeordneten kurz vor und nach der Verabschiedung des Grundgesetzes ließ man unbeantwortet.¹⁸

Am Ende wurde das Grundgesetz, an dem man viel länger als geplant, nämlich neun Monate, gearbeitet hatte, dann doch in eiserner Zeitdisziplin¹⁹ genau fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht mit 53 Stimmen der CDU, der SPD und der Liberalen gegen 12 Stimmen – sechs aus der CSU (zwei CSU-Abgeordnete stimmten zu), ferner die Stimmen des Zentrums, der Deutschen Partei und der KP – angenommen. Wenig später hoben die Sowjets die Berlin-Blockade auf, die Konsolidierung westdeutscher Staatlichkeit hatten sie nicht verhindern können.

III. Reaktionen der Öffentlichkeit

Die Reaktionen auf die Verabschiedung des Grundgesetzes in der Öffentlichkeit waren keinesfalls euphorisch. Die Bayernpartei sprach gar von einem „Schundgesetz“²⁰. *Charles de Gaulle* erklärte: „Lösung von Bonn bedeutet die Wiederherstellung des deutschen Reiches.“²¹ Nicht überraschend war die Interpretation der sowjetischen Agentur Tass: Die „Spalterverfassung“ sei das Ergebnis der von den Besatzungsmächten ausgegebenen Direktiven.²² Aber auch die Chefredakteure der Wochenzeitung „Die Zeit“ gingen harsch mit der „Verfassung des Als-Ob“ ins Gericht, das eben „keine volle politische Freiheit“ ermögliche und von den Hypotheken des Besatzungs- und Ruhrstatuts belastet sei. „Der Spiegel“ verpackte diese Diagnose schon damals in Ironie: „Deutschlands Militärregenten haben neun Monate mit Rat, Mahnung, Warnung und versteckter Drohung hinter den Bonner Räten gestanden. Als alles dann so weit war, verfehlten sie nicht, den Räten zu bescheinigen, sie seien wackere Männer, die etwas Wackeres geschaffen hätten.“²³ Das Grundgesetz sei „kein Werk schöpferischer Phantasie“, schrieb der stellvertretende Chefredakteur *Ernst Friedlaender*, man sei „kein wirkliches freies Volk“.²⁴ Chefredakteur *Ernst Tüngel* fand den Katalog der Menschenrechte – gemeint waren die Grundrechte – „schlecht formuliert“. Die Proklamation „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) konterte er mit der Bemerkung, es werde „kaum eine westdemokratische Verfassung geben, in der das Volk unmittelbar so sehr von der Staatsgewalt ausgeschlossen ist wie hier.“²⁵

Friedlaender kritisierte auch materiell einzelne Bestimmungen, so die Bindung der Freiheit der Lehre an die Treue zur Verfassung. Wer bestimme, was diese Treue bedeute? Zudem sei es für die Parteien unvorstellbar, „daß möglicherweise die Freiheit auch gegen sogenannte demokratische Parteien geschützt werden müßte“²⁶ – ein geradezu erschreckend aktueller Satz. Von *Tüngel* wurde die Stellung des Bundeskanzlers als „außerordentlich stark“ kritisiert. Er resümierte, es bleibe „nur ein Trost, diese Verfassung ist provisorisch: Daß die nächste besser werde, dafür laßt uns alle sorgen.“²⁷ In Meinungsumfragen zeigten sich die Westdeutschen eher desinteressiert an der ganzen Thematik. So antworteten im März 1949 vierzig Prozent aller Westdeutschen, daß ihnen die Verfassung gleichgültig

sei, ein Drittel war „mäßig interessiert“, nur ein Fünftel „sehr interessiert“.²⁸ Es war also ein weiter Weg, bis der Politikwissenschaftler *Dolf Sternberger* als Antwort auf die „68er“-Polemik gegen die „FDGO“ den Verfassungspatriotismus erfand und bis dieser von *Jürgen Habermas* als ein Ersatz für den von ihm perhorreszierten herkömmlichen Patriotismus etabliert wurde.²⁹

IV. Das Grundgesetz heute

Das Grundgesetz ist seit seiner Verkündigung 67mal geändert worden. Wichtige Elemente wie die Wehr- oder die Notstandsverfassung – erstere ein wichtiger Baustein der Westintegration, letztere eine Auflage der Alliierten – mußten ergänzt werden. Auch hatte das im Parlamentarischen Rat unumstrittene Asylrecht eine Bedeutungsveränderung erfahren und sich zum Einfallstor für eine unregelte Immigration von Wirtschaftsflüchtlingen erwiesen. Die Aufnahme eines Art. 16a im Jahr 1993 schaffte Abhilfe, allerdings durch die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nur mittelfristig. Die Wiedervereinigung über Anwendung von Artikel 23 GG statt über die in Artikel 146 GG vorgesehene Verabschiedung einer Verfassung in freier Entscheidung „von dem deutschen Volke“ ließ die Architektur des Grundgesetzes intakt und wertete es nun zur gesamtdeutschen Verfassung auf.

Problematischer als die Verfassungsänderungen scheinen die Umdeutungen des Grundgesetzes durch ein rechtschöpfendes Bundesverfassungsgericht, den Gesetzgeber und nachgeordnete Behörden zu sein.

So hat das Bundesverfassungsgericht in seinem „Klimabeschluß“ vom 24. März 2021 das Klimaschutzgesetz als mit den Grundrechten für unvereinbar erklärt, insofern eine Regelung über die Fortschreibung der nationalen Minderungsziele für Zeiträume ab dem Jahr 2031 fehle. Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, spätestens mit Ablauf des Jahres 2022 die Fortschreibung der Minderungsziele für diese Zeiträume zu regeln. Damit hat das Gericht sehr weitgehende Anweisungen Richtung Planwirtschaft auf Grundlage unsicherer Prognostik und wenig klimarelevanter Wirkung nationaler Maßnahmen vorgegeben. Zuvor war schon die billigende Entscheidung über die *Out-of-Area*-Einsätze der Bundeswehr von 1994 mit der Koppelung an einen Parlamentsbeschluß ein rechtschöpfender Akt, der weit über eine Auslegung des Grundgesetzes hinausging. Diese Kritik an einer eigenmächtigen Kompetenzerweiterung des obersten deutschen Gerichts gehört übrigens zum Wesen des demokratischen Diskurses, sind doch Gerichte nicht der öffentlichen Debatte entzogen und enthalten Verfassungsgerichtsurteile oft selbst Minderheitsvoten.

Die Legislative verkehrte dagegen den Sinngehalt von Artikel 6 GG geradezu ins Gegenteil. Der ganze Artikel, der Ehe und Familie wie speziell die Mütter unter staatlichen Schutz stellt und letztere der „Fürsorge der Gemeinschaft“ anvertraut, ist durch die Einführung der „Ehe für alle“ wie durch eine Abwertung der Mutterrolle durch Diskreditierung, Zugang zur reproduktiven Medizin und Abkopplung der rechtlichen Mutterschaft von der biologischen gegen die Intentionen der Autoren des Grundgesetzes fundamental verändert und entwertet worden. Die

„Ampelkoalition“ versucht darüber hinaus, mit bestellten Expertinnen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auszuhebeln, nach der die Tötung ungeborener Kinder rechtswidrig ist und nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei bleiben kann.

Schließlich konstruierte das Bundesamt für Verfassungsschutz unter seinem Präsidenten *Thomas Haldenwang* (CDU) zuletzt monopolartig und implizit sanktionsbewehrt ein verengtes Verständnis vom „deutschen Volk“ als Staatsvolk; daß es damit eklatant den Wortlaut und Bestimmungen des Grundgesetzes mißachtete, ist mittlerweile von mehreren Juristen und Publizisten festgestellt worden. So hat laut Präambel sich das offenbar schon existierende „Deutsche Volk“ diese Verfassung gegeben und damit das Staatsvolk erst geschaffen. Und in Artikel 116 heißt es bis heute, Deutscher sei, „wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“ [Hervorhebung vom Verfasser]. Wie zahlreiche weitere Gesetze (zum Beispiel Bundesvertriebenengesetz mit dem Verweis auf die „Volkszugehörigkeit“) gehen also das Grundgesetz und der Gesetzgeber *auch* von einem „ethnischen“ Volksbegriff, von der Volkszugehörigkeit nichtdeutscher Staatsbürger aus – was gerade nicht identisch mit dem Begriff des Staatsvolkes ist.³⁰

Man braucht nicht dem amerikanischen konservativen „Originalismus“ anzuhängen, der getreu die Intentionen der Verfassungsväter zur Geltung bringen möchte, um zu konstatieren, daß das Grundgesetz bei derart weit reichender Re-Interpretation seines Gehaltes teilweise beraubt wird. Bei aller Wandlung und Anpassung an eine veränderte Verfassungswirklichkeit gilt es also, den Kern des Grundgesetzes wieder freizulegen und zur Geltung zu bringen. Dazu gehört die „Verantwortung vor Gott“ in der Präambel, welche menschlichem Gestaltungs- und Interpretationswillen Grenzen setzt. Die Unterzeichnung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 fand unter Beschirmung durch eine barocke goldene Engelsskulptur statt, die das Tintenfaß trugen, das zur Unterzeichnung diente. Die zwei Engel mit ausgebreiteten Flügeln beschirmten die Unterzeichnung und verliehen dem sonst eher nüchternen Akt in einer sachlichen Atmosphäre christliches Pathos.³¹

Die Preisgabe der Einsicht gemäß dem berühmten *Böckenförde*-Dictum von den Voraussetzungen, die der freiheitliche, säkularisierte Staat „selbst nicht garantieren kann“³², läßt sich nicht durch eine oberflächliche Wir-Rhetorik oder Appelle an den Gemeinsinn kompensieren, wenn vollkommen disponibel ist, was man sich unter der Gemeinschaft oder der *patria* vorstellen kann. Das „Wir“ wird dann zur politischen Kampfrhetorik. Das Grundgesetz verlangt jedoch gerade keine Gesinnungsgefolgschaft, es setzt vielmehr ein Mindestmaß an Homogenität voraus. Der liberale jüdische Staatsrechtslehrer *Hans Kelsen* formulierte das in den 1920er Jahren wie folgt: „Die tatsächlichen Voraussetzungen für die gegenseitige Verständigung der an der sozialen Willensbildung Beteiligten müssen also gegeben sein: eine kulturell relativ homogene Gesellschaft ...“³³Neben der nationalen Bestimmung der Demokratie ist für *Kelsen* also die Möglichkeit der Verständigung essentiell. Dieser Gedanke einer aus „substantielle[r] Gleichheit“ hervorgehenden

„relative[n] Homogenität“, die der demokratische Verfassungsstaat zur Voraussetzung hat, findet sich dann auch bei *Ernst-Wolfgang Böckenförde*, der daher den Staat aufforderte, die muslimische Einwanderung so zu beschränken, daß die Muslime „in ihrer Minderheitenposition verbleiben“. ³⁴ Darüber hinaus verlangt das Grundgesetz nur, daß die Staatsbürger die Gesetze befolgen. Mit einem derart nüchternen, aber doch den Wesensgehalt des Grundgesetzes achtenden Blick könnte das einstmalige Provisorium noch auf absehbare Zeit als gewachsenes Fundamentum des deutschen Staates dienen.

Anmerkungen

- 1) Michael Ruck, „Abschied vom Pathos“ – Beginn eines „Mythos“. Die visuelle Gründungskonstruktion der Bundesrepublik, in: Gerhard Paul (Hg.), *Das Jahrhundert der Bilder. II: 1949 bis heute*, Göttingen 2008, S. 40-47; Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 1965, S. 233.
- 2) Nr. 4: Dokumente zur künftigen Entwicklung Deutschlands („Frankfurter Dokumente“) Frankfurt, 1. Juli 1948, in: *Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle*, Bd. 1: Vorgeschichte bearbeitet von Johannes Volker Wagner, hg. für den Deutschen Bundestag von Kurt Georg Wernicke für das Bundesarchiv von Hans Booms unter Mitwirkung von Walter Vogel, Boppard am Rhein 1975, Dokument Nr. III: S. 33.
- 3) Das Grundgesetz wird hier nach seiner ersten verkündeten Verfassung vom 23. Mai 1949 zitiert, vgl. *Bundesgesetzblatt Nr. 1 vom 23. 5. 1949*, S. 1-19.
- 4) Christian Hillgruber, *Der Deutsche Nationalstaat – ein völkerrechtliches Kontinuum*, in: Tilman Mayer (Hg.), *150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland. Essays, Reflexionen, Kontroversen*, Baden-Baden 2021, S. 53-70.
- 5) Richard Tüngel, *Hitlers Schatten über Bonn*, *Die Zeit*, 3. 3. 1949.
- 6) Adenauer, *Erinnerungen*, S. 173.
- 7) *Der Parlamentarische 1948-1949. Akten und Protokolle*, Band 9: *Der Parlamentarische 1948-1949. Akten und Protokolle*, Bd. 9: Plenum bearbeitet von Wolfram Werner, hg. vom Deutschen vom Bundestag und vom Bundesarchiv unter und Leitung von Rupert Schick und Friedrich P. Kahlenberg.
- 8) Nr. 4: Dokumente zur künftigen Entwicklung Deutschlands („Frankfurter Dokumente“) Frankfurt, 1. Juli 1948, S. 31.
- 9) Jasper von Altenbockum, *Spuren rheinischer Demokratie. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz*, *APuZ 74 (2024)*, Nr. 16-22, S. 16-22, hier zitiert nach S. 21.
- 10) Benjamin Leven, *Das Wasser, der Wein und die Menschenwürde*, in: *Communio online [2024]*, in: <https://www.herder.de/communio/spiritualtaet/eine-liturgische-randnotiz-zur-vatikan-erklaerung-dignitas-infinita-das-wasser-der-wein-und-die-menschenwuerde/> [aufgerufen am 8. 5. 2024].
- 11) https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_137930.htm [aufgerufen am 8. 5. 2024].
- 12) *Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle*, Band 1, Zitat Dokument Nr. I: S. 31.

- 13) Michael F. Feldkamp, *Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Die Entstehung des Grundgesetzes*, Bonn 2020, Zitat S. 27.
- 14) J. Schäfer, *Der Parlamentarische Rat in Bonn*, *Die Zeit*, 9. 9. 1948.
- 15) Michael F. Feldkamp, *Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz*, München 2023, S. 147-157.
- 16) Presseveröffentlichung eines Schreibens von Papst Pius XII. an die deutschen Bischöfe über die Arbeit des Parlamentarischen Rates vom 20. Februar 1949 [publiziert in: *Kölnische Rundschau* 2. 5. 1949], in: *Die Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland 1949. Eine Dokumentation*, hg. von Michael F. Feldkamp, Stuttgart 1999, S. 182f., Zitat S. 183.
- 17) Feldkamp, *Der Parlamentarische Rat*, S. 123-131.
- 18) Feldkamp, *Der Parlamentarische Rat*, S. 156-162.
- 19) *Der Spiegel*, 11. 5. 1949.
- 20) Ernst Friedlaender, „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“, *Die Zeit*, 19. 5. 2024.
- 21) C. J., *Die Woche*, *Die Zeit*, 26. 5. 1949.
- 22) *Der Spiegel*, 11. 5. 1949.
- 23) *Der Spiegel*, 18. 5. 1949.
- 24) Ernst Friedlaender, „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“, *Die Zeit*, 19. 5. 2024.
- 25) Richard Tüngel, *Hitlers Schatten über Bonn*, *Die Zeit*, 3. 3. 1949.
- 26) Ernst Friedlaender, „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“, *Die Zeit*, 19. 5. 2024.
- 27) Richard Tüngel, *Hitlers Schatten über Bonn*, *Die Zeit*, 3. 3. 1949.
- 28) Julia Reuschenbach, *Der Parlamentarische Rat: Wahrnehmung in Presse und öffentlicher Meinung*, in: Tilman Mayer/Dagmar Schulze Heuling (Hg.), *Über Bonn hinaus*, Bonn. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte, Baden-Baden 2017, S. 75-92, hier S. 84.
- 29) Vgl. dazu Peter Hoeres, *Zeitung für Deutschland. Die Geschichte der FAZ*, München, Salzburg 2019, S. 228-230.
- 30) Besonders prägnant zu den logischen und juristischen Verrenkungen, die der Verfassungsschutz bei diesem Thema macht, der Sozialdemokrat Mathias Brodkorb, *Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Gehilfe der Politik*. Sechs Fallstudien, Springe 2024.
- 31) Ruck, „Abschied vom Pathos“ – Beginn eines „Mythos“.
- 32) Ernst Wolfgang Böckenförde, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: ders., *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*, Frankfurt am Main 2016⁶, S. 92-114, Zitat S. 112 [Kursivierung im Original].
- 33) Hans Kelsen, *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. 2. Neudruck der 2. Aufl. Tübingen 1929, Aalen 1981, S. 65 f.; vgl. auch Carl Schmitt, *Verfassungslehre*, Berlin 1965 (zuerst 1928), S. 227-236.
- 34) Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Demokratie als Verfassungsprinzip*, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Grundlagen von Staat und Verfassung. Heidelberg 1987, S. 887-952, hier 917 f.; ders.: *Religionsfreiheit ist kein Gottesgeschenk*, *FAZ*, 23. 4. 2009, S. 35, dort das Zitat, das im Kontext wie folgt lautet: „Der Staat hat seinerseits zu verlangen, daß die geltenden Gesetze loyal befolgt werden; darüber hinaus gehende ‚Wertbekenntnisse‘ sollte er nicht

einfordern. Andererseits hat der Staat dafür Sorge zu tragen, daß, solange die ... Vorbehalte fortbestehen, die Angehörigen des Islams durch geeignete Maßnahmen im Bereich von Freizügigkeit und Migration – nicht zuletzt im Hinblick auf die Türkei – in ihrer Minderheitenposition verbleiben, ihnen mithin der Weg verlegt ist, über die Ausnutzung demokratischer politischer Möglichkeiten seine auf Offenheit angelegte Ordnung von innen her aufzurollen. Darin liegt nicht mehr als seine Selbstverteidigung, die der freiheitliche Verfassungsstaat sich schuldig ist.“

Prof. Dr. phil. habil. Peter Hoeres ist Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

Jürgen Aretz

Episkopale Torheit

Die Abwicklung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle

Die deutschen Bischöfe konnten in der jüngeren Vergangenheit nicht unbedingt viele gute Nachrichten vermelden oder zur Kenntnis nehmen. Intern ist die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) zerstritten, von „Rom“ wird sie eher mit Argwohn als mit solidarischer Sympathie begleitet. Hunderttausende Katholiken beiderlei Geschlechts wenden der Kirche Jahr für Jahr den Rücken zu. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sich die deutsche Ortskirche seit dem Ende des 2. Weltkrieges nie in einer schlechteren Verfassung befunden hat. Der gesellschaftliche und politische Wandel oder der Mißbrauchsskandal allein wären dafür ganz unzureichende Erklärungen. In der Wahrnehmung vieler Katholiken gibt es einen Mangel an überzeugenden, wahrhaftigen, Halt und Orientierung bietenden Führungspersönlichkeiten.

Es sind keineswegs nur „Progressive“ oder grundsätzliche Kritiker, die mit dieser Kirche nur noch wenig anzufangen wissen – obwohl nicht wenige Bischöfe gerade ihnen betonte Aufmerksamkeit schenken. Längst wenden sich dezidiert glaubens-treue Katholiken von ihrer kirchlichen Führung ab und gehen, politisch formuliert, in die „innere Emigration“.

Doch jetzt hat die DBK das Kunststück fertiggebracht, durch eine rational nicht nachvollziehbare Entscheidung eine Reaktion zu provozieren, die die ganze Bandbreite im deutschen Katholizismus umfaßt. Die Bischöfe hielten es für richtig, die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ) zu schließen. Unter Einsatz (im Vergleich) sehr bescheidener Mittel – der Zuschuß liegt bei 0,005 % des Kirchensteueraufkommens von 2022 – hat diese Einrichtung über Jahrzehnte in ihrer Arbeit hohe Qualität, Effizienz, überdurchschnittlichen Einsatz und Loyalität zur Kirche bewiesen.

Widerspruch und zum Teil lebhafteste Proteste gegen die Auflösung kam von katholischen Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen, aus dem Sozial- und Verbandskatholizismus, aus Wirtschaftskreisen. Bedauert hat die Abwicklung der KSZ auch *Michelle Becka*, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik, dem Zusammenschluß „von Vertreterinnen und Vertretern der katholisch-theologischen Disziplin der Christlichen Sozialethik“ im deutschsprachigen Raum. Genützt hat das alles nichts. Die KSZ wird zum Jahresende 2024 aufgelöst.

Historische Hintergründe

Die KSZ mit Sitz in Mönchengladbach, die im vergangenen Jahr ihr 60jähriges Bestehen feiern konnte, steht in der Tradition des legendären „Volksvereins für

das katholische Deutschland“, der seit dem späten 19. Jahrhundert die Katholiken zur sozialen Verantwortung in der Industriegesellschaft anhalten wollte. Zugleich hat dieser Bildungsverein über Jahrzehnte einen wesentlichen Beitrag zur sozialen, kulturellen und politischen Emanzipation der deutschen Katholiken geleistet. Der soziale und politische Katholizismus, der (West-)Deutschland bis weit in die Nachkriegszeit stark beeinflusst und maßgeblich zur Entwicklung und praktischen Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft beigetragen hat, ist ohne die Vorgeschichte des Volksvereins gar nicht denkbar. Den Nationalsozialisten war er ein Dorn im Auge. Sie lösten den Volksverein, der auf seinem Höhepunkt eine Million Mitglieder hatte, schon 1933 auf.

Nach dem 2. Weltkrieg gab es Überlegungen, diesen in der Entwicklung des Katholizismus so wirkmächtigen Verein in veränderter Form neu zu begründen. Ein großer Unterstützer dieses Gedankens fand sich in dem Aachener Bischof *Joseph van der Velden*, der selbst Generaldirektor des Volksvereins gewesen war. Die damals noch stark katholisch geprägte Stadt Mönchengladbach wandte sich ihrerseits an die deutschen Bischöfe und sicherte zu, eine entsprechende Initiative ideell und materiell zu unterstützen. Für die kirchliche Seite bot sich der Standort Mönchengladbach nicht zuletzt an, weil die Stadt nach Auflösung des Volksvereins dessen Bibliothek erworben hatte, die annähernd 100.000 Bände umfaßte. Sie wurde so vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten gerettet.

Den 70. Jahrestag der Sozialzyklika „*Rerum novarum*“ (Papst *Leo XIII.*) und den 30. Jahrestag von „*Quadragesimo anno*“ (Papst *Pius XI.*) nahmen die deutschen Bischöfe zum Anlaß, auf ihrer Konferenz in Bühl am 29./30. Mai 1961 „ein überdiözesanes wissenschaftliches Sozialinstitut“ zu beschließen. Der Standort sollte Mönchengladbach sein, das der Aachener Bischof *Johannes Pohlschneider*, Nachfolger *van der Veldens*, als „Wiege großer sozialer Ideen“ bezeichnete.

Ein maßgeblicher Förderer des Projekts war der damalige Münsteraner Bischof *Joseph Höffner*, der zuvor an der dortigen Universität den traditionsreichen Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften innegehabt hatte und Leiter des Sozialreferates des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gewesen war. Er hatte – eine Parallele zur gegenwärtigen Lage ist nicht zu übersehen – die Umbruchzeit erkannt, in der sich Kirche und Gesellschaft um 1960 befanden. Am Vorabend des Zweiten Vatikanischen Konzils, dessen Einberufung Papst *Johannes XXIII.* 1959 angekündigt hatte, sah er eine „Kultur- und Lebenskrise“.

Nach dem Tod von Papst *Pius XII.* konnte es gelingen, dessen engen Berater, P. *Gustav Gundlach* SJ, als Leiter für das Projekt zu gewinnen. *Gundlach* hatte unter *Pius XII.* zur weiteren Entwicklung der katholischen Soziallehre beigetragen und war bereit, nach seiner Emeritierung als Professor der Päpstlichen Universität Gregoriana aus Rom nach Deutschland zurückzukehren. Mit einem ausführlichen Memorandum schaltete er sich bereits zuvor in die Überlegungen zur Gründung der KSZ ein. In einer Zeit der wachsenden Pluralität des deutschen Katholizismus sollte sie die soziale und politische Bildungsarbeit unterstützen, Informationen, Analysen und Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen auf der Grundlage der katholischen Soziallehre erstellen und so wie auch auf andere Weise die deutschen Bischöfe unmittelbar und mittelbar unterstützen.

Als Rechtsform der KSZ wählte man die eines eingetragenen Vereins nach bürgerlichem Recht. Träger waren die deutschen Bischöfe im Zusammenwirken mit dem ZdK. Der Vorsitz des Vereins kam Aachen als dem zuständigen Ortsbistum zu; sein Vertreter bildete mit dem Direktor der KSZ und dem Generalsekretär des ZdK den Vorstand. Die damaligen Mitglieder der Sozialkommission der deutschen Bischöfe gehörten dem Verein ebenso an wie die Mitglieder, die *ad personam* berufen wurden. Die Finanzierung der KSZ sollte überdiözesan erfolgen.

Am 12. Februar 1963 wurde die KSZ gegründet. Die konzeptionellen und organisatorischen Vorgaben schienen in Frage gestellt, als der Gründungsdirektor *Gundlach* am 23. Juni 1963 unerwartet verstarb. Bischof *Höffner* bat *Gundlachs* engsten Mitarbeiter, *Anton Rauscher*, Jesuit wie sein Doktorvater *Gundlach*, für eine Übergangszeit die Leitung zu übernehmen. *Rauscher*, der sich auf seine Habilitation als Sozialethiker vorbereitete, sagte gleichwohl zu. Aus der Übergangszeit wurde auf Drängen *Höffners* eine Dauerlösung. Beide verband ein persönliches Vertrauensverhältnis, das bis zu *Höffners* Tod (1987) anhielt. *Rauscher*, der 1971 auf den Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg berufen und 1996 emeritiert wurde, blieb Direktor der KSZ bis 2010, mithin 47 Jahre. Es gelang ihm, sich nahezu uneingeschränkt auf diese ehrenamtliche Aufgabe und seine Professur zu konzentrieren.

Zusammenarbeit mit den Bischöfen

Höffner hatte für das Projekt einer sozialwissenschaftlichen Zentralstelle die breite Zustimmung seiner bischöflichen Mitbrüder erhalten, und diese Zustimmung schlug sich nach der Gründung in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit nieder. Das galt im besonderen für die bischöfliche Kommission VI, die für soziale Aufgaben zuständig war und über Jahrzehnte die enge Zusammenarbeit mit dem Leiter der KSZ suchte. Die KSZ erreichten Aufträge, die sie zur Zufriedenheit des Episkopats erledigte, und sie entwickelte ihrerseits Ideen und Projekte, die von den Bischöfen zustimmend aufgenommen wurden. Das reichte von der Priesterausbildung über Hirtenbriefe bis zur konkreten Reaktion auf gesellschaftliche und politische Fragen. Auch die Unterstützung in theologischen Auseinandersetzungen gehörte dazu.

Für Priesterkandidaten brachte „Mönchengladbach“, wie es bei der Bischofskonferenz schon bald kurz und anerkennend hieß, Industriepraktika auf den Weg. Als ungelernete Arbeiter eingesetzt, kamen angehende Priester mit einem Teil der realen Welt in Kontakt, zu dem die meisten von ihnen sonst keinen Zugang gefunden hätten. Zehn Diözesen und darüber hinaus Ordensgemeinschaften beteiligten sich an diesem Programm. Gefragt war das Institut auch als vertrauenswürdiger Zulieferer und Autor für Entwürfe bischöflicher Verlautbarungen und Hirtenbriefe.

In einem Fall führte das zu spektakulären Reaktionen. Für den Hirtenbrief zur Bundestagswahl 1980 kam die Vorlage aus der KSZ. Sie griff gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen wie unter anderem den Schwangerschaftsabbruch auf, aber auch die Staatsverschuldung. Die Bundesrepublik Deutschland, so hieß es dort, lebe über ihre Verhältnisse und belaste dadurch die Lebenschancen

künftiger Generationen. Die Themen, die von unveränderter Aktualität sind, verleiteten den damaligen Bundeskanzler, *Helmut Schmidt*, zu einem wüsten Angriff auf die katholische Kirche.

Die Diskussionen über die sogenannte Dritte Welt und die Lage der dortigen Ortskirchen veranlaßten den Direktor der KSZ, in Begleitung von akademischen Kollegen der Christlichen Gesellschaftslehre mehrmonatige „fact finding missions“ nach Afrika, Asien und Lateinamerika zu unternehmen. Die ausführlichen Berichte führten zu Neubesinnungen bei deutschen Bischöfen, die an diesem Thema besonderes Interesse hatten – und zu teilweise kontroversen Diskussionen in und mit katholischen Einrichtungen und Hilfswerken. Das gilt etwa für das Thema „Theologie der Befreiung“, das damals in Lateinamerika erhebliche Bedeutung erlangte und in Deutschland eine Debatte auslöste, die über kirchliche Kreise hinausführte. Auch in dieser Auseinandersetzung stand die KSZ unmißverständlich an der Seite der deutschen Bischöfe und von Papst *Johannes Paul II.* Tagungsprogramme belegen das ebenso wie Publikationen. Für die KSZ bedeutete das den Beginn scharfer, auch aggressiver Kritik an ihrer Arbeit, die zum Teil in das Persönliche abglitt. Unabhängig von dem angeschnittenen Thema hielt die Kritik in der Folge an – der Preis für eine Loyalität zur Kirche, in der Beliebigkeit keinen Platz hat.

Gerade im Hinblick auf ihre Tagungen und Publikationen ist die Bilanz der KSZ außerordentlich beeindruckend. Obwohl das Institut zu keinem Zeitpunkt über mehr als drei wissenschaftliche Referenten verfügte, gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen, Tagungen und Symposien. Das gilt unter anderem für die Sozialethiker-Tagungen der KSZ zu gesellschafts-, sozial- oder wirtschaftspolitischen Themen, aber auch zu Fragen der Menschenrechte oder der sozialen Gerechtigkeit unter Einschluß der Lage in der „Dritten Welt“. Diese kirchlich wie politisch von hochrangigen Persönlichkeiten – bis hin zu Kardinälen und Ministern – wahrgenommenen Tagungen waren auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich. Die Stadt Mönchengladbach stellte dafür ihren historischen Rathaussaal zur Verfügung.

An den regelmäßigen Sozialethiker-Tagungen nahmen auch polnische Fachvertreter und Intellektuelle teil. Auf diese Weise erhielten sie die Gelegenheit, sich mit ihren (west-)deutschen Kollegen auszutauschen, selbst zu berichten, Anregungen aufzunehmen und anhaltende Kontakte zu knüpfen. Etliche dieser Gäste haben an dem demokratischen Wandel in der Volksrepublik Polen aktiv mitgewirkt und so mittelbar zu der deutschen und europäischen Wiedervereinigung beigetragen.

Als in den 1980er Jahren zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Ortskirche Differenzen in der Friedensdebatte auftraten, nahm die KSZ mit der amerikanischen Seite Kontakt auf, soweit sie der deutschen Position zuneigte. So ist nach ersten, aus der Sicht des Papstes und deutscher Bischöfe problematischen Entwürfen zur Friedensethik letztlich ein Hirtenbrief der US-Bischöfe formuliert worden, der die ursprünglichen Differenzen überbrückte. Aus diesen Kontakten ist später das Deutsch-Amerikanische Colloquium hervorgegangen, das unter Mitwirkung der Catholic University of America (Washington, D. C.) zu einem thematisch weitgespannten und anspruchsvollen Dialog deutscher und

amerikanischer Teilnehmer führte, vorzugsweise von Hochschullehrern. Die Colloquien fanden abwechselnd in den USA und in Deutschland statt. Zu den Usancen gehörte es, daß die Teilnehmer ihre Reisekosten selbst trugen; man konnte also von einem tatsächlichen Interesse ausgehen. Im übrigen wurden die Tagungen aus Drittmitteln finanziert. Seit 1997 gab es Deutsch-Südkoreanische Colloquien, die nach 2007 von der KSZ in Verbindung mit der Katholischen Universität Eichstätt durchgeführt wurden. Den Kontakt zu osteuropäischen Partnern vertieften Europa-Foren, die unter anderem in Krakau, in der Slowakei, in Straßburg sowie in Zagreb stattfanden.

Die Hinwendung zu aktuellen Fragestellungen setzte im Selbstverständnis der KSZ eine umfassende Grundlagenarbeit voraus. So fanden Symposien zur Katholizismus-Forschung im 19. Jahrhundert statt, im besonderen zur wirtschaftlichen und sozialen sowie zur politischen beziehungsweise demokratischen Entwicklung in Deutschland. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der zeitgeschichtlichen Arbeit zum staatlichen und kirchlichen Neubeginn nach 1945. Hier ging es zum einen um das Ziel der sozialen Gerechtigkeit bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, zum anderen um grundsätzliche Fragen im Bereich der Bildung und der Kultur.

Zu fast allen Fachtagungen und Symposien wurden Berichtsbände vorgelegt. Hinzu kamen die Edition wichtiger Dokumente und Texte sowie Monographien. Die Gesamtzahl dieser Veröffentlichungen in Buchform liegt bei rund 100 – eine ungeheure Bilanz, wenn man sie mit den Arbeitsergebnissen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen vergleicht, die über größere personelle Ressourcen verfügen. Zielgruppen dieser vielfältigen Publikationsarbeit waren Wissenschaftler ebenso wie Multiplikatoren in Kirche und Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik. In diesen Kontext gehört auch die Herausgabe des zweibändigen, preislich erschwinglichen Handbuchs „Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien von 1803 bis 1961“. Dieses Handbuch allein erreichte eine Auflage von 20.000 Exemplaren.

Eine große Breitenwirkung erreichte die „Grüne Reihe“, wie die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ wegen ihrer äußeren Gestaltung genannt wurde. Sie galt als eine Art Markenzeichen der KSZ und war im katholischen Deutschland weit verbreitet. Von 1973 bis 2024 erschienen mehr als 500 Ausgaben dieser eher kurzen Abhandlungen. Unter den Autoren waren namhafte Wissenschaftler, Kirchenvertreter, Politiker und Praktiker aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Auf wissenschaftlicher Grundlage, aber in einer lebensnahen Sprache behandelten sie eine große Bandbreite an Themen. Sie reichte von staatspolitischen und ethischen Fragen (wie dem Schutz des Lebens in allen seinen Phasen) über das Verhalten in der Wirtschaft bis hin zu Problemen des politischen Extremismus, der Gesundheitspolitik, zu theologischen Auseinandersetzungen oder, etwa in jüngster Vergangenheit, dem Freiheitskampf der Ukraine im europäischen Kontext. Die Reihe richtete sich neben anderen an Lehrer, Studenten, Akademiker, nicht zuletzt Priester und Mitarbeiter der kirchlichen Erwachsenenbildung. Manche Diözesen abonnierten ganze Kontingente der Reihe. Im Einzelfall erschienen mehrere Auflagen. In der Spitze erreichten sie über 70.000 Exemplare.

Die Arbeit der KSZ wurde konzeptionell, inhaltlich und praktisch unterstützt durch eine Wissenschaftliche Kommission, die ganz selbstverständlich interdisziplinäre Ansätze verfolgte. Unter den Mitgliedern waren fachlich hervorragend ausgewiesene Theologen, Ökonomen, Politik- und Kommunikationswissenschaftler, Historiker und Juristen. Sie haben ihre Beratertätigkeit „pro bono“ ausgeübt.

Direktoren der KSZ: von *Rauscher* zu *Schallenberg*

Anton Rauscher, inzwischen nahezu 82jährig geworden, übergab die Leitung der KSZ 2010 an *Peter Schallenberg*, Professor für Moraltheologie und Ethik an der Universität Paderborn. In vielerlei Hinsicht hatte sich die Situation der KSZ gegenüber ihrer Gründungsphase verändert. Das betraf die gesellschaftlichen wie die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auch die DBK selbst. Inzwischen amtierte eine Bischofsgeneration, die den Ideen und Grundsätzen der traditionellen katholischen Soziallehre längst nicht mehr mit dem Verständnis und dem Interesse gegenüberstand, wie das zuzeiten des 2. Vatikanischen Konzils und der Bischofskonferenz-Vorsitzenden *Höffner* (1976-1987) und *Karl Lehmann* (1987-2008) der Fall gewesen war. Mit seinem Verständnis von katholischer Soziallehre und naturrechtlichen Positionen stieß *Rauscher* inzwischen auch bei manchen Fachkollegen auf Widerspruch. Nicht zuletzt bedingt durch die universitäre Berufungspolitik, hatten sich vielfach andere, stärker theologisch-ethisch und gesellschaftspolitisch geprägte Ansätze durchgesetzt.

Der damalige Vorsitzende der Kommission VI, der Münchener Erzbischof *Reinhard Marx*, hatte den Übergang von *Rauscher* zu *Schallenberg* damals – zurückhaltend formuliert – nicht ungerne gesehen. Er erwartete von dem neuen Direktor der KSZ nahezu die Quadratur des Kreises: die Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Arbeit, die Entwicklung neuer Ansätze und Projekte und nicht zuletzt die Zusammenführung der Vertreter unterschiedlicher Ansätze in der christlichen Soziallehre. *Schallenberg*, neben seinem Lehrstuhl und der Leitung der KSZ durch viele weitere Tätigkeiten und Funktionen belastet, bemühte sich nachhaltig und mit großem persönlichem Engagement, die unterschiedlichen Richtungen in einem Wissenschaftlichen Beirat zusammenzuführen. Das konnte nur bedingt gelingen. Die Hochschullehrer sahen sich durch ihre Verpflichtungen ausgelastet und kämpften gegen unzureichende materielle Ausstattungen. Hinzu kamen sehr unterschiedliche inhaltliche Positionen und eine unterschiedliche Nähe zum kirchlichen Lehramt. Die letzte Sitzung fand 2016 statt. Bei unvoreingenommener Betrachtung zeigt diese Entwicklung, daß eine „Sozialwissenschaftliche Zentralstelle“ unverzichtbar ist und eine dezentrale Ausrichtung der Arbeit alles andere als zielführend sein kann. Wollen die deutschen Bischöfe und ihre Kommission VI auf entsprechend qualifizierte Expertise zurückgreifen, werden sie auf eine Zentralstelle nicht verzichten können. Diese könnte ihrerseits wichtige Leistungen für die universitäre christliche Sozialwissenschaft, Verbände oder kirchliche Einrichtungen erbringen.

Die Situation des neuen Direktors und seiner „Mannschaft“ wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß sie mit denselben Haushaltsmitteln auskommen mußten,

über die bereits der Vorgänger verfügte. Dieser hatte unter anderen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kirchlichen Rahmenbedingungen hohe Drittmittel generieren können. Deren Einwerbung wurde nach 2010 zu einer immer wichtigeren Voraussetzung dafür, daß „Mönchengladbach“ überhaupt weiterarbeiten konnte. Die finanzielle Grundausrüstung der Bischofskonferenz für die KSZ lag 2009 wie 2024 bei knapp 376.000 Euro jährlich. Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten sowie die Inflationsbelastungen mußten Jahr für Jahr aus diesen Mitteln aufgefangen werden, was auch zum Personalabbau führte. Faktisch entsprach das in dem bezeichneten Zeitraum einer Etat Kürzung von mehr als 50 %. Dennoch konnte die KSZ, wie ihre kontinuierlich vorgelegten Jahresberichte auswiesen, weiterhin eine beachtliche Leistungsbilanz vorlegen. Kenner des Hauses und die wissenschaftlichen Begleiter attestieren der KSZ unverändert eine inhaltliche Bilanz, die sich vor dem Hintergrund der objektiven materiellen Möglichkeiten deutlich abhebt von vergleichbaren Einrichtungen.

„Transparenz“ und „Teilhabe“ oder : wie es zur Auflösung kam

Den Vorstand des Trägervereins Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle e. V. bilden der Vorsitzende *Andreas Frick*, bis vor kurzem Generalvikar des Bistums Aachen, der Generalsekretär des ZdK, *Marc Frings*, und der Direktor der KSZ, *Schallenberg*. Die Mitglieder der Bischöflichen „Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen“ (Kommission VI) treffen de facto alle wichtigen Entscheidungen des Vereins. Zur Zeit sind das der Kommissionsvorsitzende Bischof *Wilmer* (Hildesheim), sein Stellvertreter, Weihbischof *Losinger* (Augsburg), Bischof *Overbeck* (Essen), sowie die Weihbischofe *Heinrich* (Berlin), *Holtkotte* (Paderborn), *Lohmann* (Münster) und *Schneider* (Rottenburg-Stuttgart). Ferner gehören dem Verein die persönlich berufenen Mitglieder, *Lothar Roos*, zugleich persönlicher Beauftragter des Erzbischofs von Köln, und der Autor an.

Die bischöflichen Mitglieder – und nur diese – haben das Recht, sich in der Mitgliederversammlung durch persönliche Beauftragte vertreten zu lassen. Diese Vertretung war in der Vergangenheit häufig durch Vertraute aus den jeweiligen Diözesen erfolgt. An die Stelle dieser auf Dauer angelegten persönlichen Vertretung trat später die Präsenz von Referenten aus dem Sekretariat der DBK, und zwar keineswegs allein aus dem für die KSZ zuständigen Arbeitsbereich. Das geschah durchaus im lebhaften Wechsel, wie die Protokolle ausweisen. Es bestehen Zweifel, daß dieses Verfahren den Vorgaben der Satzung entspricht. Nur durch eine kontinuierliche, an die Person eines Bischofs gebundene Vertretung kann schließlich die notwendige Sachkenntnis erworben und die erforderliche Vertrauensbasis begründet werden, die eine angemessene Bewertung der Arbeit der KSZ durch die Bischöfe gewährleisten könnten. Die ordnungsgemäße Bestallung ihrer Vertreter ist den Protokollen der Mitgliederversammlungen nicht zu entnehmen. Sie enthalten lediglich den allgemeinen Hinweis auf eine Vertretung. Die wechselnden Vertretungen deuten darauf hin, daß der entsprechenden Satzungsvorschrift keine sonderliche Bedeutung beigemessen wurde.

Tatsache ist, daß bischöfliche Mitglieder des Trägervereins seit vielen Jahren nicht mehr an den Sitzungen teilgenommen haben. Sie hatten somit – auch angesichts des beschriebenen Vertretungsverfahrens – nicht die Möglichkeit, sich ein authentisches, persönliches Bild von der Arbeit der KSZ und den Herausforderungen zu machen, unter denen diese ihre Aufgabe zu erfüllen hat. Gleichwohl beschloß die Kommission VI im September 2023 eine Empfehlung für den Ständigen Rat und den Verband der Diözesen Deutschlands (VDD), die KSZ aufzulösen und die Liegenschaft zu veräußern, in der das Institut seinen Sitz hat. Wie es heißt, sei die energetische Nachrüstung des Gebäudes zu kostenintensiv, um die ökologisch ambitionierten Ziele der Bischöfe zu erfüllen. Das Gebäude selbst befindet sich in einem guten Zustand.

Es liegt auf der Hand, daß die Kommission ihre Entscheidung, die KSZ nach mehr als 60 Jahren erfolgreicher und anerkannter Arbeit aufzulösen, nicht unvorbereitet getroffen hat. Vielmehr ist davon auszugehen, daß es eine entsprechende Vorlage aus dem Sekretariat der DBK gab. Wäre ein offenes, vertrauenbildendes Verfahren beabsichtigt gewesen, hätte man den Trägerverein der KSZ einbezogen und ihm die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben. Nur so wäre verhindert worden, daß die Bischöfe einseitig informiert und damit präjudiziert wurden, und nur so wäre eine ausgewogene und sachlich begründete Entscheidung zustande gekommen. Das alles ist nicht geschehen. Den Verantwortlichen der KSZ und die berufenen Mitglieder des Trägervereins, die diese Funktion seit vielen Jahren ehrenamtlich ausüben, haben nicht einmal von der Absicht erfahren, die KSZ aufzulösen.

Ein transparentes Verfahren ist unterblieben, und das wohl nicht ohne Absicht. Das wird jedenfalls auch dadurch nahegelegt, daß die Kommission VI ihren Beraterkreis nicht einbezogen hat. Diesem Kreis gehören neben namhaften Vertretern der christlichen Soziallehre und weiterer akademischer Fächer auch renommierte Persönlichkeiten aus anderen Berufs- und Lebensbereichen an. Der Beraterkreis ist wie der Trägerverein der KSZ und dessen Vorstand durch die Entscheidung der Bischöfe vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Das erscheint um so befremdlicher, als die Diskussion in der Bischöflichen Kommission VI offenkundig alles andere als einvernehmlich verlaufen ist.

Gerade in der jüngeren Zeit sind im kirchlichen Bereich die Themen „Teilhabe“ und „Transparenz“ oft diskutiert worden. Wie dieses Verfahren mit solchen Vorstellungen in Einklang zu bringen ist, wird sich auch dem wohlmeinenden Beobachter nicht erschließen. An „Synodalität“ mag man in diesem Kontext gar nicht erst denken. Die Entscheidungen der bischöflichen Gremien – Kommission VI, Ständiger Rat und VDD – bedeuten in der Konsequenz, daß die Grundfinanzierung der KSZ nur bis zum Ende des Jahres 2024 reicht. Die Selbstauflösung des Trägervereins sollte durch genau dieses Verfahren erzwungen werden. Vor diesem Hintergrund wurde für den 12. März 2024 zu einer Mitgliederversammlung des Vereins geladen. Einzelne Mitglieder erfuhren erst kurz vor Zugang der Einladung telefonisch, daß die Auflösung des Vereins der zentrale Tagesordnungspunkt sein werde. Das dafür notwendige Satzungsquorum lag bei einer 3/4-Mehrheit.

Aus dem Mitgliederkreis des Trägervereins gab es daraufhin eine Erklärung „Zum Ende der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle München-

gladbach“. Sie beschrieb beispielhaft die erfolgreiche Arbeit der KSZ und hob ihre Bedeutung angesichts der aktuellen Herausforderungen hervor, der sich die deutschen Bischöfe gegenübersehen oder besser: -sehen sollten. Das Papier nannte exemplarisch die ungewisse Zukunft des Sozialstaats vor dem Hintergrund kontroverser gesellschaftlicher Diskussionen und des demographischen Wandels, der dramatische Fragen der Zukunftsgerechtigkeit aufwirft. Zu den Herausforderungen zähle die zunehmende Aushöhlung des grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie und des Schutzes der Jugend. Schließlich gelte es, sich mit künftigen essentiellen Änderungen des Staatskirchenrechts durch Kräfte auseinanderzusetzen, die der Kirche ablehnend gegenüberstehen und den Rückgang der Kirchenmitgliederanzahl und des kirchlichen Lebens als willkommenen Vorwand für ihre Ziele sehen. Die Autoren des Papiers kündigten an, der Auflösung aus sachlichen wie persönlichen Gründen, vor allem aber aufgrund ihres Verständnisses von Solidarität mit der Kirche zu widersprechen.

Diese Erklärung, die ohne Zutun ihrer Urheber Verbreitung fand, löste erhebliche Diskussionen aus. Da sich der Vereinsvorsitzende im Ausland befand und ein weiteres Vorstandsmitglied verkehrsbedingt nicht rechtzeitig anreisen konnte, wurde die Mitgliederversammlung mit einer Vorlaufzeit von zwei Stunden abgesagt. Zu der Bestimmung eines baldigen neuen Termins für die Mitgliederversammlung, die möglich gewesen wäre, kam es nicht. Er wurde erst auf den 15. April festgelegt. Am 31. März 2024 lief indes die Bestallung des KSZ-Direktors *Schallenberg* aus. Dieser hatte bereits angekündigt, daß auch er der Auflösung der Zentralstelle widersprechen werde. Mit dem Ausscheiden einer Widerspruchsstimme rückte das Erreichen des Auflösungsquorums nahe, ob so beabsichtigt oder nicht.

Mit Ausnahme des Kommissionsvorsitzenden, Bischof *Wilmer*, der elektronisch zugeschaltet war, haben sich selbst in der Sitzung am 15. April, die über die Auflösung des unbestritten leistungsfähigen und leistungsbereiten Instituts zu entscheiden hatte, wieder alle Bischöfe durch Referenten aus dem Sekretariat vertreten lassen. Auf dem Vertreterkarussell fanden sich gleich drei Vertreter aus der Rechtsabteilung des VDD. Das Motto des Hosenbandordens liegt nahe: „Honi soit qui mal y pense“ (beschämt sei, wer schlecht darüber denkt). Zur Verblüffung der Nichteingeweihten enthielt die Tagesordnung für den 15. April den Punkt „Aufnahme neuer Mitglieder“, obwohl in derselben Sitzung die Auflösung des Vereins beschlossen werden sollte. Die „Aufnahme neuer Mitglieder“ sollte sinnigerweise vor der beabsichtigten Auflösung des Vereins behandelt werden. Dieser Versuch, der keiner weiteren Erörterung bedarf, konnte unter Hinweis auf das offensichtlich rechtsmißbräuchliche Verfahren abgewendet werden.

Fragen nach einer Evaluation der KSZ, wie sie im seriösen Umgang mit einer wissenschaftlichen Einrichtung selbstverständlich ist, blieben in der Sitzung ebenso unbeantwortet wie die Frage nach eventueller Kritik an dem Leiter der Einrichtung. Das galt auch für die nach dem Text und der Urheberschaft der Vorlage, auf deren Grundlage die Kommission VI den Daumen über der KSZ gesenkt hat. Antworten blieben aus, es gab einfach keine Reaktion. Mit einmütiger bischöflicher oder, präziser, Referentenhilfe fand die Auflösung der KSZ zum 31. Dezember 2024 die notwendige 3/4-Mehrheit.

Prädikat „Skandalon“

Der Ablauf des Verfahrens, durch das die KSZ aufgelöst worden ist, widerspricht allen selbstgesetzten Standards und würde in anderen Bereichen einen öffentlichen Aufschrei zur Folge haben. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß einige Bischöfe, unzureichend informiert und inhaltlich nicht wirklich engagiert, schlicht instrumentalisiert wurden, um aus der Sicht von Sekretariatsreferenten Haushaltsmittel einzusparen. Das wäre wohl an anderer Stelle nicht so mühelos gelungen. Die sozialen Folgen dieser Entscheidung sind längst nicht für alle verbliebenen Mitarbeiter der KSZ abschließend und vor allem nicht positiv geklärt. Ein kritischer Beobachter kommentierte den Vorgang und das Verhältnis zwischen Bischöfen und ihrem Bonner Sekretariat, protokollarisch nicht gerade episkopal, da habe wohl der Schwanz mit dem Hund gewedelt.

Der Vorgang ist nicht weit von dem Prädikat „Skandalon“ entfernt und weit über die Auflösung der KSZ hinaus geeignet, den Ruf kirchlicher Einrichtungen zu beschädigen. Das gilt etwa für die Einwerbung von Drittmitteln. Die KSZ muß bis zum Jahresende 2024 wichtige Projekte abbrechen, für die sie einen sechsstelligen Betrag von außen eingeworben und zu einem erheblichen Teil bereits verausgabt hat. Die Geldgeber werden sich das im Hinblick auf katholische Zuwendungsempfänger merken, und zwar über den Fall der KSZ hinaus. Bei diesen Projekten geht es unter anderem um den deutsch-amerikanischen Dialog, der auf hoher wissenschaftlicher und kirchlicher Ebene geführt wurde. Die Themen reichen über das „Tagesgeschäft“ hinaus. Es mutet tragisch an, daß jetzt auch Projekte zur Friedensethik und der Friedensarbeit in der Ukraine vorzeitig beendet werden müssen. Im Zentrum stand dabei der ökumenische Dialog mit der Orthodoxie – nach Einschätzung Einsichtiger eine der wenigen Möglichkeiten, in diesem leidgeprüften Land unter schwierigen Voraussetzungen zum Frieden beizutragen. Das alles hat die Urheber und Betreiber des „Skandalons“ erkennbar nicht interessiert oder berührt.

The cherry on the cake war die Presseerklärung des Sekretariats der DBK, die am 16. April, einen Tag nach dem Auflösungsbeschluß, veröffentlicht wurde. Von Sachkenntnis unbeschwert wird darin ausgeführt, die Pluralisierung der „katholischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen“ (sic!) finde an unterschiedlichen Orten statt, mit der Konsequenz, daß es einer Zentralstelle nicht bedürfe. Bereits am 9. März hatten die deutschen Sozialethiker und Sozialethikerinnen die Auflösung als das „falsche Signal“ bezeichnet. Das wird durch das Sekretariat der DBK ebenso ignoriert wie das erfolglose Bemühen der KSZ, die beteiligten Personen und Institutionen zusammenzuführen und ihre Auffassungen für die Bischöfe nachvollziehbar und anwendbar zu machen. Entgegen der Annahme, die in der Presseerklärung verbreitet wird, belegen auch diese vergeblichen Versuche die Notwendigkeit einer Zentralstelle, die fachlich qualifiziert und an der katholischen Soziallehre orientiert arbeitet, die beschriebene Auseinandersetzung aufnimmt und sie aus dem rein wissenschaftlichen Diskurs in die gesellschaftliche, politische und kirchliche Wirklichkeit überführt.

Bezeichnend ist die Reaktion zweier Bischöfe auf die Auflösung der KSZ. Eine entsprechende Eingabe beantwortete der Berliner Erzbischof, *Heiner Koch*, mit einem persönlichen Schreiben, in dem er die Entscheidung seiner Mitbrüder bedauerte. Als sich ein anderer KSZ-Unterstützer an den Aachener Bischof, *Helmut Diesel*, wandte, immerhin Ordinarius des Belegenheitsbistums, ließ dieser mitteilen, das Schreiben werde zur Beantwortung an das Sekretariat der DBK weitergeleitet; man sehe „leider ... keine Gelegenheit, Ihr Anliegen anderweitig zu unterstützen“. Mehr unfreiwillige Komik war selten.

Es wäre reizvoll, das kirchliche Geschehen um die KSZ ins Literarische zu übertragen. Die deutsche Literaturgeschichte kennt viele große Tragödien und vergleichsweise wenige gelungene Komödien. Der skizzierte Stoff würde möglicherweise das Thema für eine Tragikomödie abgeben. Das Problem nur: Das Publikum, das sich dafür interessieren könnte, wird kleiner, immer kleiner. Die Intendanz scheint unberührt. Sie inszeniert in der bisherigen Weise weiter. Und das gutwillige Publikum? Es bleibt irgendwann ganz weg, weil in dieser Tragikomödie wenig Hoffnung bleibt. Den treuesten und kundigen Theaterfreunden bleiben Zorn oder Trauer. Oder beides.

Literatur

Ursula Nothelle-Wildfeuer, Anton Rauscher, der prinzipientreue Soziallehrer. Eine Würdigung seines wissenschaftlichen Erbes, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften (Universität Münster), 2021, 19-27

Anton Rauscher, Die soziale Verantwortung der Christen. Die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach, Paderborn 2017

Anton Rauscher (Hg.), Handbuch der katholischen Soziallehre, Berlin 2008

Peter Schallenberg, Arnd Küppers (Hg.), Interdisziplinarität der Christlichen Sozialethik. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, Paderborn 2013

Manfred Spieker, Anton Rauscher (1928-2020), in: J. Aretz/T. Brechenmacher/S. Mückl (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Katholische Persönlichkeiten des 20. und 21. Jahrhunderts, Bd. 13, Münster 2022, 181-195.

Norbert Trippen, Gründung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, in: Schallenberg/Küppers (Hg.), a.a.O., 23-39.

Dr. Jürgen Aretz, Historiker, früher leitende Funktion im Bundeskanzleramt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Freistaats Thüringen. Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, u. a. Mitherausgeber der (bisher) 13bändigen Reihe „Zeitgeschichte in Lebensbildern. Katholische Persönlichkeiten des 20. und 21. Jahrhunderts“. Seit 2009 ad personam berufenes Mitglied im Trägerverein der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.

Felix Dirsch

Skepsis gegenüber dem „Behelfsheim“

Konservative Kritik an Grundgesetz und „Formaldemokratie“ in der frühen Bundesrepublik

Die Tage des Gedenkens an die Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren über einen längeren Zeitraum im besten Sinn des Wortes Jubiläen. So hielt 1979 anlässlich des 30jährigen Gründungstags der Politikwissenschaftler *Dolf Sternberger* in Tutzing eine vielbeachtete Ansprache, in der er als neue Identitätskonzeption des inzwischen allgemein angesehenen Staates einen „Verfassungspatriotismus“ empfahl. Dieser Begriff sollte die hohe Integrationskraft des Grundgesetzes herausstellen, mit dessen Unterzeichnung am 23. Mai 1949 die Republik gegründet worden war.¹ Ins Schwärmen kam sein Fachkollege *Kurt Sontheimer* beim 50. Geburtstag der mittlerweile wiedervereinigten Republik. „So war Deutschland nie“, betitelte er 1999 seine panegyrischen Einlassungen.² Der Zeithistoriker *Axel Schildt* verfaßte im gleichen Jahr einen „Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“.³

Beste aller möglichen Welten für Staat und Kirche?

In der Tat konnte man lange Zeit der Erzählung von der „geglückten Demokratie“ kaum widersprechen.⁴ Meist nur leise wurde in Diskussionen eingeworfen, daß die im Vergleich zur Weimarer Republik weitaus bessere Bilanz den völlig anderen Umständen zu verdanken sei, insbesondere guten ökonomischen Bedingungen und der Einhegung in internationale Strukturen. Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht stiegen – als Ausdruck einer breiten Entpolitisierung – zu höchsten juristischen Schlichterinstanzen auf.⁵ Seit einigen Jahren zeichnet sich jedoch ein Umschwung ab. Als (wohl längerfristige) Krisentendenzen werden summarisch angeführt: Deindustrialisierung und Abwanderung vieler Unternehmen nicht zuletzt aufgrund hoher Energiepreise; zeitweise hohe Inflationsraten; größtenteils illegale Massenimmigration mit Kosten in Höhe von geschätzten 50 Milliarden Euro jährlich; ungünstige Demographie, folglich Überalterung; geringerer Lebensstandard im Vergleich zu Bürgern anderer europäischer Länder (geringeres Durchschnittsvermögen, tendenziell niedrigere Renten, höheres Renteneintrittsalter, unterdurchschnittliche Eigentumsquote). Die Liste ließe sich leicht verlängern. Die Jubiläumsreden dürften 2024 vor diesem Hintergrund hohler klingen als früher. Blicken wir kurz auf die Rolle der Kirche und der kirchlichen Gemeinschaften. Sowohl die katholische Kirche als auch die 1948 gegründete Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bejahten das Grundgesetz 1949 grundsätzlich; gegenüber der Weimarer Reichsverfassung von 1919 war es anders gewesen. Reibungspunkte der Bischöfe mit den Vätern und Müttern des Grundgesetzes (wie

etwa beim Rang des Elternrechts) gab es wenige.⁶ Unschwer läßt sich „Ewiges im Provisorium“ erkennen.⁷ Die Nennung Gottes in der Präambel, der Schutz von Ehe und Familie, das freundliche Verhältnis von Staat und Kirche – all das wäre heute bei einer etwaigen neuen Verfassungskonstitution nicht mehr durchzusetzen. Damals aber wirkten gläubige Christen an dem Gesetzeswerk mit, allen voran der erste Bundeskanzler, *Konrad Adenauer*.⁸

Dieser Einfluß ist geschwunden. Die Entwicklung von Religion, Glaube und Kirche ist seither von Individualisierung, Wertewandel, zunehmender Mobilität, Traditionsbrüchen, persönlichen Fehlleistungen im großen Stil (etwa bei der Mißbrauchsproblematik) und weiteren Faktoren geprägt. Die Bindungen an die Kirchen lockerten sich – bis hin zur Massenflucht in jüngster Zeit.⁹ Ein Sammelwerk über „Christen und Grundgesetz“, erschienen zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes¹⁰, resümiert auf der Rückseite des Einbandes, der 1949 noch prägende Reflex des Christlichen sei im Zeitbewußtsein zwar zurückgetreten, aber nicht gänzlich verschwunden. Nach weiteren 35 Jahren kann man feststellen: Der Trend hat sich beschleunigt fortgesetzt. Hoffnungen auf Umkehrung der Verhältnisse muten illusorisch an.

Innerhalb der katholischen (Amts-)Kirche ist zu den Krisensymptomen ein gewisser Konformismus hinzugetreten. Die Anti-AfD-Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom Februar 2024 ist bei Konservativen auf Einwände gestoßen.¹¹ Gemäß dem früheren Kurienkardinal *Gerhard L. Müller* zeigte sich in dem Dokument ein Opportunismus. Man wird fragen dürfen, ob nicht mittlerweile auch der organisierte Katholizismus in der besten aller linken Welten, der woken Antifa-Republik, angekommen ist.¹² Diese Vermutung liegt nahe, wenn man die Hintergründe des Anti-AfD-Beschlusses reflektiert: Die „religiös aufgeladene Ideologie“ (*Thorsten Hinz*) des Antifaschismus begründet einen Bekenntniszwang, der anti-rechten Einheitsfront des politisch-medialen Establishments beizutreten und die wochenlangen Massenproteste zu goutieren.¹³ Diese Stimmungen kulminierten in doppeldeutigen Plakataufschriften wie „AfD-Mitglieder töten“, die man durchaus als Aufforderung verstehen konnte.

Den Demonstrationen vorausgegangen waren „Recherchen“ einer linken Journalistengruppe namens „Correctiv“. Diese hatte in Potsdam ein privates Treffen unter anderem von Mitgliedern der Werteunion, der CDU und der AfD ausspioniert. Die so gewonnenen Informationen wurden aber nicht als Tatsachen, sondern in Form von Wertungen und Assoziationen („Geheimtreffen“, „Vertreibungen“, „Deportation“, örtliche Nähe zum „Wannsee“) präsentiert, die von der Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG gedeckt sind. Der von den Medien befeuerte Protest kam den Regierenden wie gerufen, um von ihren Versäumnissen abzulenken. Teilnehmer der Versammlung versicherten eidesstattlich, daß einer der Referenten, der Identitären-Aktivist *Martin Sellner*, die Thematik „Remigration“ im Rahmen des juristisch Zulässigen erörtert habe.¹⁴ Der Correctiv-Medienskandal ist inzwischen in allen Einzelheiten aufgedeckt.¹⁵

Ordnungsentwürfe mit abendländischer Ausrichtung

In den frühen 1950er Jahren standen im katholisch-konservativen Milieu der neue Staat und das Grundgesetz nicht im Ruf, das „Ende der Geschichte“ (*Francis Fukuyama*) zu bedeuten. Der Alltag vieler war von Mangel und Not geprägt. Die Trümmer waren erst teilweise beseitigt, die aus den deutschen Ostgebieten Vertriebenen oftmals nicht integriert. Das kollektive Empfinden bringt der Titel einer Aufsatzsammlung des Literaturwissenschaftlers *Hans Egon Holthusen* auf den Begriff: „Der unbehauste Mensch“.¹⁶ Das Gefühl, zu den „Besiegten von 1945“ (*Hans-Joachim Arndt*) zu gehören, prägte die Kollektivpsyche und hinterließ Spuren. Trotz vieler Erschwernisse gilt das erste Nachkriegsjahrzehnt (auch auf dem ideen- und parteipolitischen Sektor) als Experimentierfeld. Eine populäre Darstellung spricht von einer „Wolfszeit“.¹⁷

Zu den Versuchen, das kulturelle Vakuum Deutschlands in der Nachkriegszeit zu füllen, zählte neben klassisch-humanistischen Überlieferungen die Rezeption abendländischen Gedankenguts. Dessen Durchschlagskraft ist nicht von einer ebenso temporären religiösen Renaissance zu trennen. Dieses Erbe, das auf verschiedenen Ebenen wirksam wurde (Geschichte, Gesellschaft, Politik und so weiter), fand Verbreitung über mehrere Säulen. Die von dem CSU-Politiker *Gerhard Kroll* mitinitiierte „Abendländische Aktion“ zum Beispiel propagierte erstmals entsprechende Inhalte in öffentlichen Veranstaltungen. Die Gesundung des Gemeinwesens sollte von der Wiedergeburt der Familie über den Neubau des Staates und einer menschenfreundlichen Ordnung der Wirtschaft bis zur Erneuerung von Kunst, Wissenschaft und Erziehung reichen. Vor allem für Gelehrte und Politiker gedacht waren die Veranstaltungen der „Abendländischen Akademie“, die vor allem in Eichstätt stattfanden. Sie wurden unter dem maßgeblichen Einfluß des Staatsrechtslehrers *Friedrich von der Heydte* gegründet. Zu den Teilnehmern der (bis Mitte der 1960er Jahre) regelmäßigen Jahrestagungen zählten prominente Bundes- wie Landespolitiker, aber auch Gelehrte vorrangig katholischer Herkunft wie *Hans-Joachim Merkatz*, *Franz-Joseph Wuermeling*, *Theodor Oberländer*, *Michael Schmaus*, *Gustav Gundlach SJ*, *Richard Jäger*, *Alois Hundhammer* und *Otto von Habsburg*. Wer die Vielfalt der Vorträge analysiert, kann es nur als nachträgliche Denunziation empfinden, wenn behauptet wird, der Antikommunismus habe dabei die entscheidende Rolle gespielt. Ein weiterer Einwand lautet, daß der Abendland-Gedanke bereits lange vor 1945 – regelmäßig wird *Oswald Spengler* angeführt – im gesellschaftlich-politischen Kontext aufs engste mit restaurativ-reaktionären Vorstellungen verbunden gewesen sei.¹⁸

Als dritte Säule fungierte die Zeitschrift „Neues Abendland“, die an das kurzzeitige Periodikum „Abendland“ in der Weimarer Republik anknüpfte. Ihr ging es vor allem um eine Versöhnung der langjährigen „Erbfeinde“ Frankreich und Deutschland. Der Romanist *Hermann Platz* spielte hier eine wichtige Rolle. Der Verleger *Wilhelm Naumann* wirkte anfangs als Herausgeber und Chefredakteur. 1951 kaufte *Erich von Waldburg-Zeil* die Unternehmung auf. 1959 wurde die Zeitschrift eingestellt.

Vielbeachtete Schriften kündeten in tief pessimistischem Tonfall vom „abendländischen Verfall“ (*Gerhard Kroll*), vom „Ende der Neuzeit“ (*Romano Guardini*), vom „Verlust der Mitte“ (*Hans Sedlmayr*), ähnlich wie der christlich-jüdische Schriftsteller *Max Picard* schon 1935 von der „Flucht vor Gott“ gesprochen hatte. Weiter sind Intellektuelle wie *Johannes Hollnsteiner*, *Gerhard Krüger* und *Thomas S. Eliot* zu nennen. Sie alle hatten Anteil an der Wiederbelebung des christlichen Geistes in der Kultur. Eine Anlehnung an die Abendland-Begrifflichkeit findet sich auch bei liberalen Denkern wie *Karl Jaspers* und *Wilhelm Röpke* und bei dem Ex-Kommunisten *Franz Borkenau*. Sie exponierten nicht zuletzt den Kontrast zwischen Freiheit und Totalitarismus.¹⁹

Die entsprechenden Deszendenz-Perspektiven, die sich auch in den Schriften des katholischen britischen Geschichtswissenschaftlers *Christopher Dawson* erkennen lassen²⁰, interpretierten den Nationalsozialismus nicht primär aus der Krise des Ersten Weltkrieges oder des Fehlschlagens der Weimarer Demokratie; vielmehr setzten die Erklärungen weitaus früher an. Der Abfall vom göttlichen Ordo-Gedanken des Mittelalters habe sich bereits in Renaissance, Humanismus und Reformation gezeigt. Die Spaltung der Christenheit und ihre Auswirkungen förderten eine allgemeine Säkularisierung, die sich besonders im Zeitalter der Aufklärung bemerkbar machte. Ohne diesen geistigen Hintergrund und die entsprechenden Auswüchse von Rationalismus und Glaubenslosigkeit ist die Französische Revolution mit ihren Verwerfungen, vor allem der ersten größeren Christenverfolgung in der Neuzeit, nicht zu verstehen. Zu den monströsen Verbrechen beider totalitärer Richtungen im 20. Jahrhundert ist es aus dieser Optik nur ein kurzer Schritt. Letztlich wird die schon in der frühen Neuzeit eingeleitete Wende zum autonomen Bewußtsein für die Entgrenzung der Gewalt und die Abkehr vom „christlichen Sittengesetz“ für das gegenwärtige Unglück verantwortlich gemacht. Die Hintergründe des Totalitarismus sind aber gewiß vielschichtiger, als sie aus diesem geistesgeschichtlichen Blickwinkel beschrieben werden.²¹

Ab Mitte der 1950er Jahre machten sich Tendenzen des Niedergangs bemerkbar.²² Außenminister *Heinrich von Brentano* mußte für seine „abendländische Rede“ 1955 anlässlich des Tausend-Jahr-Gedenktags der Schlacht auf dem Lechfeld überwiegend Kritik einstecken. Das Magazin „Der Spiegel“ startete eine Kampagne gegen angeblich verfassungsfeindliche Bestrebungen, an der sich auch der SPD-Bundestagsabgeordnete *Helmut Schmidt* beteiligte. Das „Wirtschaftswunder“ zeitigte einschneidende Konsequenzen in allen Lebensbereichen. Die Veränderungen reichten von einem demoskopisch feststellbaren Individualisierungs-, Liberalisierungs- und Säkularisierungsschub bis hin zu einer Politisierung der Lebensbereiche und einer Linksverschiebung des politischen Spektrums infolge der „Spiegel-Affäre“ (1962) und der wachsenden Dominanz der „Frankfurter Schule“. Um 1960 zeichnete sich eine „kulturelle Kristallisation“ (*Arnold Gehlen*) ab. Die Experimentierphase der jungen Republik endete. Stabilität und Sicherheit waren von diesem Zeitpunkt an innen- wie außenpolitisch die Regelforderungen.

Welche Ziele verfolgte die „Abendländische Aktion“? Sie galt als staats- und gesellschaftskritischer als die Akademieversammlungen. Im Mittelpunkt stehen Vorstellungen der *renovatio*, der Neuordnung von Staat und Gesellschaft auf

christlicher Basis. Von einer „Wiederkehr des christlichen Staates“ war indessen selten die Rede.²³ Das Motiv einer Erneuerung Deutschlands aus christlich-universalistischem Geist im Sinne echter europäischer Geisteshaltung kehrte öfters wieder. Führungspersönlichkeiten wie *Kroll* wußten, daß zur Umsetzung mehr nötig war als Akademietagungen und Theoriearbeit. Auf einige Themenbereiche soll im folgenden hingewiesen werden.²⁴

Protestantische wie katholische Konservative formulierten Einwände gegen westlichen Parlamentarismus und Massendemokratie.²⁵ Sie äußerten sich deutlich kritischer als pragmatische Christdemokraten wie *Konrad Adenauer* oder *Eugen Gerstenmaier*.²⁶ Auf einer Tagung der „Abendländischen Aktion“ im Jahr 1952 bezeichnete der Osteuropahistoriker *Georg Stadtmüller* die Bundesrepublik samt Grundgesetz als „Behelfsheim“. Von einer endgültigen Ordnung wollte er nicht sprechen. Anfragen wurden auf dieser Tagung auch an den modernen Parteienstaat und an das „nivellierende“ Wahlverfahren gestellt. Einer „Formaldemokratie“ brachten die Redner keine Sympathien entgegen. Sie gehe von einer Gleichheit aus, die nirgendwo bestehe. Das Gemeinwesen, so die einhellige Meinung, brauche Berufsstände und im öffentlichen Leben geachtete Persönlichkeiten. Die „Gleichmacherei“ von Mann und Frau stieß auf einhellige Ablehnung, zudem die These von der Autonomie der Wirtschaft. Die Meinungen zu der vielschichtigen Erscheinung des Westens waren in diesen Zirkeln nicht einheitlich. Während man die vitale Religiosität in den USA bewunderte, wurde die vermutete dortige Dekadenz abgelehnt, besonders der verflachte Technizismus.

Öfters artikulierte man Kritik am Parteienwesen.²⁷ Im „Neuen Abendland“ vertrat *Gerhard Montesi* die Auffassung, es handle sich bei den Parteien um oligarchische Organisationen, die das Wohl des Staates mit dem eigenen Vorteil verwechselten. Neben dem Parlament mit aus den Parteien stammenden Abgeordneten schlug er eine zweite Kammer vor. Sie solle neben einer Wirtschaftsversammlung und einem Familienrat auch einen Senat als „Rat der Weisen“ umfassen, in dem die Bischöfe einen Sitz beanspruchen könnten – eine politische Konstruktion, die nachdrücklicher als das individualistisch ausgerichtete Grundgesetz das Gemeinwohl betonen sollte. *Montesis* Ausführungen sind aber nicht im Sinne einer Fundamentalrevision von Demokratie und Parlamentarismus zu werten, sondern als Vorschläge einer pragmatischen Kurskorrektur.

Berufsständische Modelle stellten Alternativen zur realen Wirtschaftsordnung dar. Sie richteten sich gegen einen westlich-liberalistischen Atomismus, in dem nur der einzelne und seine Wünsche zählten, mithin also die „Ellenbogengesellschaft“ vorherrsche. Freilich unterschätzten solche Konzepte die Tatsache, daß zu ihrer Umsetzung in Deutschland – anders als in den 1930er Jahren in Österreich – der soziokulturelle Unterbau fehlte. Doch auch dort scheiterten entsprechende Experimente unter den Kanzlern *Dollfuß* und *Schuschnigg*. Der Nationalökonom und Philosoph *Othmar Spann* blieb als Ideenvermittler für die Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* (1931) wie überhaupt für berufsständische Entwürfe in diesen Zirkeln auch nach 1945 präsent. Um 1960, als die Wende zur Sozialen Marktwirtschaft sichtbare Früchte hervorbrachte, erachtete man solche sozialetischen Entwürfe mehr und mehr als überholt.

Zwei Schlüsselpublikationen

Der Mitgründer und Koordinator der „Abendländischen Akademien“ und Historiker *Kroll* wirkte von 1946 bis 1948 als Landrat in Staffelstein, von 1949 bis 1951 als Leiter des Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus in München (heute: Institut für Zeitgeschichte). Er entstammte einem sozialistisch-atheistischen Milieu. Nach aufwühlenden Erlebnissen im Krieg bekehrte er sich zum katholischen Glauben und verfaßte das „Manifest der Abendländischen Aktion“.²⁸ Der Text verrät manches über sein Verständnis des Grundgesetzes. Es finden sich unter anderem damals gängige Verweise auf den Zusammenhang von autonomem Bewußtsein und Verbrechen²⁹, den Widerspruch von christlichem und autonomem Bewußtsein³⁰, die Zerstörung der Familie³¹, die Wirtschaft als Experimentierfeld eines entfesselten Erwerbstrebens³². Nicht überraschend zitiert er im Kapitel über „Die Auflösung der Kultur“ den Kunsthistoriker *Hans Sedlmayr*, dessen Sicht von der Spiegelung des Nihilismus in der modernen Kunst *Krolls* eigener Wahrnehmung entsprach.³³ Die Schwäche von Demokratie und Liberalismus sieht er darin begründet, daß sie einen Jahrmarkt von Weltanschauungen, Lehren und heterogenen Meinungen präsentierten. Statt einer verbindlichen Wertordnung herrsche Desorientierung. Überall dominiere banaler Relativismus. Die formale Freiheit behandle alle gleich: Wer den eigenen Bruder erschlagen wolle, sei ebensoviel wert wie der, der ihm helfen wolle.³⁴ Formale Freiheit führt nach dieser Perzeption zum Nihilismus. Bei *Kroll* kommt die Dekadenz-Optik besonders pointiert zum Ausdruck. Die Annahme, eine „Formaldemokratie“ habe im modernen „Krieg von Weltanschauungen“ (*Friedrich von der Heydte*) dem Bolschewismus nichts entgegenzusetzen, war verbreitet.³⁵

Am Ende des Manifests wird *Krolls* distanzierter Blick auf die damalige jüngste Entwicklung deutlich, wenn er notiert, wir hätten „seit 1945 viel Zeit mit dem Versuch vertan, in den von der Welt geprägten säkularisierten Formen des Staates, der Wirtschaft und der Kultur einen Anteil zur Erneuerung zu leisten“.³⁶ *Krolls* Vorbehalte gegenüber der realen Demokratie und ihren Gefahren sind mit Händen zu greifen. Zu seinen Verdiensten zählt, daß er ernsthafte Vorschläge zur Erneuerung der abendländischen Welt vorlegte. Dazu zählen die Wiedergeburt der Familie, der Neubau des Staates auf der Grundlage des christlichen Ethos, die Erneuerung des Subsidiaritätsprinzips vornehmlich in der Wirtschaft, Ansätze zur ökonomischen Gerechtigkeit sowie zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer, der Zugang zu echter, großer Kunst und andere mehr.

Gern gesehener Referent bei den Treffen der Abendländischen Akademien war der Publizist und Jurist *Winfried Martini*. 1954 veröffentlichte er eine auch außerhalb des eigenen Umfelds Beachtung findende Schrift mit dem aussagekräftigen Untertitel „Eine Kritik des Westens“³⁷. Sie steht im deutlichen Gegensatz zur Bonner Republik. *Hitler* erscheint darin als Ergebnis von Strukturfehlern der Weimarer Demokratie. Den Kult um die demokratische Wende von 1949 kann er ob der Ambivalenzen dieser Staatsform, die auch aus der Geschichte bekannt seien³⁸, nicht nachvollziehen. Er bemängelt die permanente Beteiligung des Demos am Politischen in Form von Wahlen und Abstimmungen und betont die Gefahren

massendemokratischer Dynamik. Die Mehrheit der Stimmbürger habe bei den Wahlen von 1933 schließlich die Freiheit „legal“ abgeschafft. Um solche fatalen Folgen einer Formaldemokratie künftig zu vermeiden, läßt *Martini* Sympathien für einen autoritären Entwurf erkennen, der jene Entpolitisierung vorangetrieben hatte, die die Weimarer Republik vermissen ließ. Durch diesen Fehler gelangte *Hitler* zur Macht, so *Martinis* Interpretation der Ereignisse.

Sternberger verübelte *Martini* in einer Rezension die zwar nicht unkritische, aber insgesamt wohlwollende Beschreibung der politischen Verhältnisse in Spanien und Portugal.³⁹ *Martini* beabsichtigte jedoch keineswegs, die Regime von *Franco* und *Salazar*, die der katholischen Kirche Privilegien einräumten, auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Zu den Verdiensten dieser Herrschaftssysteme zählte er die Verhinderung einer massendemokratischen Dynamik, aber auch das Bestreben, die „Eigenständigkeit politischer Herrschaft“ wiederherzustellen. Der rechtskonservative „Schmittianer“ *Martini* wurde harsch zurückgewiesen, aber nicht ausgegrenzt. Es ist auch daran zu erinnern, daß etliche westliche Regierungen die Systeme in Spanien und Portugal schon aus strategischen Gründen, vor allem wegen deren antikommunistischer Ausrichtung, differenziert betrachteten. *Martinis* Buch wurde bald ins Portugiesische übersetzt und in Portugal veröffentlicht.

Nachleben eines vermeintlich überholten Gedankengebäudes

Die Diskussionen über die Neuordnung von Staat und Gesellschaft nach abendländischen Vorbildern und Maßstäben liegen lange zurück. Das „Behelfsheim“ ist spätestens seit der Schwellenzeit um 1960 für die Mehrzahl der Bundesbürger zum komfortablen Wohnhaus geworden. Ein intensiver Diskurs über die Neuaneignung abendländischer Überlieferungen erscheint somit wenig zielführend. Dennoch ist dieses Gedankengut nicht gänzlich verschwunden. Von Zeit zu Zeit gelangt es an die Oberfläche, gerade dann, wenn Auseinandersetzungen um das uferlose Thema der europäischen Identität stattfinden. Als 2002/03 der französische Präsident des Europäischen Verfassungskonvents, *Valéry Giscard d'Estaing*, sein Projekt einer europäischen Verfassung vorgelegt hatte, erzwangen die Gegner die Streichung aller Verweise auf konstitutive Identitätsschichten. Übrig blieb in diesem Kontext meist nur die plakative Herausstellung von allgemein-universalen Rechten und Werten. Das Spezifikum christlich-europäischer Herkunftstradition wird – wohl aus Rücksicht auf Anders- und Nichtgläubige – gern verschwiegen. Der daraus resultierende Mangel ist unübersehbar.

Gegen diesen Trend bildete sich kürzlich eine Gruppe von Wissenschaftlern und Publizisten um den belgischen Althistoriker *David Engels*, der einen programmatischen Sammelband mit dem Titel „Europa aeterna“ herausgegeben hat.⁴⁰ Daran anschließend entstand im Dezember 2023 die Einrichtung „Europa Aeterna. Akademie für politische Philosophie“. Dieser nach österreichischem Zivilrecht errichtete Verein setzt sich in der Nachfolge des aufgelösten Renovatio-Instituts für eine Neufundierung des abendländischen Geistes in allen Lebensbereichen ein. Als Grundlage der Betrachtungen dient der sogenannte Hesperialismus.⁴¹ Gemeint ist damit das Konzept eines geschichtsbewußten abendländischen Patriotismus. Als

Kontrast zu diesem Leitgedanken gelten der reale Brüsseler Bürokratismus und Zentralismus, der als Deformierung europäischer Vielfalt begriffen wird. Eine Reihe von Veranstaltungen der neuen Akademie soll künftig zur Förderung dieser Ideenwelt beitragen.

Anmerkungen

- 1) Jan-Werner Müller, Verfassungspatriotismus, Berlin 2010, bes. 148-150.
- 2) Kurt Sontheimer, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999.
- 3) Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999.
- 4) Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.
- 5) Materialreich untermauert bei Christian Bommarius, Das Grundgesetz. Eine Biographie, Berlin 2009.
- 6) Zum Überblick Heinz-Lothar Barth, „Im Bewußtsein vor Gott und den Menschen“, in: ders.: Opus Iustitiae Pax – Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit. Aufsätze zur christlichen Soziallehre, Neunkirchen-Seelscheid 2022, 121-206.
- 7) Josef Bordat, Ewiges im Provisorium. Das Grundgesetz im Lichte des christlichen Glaubens, Rückersdorf üb. Nürnberg 2019.
- 8) Zu den Hintergründen der Entstehung vgl. aus der neuesten Literatur Michael F. Feldkamp, Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz, München 2023.
- 9) Vgl. den fundierten Überblick von Thomas Großbölting, Der verlorene Himmel: Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013.
- 10) Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hg.): Christen und Grundgesetz, Paderborn [u. a.] 1989.
- 11) Statt anderer Gernot Facius, Hirten grenzen aus, Junge Freiheit, Nr. 10/2024, 15.
- 12) Vgl. hingegen die unterschiedlichen Positionen in folgenden Sammelbänden: Felix Dirsch/Volker Münz/Thomas Wawerka (Hg.): Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken, Graz 2018; dies., (Hg.): Nation, Europa, Christenheit. Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus, Graz 2019.
- 13) Ausdruck dieser Ideologie ist etwa das in Planung befindliche „Demokratiefördergesetz“. Zur Rolle des Verfassungsschutzes in diesem Kontext kritisch Mathias Brodkorb, Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik. Sechs Fallstudien, Springe 2024. Linksextremistische Organisationen dürften so demnächst mit zusätzlichen, langfristigen Fördergeldern überschüttet werden. Zu den verfassungsrechtlichen Einwänden vgl. Dietrich Murswiek, Den Rechtsstaat aufweichen, Junge Freiheit, Nr. 9/2024, 3.
- 14) Zur Klärung nachgeschoben jetzt Martin Sellner, Remigration: Ein Vorschlag, Schnellroda 2024.

- 15) Fundiert recherchiert bei Henning Hoffgaard, Protokoll eines Medienskandals, Junge Freiheit, Nr. 4/2024, 7.
- 16) Hans Egon Holthusen, Der unbehauste Mensch. Motive und Probleme der modernen Literatur. Essays, München 1951.
- 17) Harald Jähner, Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945-1955, 8. Aufl., Hamburg 2020.
- 18) Dagmar Pöpping, Abendland: christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900-1945, Bochum 2000.
- 19) Vgl. Schildt, a.a.O., 161.
- 20) Exemplarisch Christopher Dawson, Die Religion im Aufbau der abendländischen Kultur, Düsseldorf 1953; ders., Das Wesen Europas. Begegnung mit unserer Geschichte, Die Neue Ordnung 77 (2023), 49-62.
- 21) Zu dem Versuch, diese Linien neu zu ziehen, vgl. Hans Graf Huyn, Ihr werdet sein wie Gott. Der Irrtum des modernen Menschen von der Französischen Revolution bis heute, München 1988, Neuauflage 2021.
- 22) Ausführlich Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, 68-82.
- 23) Kritisch zu diesen Vorstellungen Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a. M. 1971.
- 24) Grundlegend für diese ideen- und realpolitischen Entwürfe Schildt, Zwischen Abendland, a.a.O.
- 25) In den folgenden Absätzen habe ich Anleihen genommen bei früheren Überlegungen zum Thema: Felix Dirsch, Katholische Korrekturen am Behelfsheim, Die Tagespost, 42/2011, 14; ausführlicher ders., Individualisierung und Traditionsbewahrung. Das katholische Milieu der 1950er Jahre und die Zeitschrift „Neues Abendland“, in: Frank-Lothar Kroll (Hg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945 (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 6), Berlin 2005, 102-124.
- 26) Nicht von ungefähr hatte Adenauer abendländisches Gedankengut und Westorientierung verbunden, so auch in seiner ersten Regierungserklärung: „Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören ... Unsere ganze Arbeit wird getragen sein von dem Geist christlich-abendländischer Kultur“ (zit. nach Hans Ulrich Behn, Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, München, Wien 1971, 33). Die abendländischen Aktivisten thematisierten hingegen die Spannung zwischen Abendland und Amerika mit Verve.
- 27) Ausführlicher Dirsch, Individualisierung, a.a.O., 115.
- 28) Gerhard Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion, München 1951.
- 29) Vgl. ebd., 15-19.
- 30) Vgl. ebd., 9-15.
- 31) Vgl. ebd., 19-21.
- 32) Vgl. ebd., 27-30.
- 33) Vgl. ebd., 30-35.
- 34) Vgl. ebd., 9.

- 35) Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009, 145.
- 36) Kroll, zit. nach Dirsch, Katholische Korrekturen, a.a.O., 14.
- 37) Winfried Martini, Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens, Stuttgart 1954.
- 38) Martini steht mit seinen Betrachtungen zur „jakobinischen Demokratie“ (vgl. ebd., 42-48) nicht allein. Bereits zwei Jahre vor seinem Buch erschien mit „The History of Totalitarian Democracy“ (London 1952) der erste Band einer umfassenden Trilogie des israelischen Historikers Jacob Talmon, der sein Lebenswerk der Erforschung der Metamorphosen der „totalitären Demokratie“ widmete. Der geistesgeschichtliche Beginn dieser Strömung setzt nach Talmon bei Rousseau ein, der auch von Martini, a.a.O., 35-42, erörtert wird.
- 39) Zum autoritären Staat und dessen Widerstand gegen massendemokratische wie totalitäre Tendenzen siehe Martini, a.a.O., 318-326.
- 40) David Engels (Hg.), Europa aeterna. Unsere Wurzeln. Unsere Zukunft, Neuruppin 2022.
- 41) Zu Inhalten, Veranstaltungen, früheren Tagungen und weiteren Informationen vgl. <https://europa-aeterna.org/> [aufgerufen am 8. April 2024].

Prof. Dr. Felix Dirsch lehrt Philosophie mit Schwerpunkt Politische Theorie in Armenien und Deutschland.

Felix Hornstein

Otfried Preußler – auch er „umstritten“?

I.

Gibt es in unserem Land, nein, gab es in unserem Land einen unumstritteneren Autor als *Otfried Preußler* (1923-2013)? Wer kennt, wer liebt den „Kleinen Wassermann“ nicht, den „Räuber Hotzenplotz“, „Die kleine Hexe“, „Das kleine Gespenst“? *Preußler* gilt, *Preußler* galt als harmloser Kinderbuchautor.

Es gibt freilich auch andere, weniger harmlose Bücher, in erster Linie wären da zu nennen „Krabat“, das ein Jugendbuch für Erwachsene ist, und „Die Flucht nach Ägypten. Königlich-böhmischer Teil“, in dem er seiner untergegangenen Heimat ein melancholisch-versöhnliches Epitaph setzt, Bücher, in denen *Preußler* sehr ernst und tief zur Sache geht. Diese Bücher setzen einen sehr hohen Anspruch. Zumal der „Krabat“ ist von einer derartigen literarischen Qualität, daß ich kein deutsches Buch der Nachkriegszeit weiß, das ich über ihn stellen könnte.

Das Etikett Kinder- oder Jugendbuch camoufliert den Autor. Es läßt sich ganz gut damit leben, man ist ja „nur“ ein Kinderbuchautor, kein „richtiger“, keiner von den Großen. Nur darf man das Wort *Astrid Lindgrens* nicht vergessen, die einmal meinte, Kinderbücher müsse man genauso schreiben wie Bücher für Erwachsene, nur besser. Als Kinderbuchautor fand *Preußler* eine Nische – da konnte er sich tatsächlich ein wenig verstecken. Er versteckte aber zweierlei: seine literarische Größe und seinen Eigensinn. Und das hat man ihm ja gelegentlich auch zum Vorwurf gemacht: daß er nicht mit dem *Mainstream* gehe, daß er nicht politisch, nicht „engagiert“ genug sei. Da wurde er zum „Watschenmann“, wie er sich selber ausgedrückt hat. *Preußler* bediente nie den Zeitgeist.

So war er offenbar doch wieder zu politisch. Irgendwie ahnten seine Feinde, daß er nicht einer der ihren war, ohne recht zu verstehen, wie tief sein Denken hinabreicht. Aber das tat seiner Popularität keinen Abbruch. *Preußler* setzte sich durch und wurde einer der beliebtesten Kinder- und Jugendbuchautoren der letzten Jahrzehnte, ein Schulbuchautor und ein Klassiker der Jugendliteratur.

Kein Zufall also, daß im Jahre 2014 das Gymnasium Pullach bei München den Ehrennamen „Otfried-Preußler-Gymnasium Pullach“ erhielt, obwohl der Autor persönlich keine besondere Beziehung zu diesem Ort hatte. Passend zeichnete man ein Gymnasium mit dem Namen eines Mannes aus, der, was Literatur für junge Leute angeht, hinter niemandem zurücksteht. Es war eine Ehre für die Schule, sich mit ihm schmücken zu dürfen.¹ Doch die Zeiten haben sich geändert. Zehn Jahre später will man *Preußler* diese Ehre wieder entziehen. Die Begründung: Er habe in seiner Jugend einen Roman in bündisch-nationalsozialistischem Geist verfaßt, diesen Makel später verschwiegen, außerdem stelle er in seinen Werken auch Konfliktlösungsstrategien vor, die „problematisch für die Lernenden“ seien, da es

dabei um Gewalt und Hexerei ginge.² Damit holen *Preußlers* Gegner zu einem tödlichen Vorwurf aus: *Preußler* war „Nazi“, und das kann nimmermehr verziehen werden.

II.

Doch werfen wir einen Blick auf das *Corpus delicti*! Es handelt sich um den Jugendroman „Erntelager Geyer“, den *Preußler* im Alter von 17 oder 18 Jahren verfaßt hat und der drei Jahre später gedruckt wurde; wer dieses Buch redigiert hat, welche Änderungen dabei vorgenommen und ob der Verfasser dazu befragt wurde, wissen wir nicht. Angeblich hat er dieses Buch später verschwiegen. Das ist, aufs Ganze gesehen, nicht richtig, wenngleich *Preußler* in späteren Zeiten damit aus guten Gründen auch nicht hausieren gegangen ist.³ Doch auch bei Komponisten dauert es meist eine Weile, bis sie unter ein Werk ihr „Opus 1“ setzen; Vorarbeiten, Gelegenheitsarbeiten und Jugendwerke werden normalerweise nicht ins Werkverzeichnis aufgenommen.

Sieht man sich dieses Werk als Ganzes an, wird man daran erst einmal nichts Besonderes finden. Thema ist die Fahrt einer Gruppe zehn- bis vierzehnjähriger Buben zu einem Ernteeinsatz auf dem Land. Dort lernen diese jungen Stadtkinder das Land kennen und erleben einige Abenteuer. Es geht um die Arbeit, um die Gemeinschaft, darum, daß man gemeinsam alles schafft, und natürlich um einige Abenteuer, die sie gemeinsam bestehen. Es geht um Streitigkeiten und Wettbewerbe innerhalb der Gruppe, auch darum, wie man einen Konflikt einvernehmlich löst. Das ist eine ziemlich moderne Weise: Es soll keine Sieger und Besiegten geben, alle sollen sich die Ehre teilen. Das alles ist autobiographisch unterfüttert, *Preußler* schrieb offenbar aus dem Eindruck einer glücklichen Zeit.

Das Buch enthält einige Elemente, die heute als gestrig gelten, wie die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Buben dem Raufen hingeben, die Rolle der Fahne, um die man sich scharf, die Identifikation mit Gestalten aus der deutschen Geschichte – *Florian Geyer* –, wie überhaupt die Verankerung in den deutschen Traditionen. Aber auch da täte man gut daran, sie aus der Zeit heraus zu verstehen. Da geht es um Elemente, die das frühe 20. Jahrhundert kennzeichnen: die Organisationen der Jugend, die neue Bedeutung des Sports, den Versuch, neue Gemeinschaftsformen zu entwickeln, auch neue Formen der Jugendpädagogik, die die vielfach heimat- und ortlos gewordenen Jugendlichen „aus grauer Städte Mauern“ herausholen und zu einem gesünderen, natürlicheren und aktiveren Leben hinführen sollten. Viele dieser Elemente finden sich zeitgleich bei den Pfadfindern eines *Baden-Powell*, beim tschechischen Turnerbund, dem Sokol, auch bei katholischen, sozialdemokratischen und anderen Jugendgruppen. Vergleichbares gab es in ganz Europa.

Heute sind diese Organisationen in die Jahre gekommen und nur noch in Restbeständen da. Man mag das bedauern oder begrüßen, sollte aber darüber nicht vergessen, wie wichtig ein Vereinsleben für die Jugendlichen ist – und wenn es nur darum geht, in sportlichem Wettbewerb die Kräfte zu messen. Besser als exzessiver Internet- und Drogenkonsum dürfte das allemal sein. Die Begeisterung, mit

der *Preußler* von der gemeinsam erlebten Zeit erzählt, spricht eine deutliche Sprache.

Das Problem beginnt mit der ideologischen Inbesitznahme. Natürlich lassen sich solche Gemeinschaftsformen „instrumentalisieren“, wie man heute sagt: Aus *Boy Scouts* wurden gute Soldaten des Empire, aus Komsomolzen Rotarmisten, aus Hitlerjungen Wehrmachtssoldaten und SS-Leute. Hätte der achtzehnjährige *Preußler* da „wachsamer“ sein müssen? Ein Peru-Reisender hat mir Ende der 1970er Jahre vom verhängnisvollen Einfluß der Armee auf die jungen Dorfbewohner erzählt: Da würden sie von ihren heimatlichen Bindungen losgerissen und kämen in die Stadt, wo sie die ganzen modernen Unsitten kennenlernten. Ein Franziskanerpater, dem ich das erzählte, sah die Sache ganz anders. Er kannte die Verhältnisse aus eigener Anschauung und meinte, erst nach ihrem Jahr in der Armee sei mit den jungen Leuten etwas anzufangen, da lernten sie endlich, wie man gemeinsame Projekte stemmt und das Leben im Dorf verbessert.

An dem Buch als Ganzem ist tatsächlich nichts Schlimmes, besser gesagt: nichts, was ein Beteiligter *damals* als schlimm hätte empfinden müssen oder auch nur können. Dazu hätte es eines Ratgebers oder einer Autorität von außen bedurft. Mein Onkel hat mir des öfteren erzählt, daß er den Ausschluß aus der Hitlerjugend als eine Art Strafe empfunden habe; er habe sie akzeptiert, weil er von meinen Großeltern eines Besseren belehrt worden sei. Wer aber keinen solchen Mentor hatte, wie sollte der darauf kommen, daß die von oben belobigten und empfohlenen Organisationen schlecht oder böse waren?

Die Jungen waren „Pimpfe“, da beginnt das Problem, und sie waren Teil der Hitlerjugend. Es gibt ein paar Stellen, an denen von der Kraft des Bauerntums die Rede ist, von „alles überragenden Männern“ wie dem Führer, der ebenfalls dem Bauerntum entstamme, von den Hussiten als Feinden und Mordbrennern – die tschechischen Sokoln identifizierten sich damit – und von einem der Buben, der Siedler im Osten werden möchte. Auch die Grenzlandthematik wird angeschnitten. Einmal redet der junge *Preußler* von „Grenzsteinen“, die das Land „ohne jeden ersichtbaren Grund teilen“. (Kennen wir etwas Vergleichbares nicht noch von der Mauer her und wo finden wir heute ein Lob der Grenze?) Er bedauert die Lage seines Vaterlandes und erweist sich als deutscher Patriot. Zuletzt legt er einer seiner Gestalten einen Witz über Juden in den Mund. Und das war’s eigentlich. Mehr hat man gegen den Autor nicht in der Hand. Da findet sich kein Aufruf zu Gewalt, keine Verächtlichmachung Andersdenkender, keine Verherrlichung des Krieges und auch kein explizites Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Nichts dergleichen. Wie prüde muß man sein, um wegen eines so harmlosen Anfangswerks eines Achtzehnjährigen den Wert eines Lebenswerks in Abrede zu stellen?

III.

Was treibt Menschen an, die einem Mann wie *Preußler* – mit diesem Lebenswerk – die Ehre entziehen wollen? Ich finde auf diese Frage nur zwei Antworten. Die erste Antwort lautet: Verblendung! Sie werfen *Preußler* genau das vor, worunter sie selber leiden. Sie wissen nicht, was sie tun. Für diese Leute ist unsere ganze

Vergangenheit böse, und jeder, der Teil der damaligen „Mühle“ war – die Mühle ist im „Krabat“ das Symbol des Machtsystems –, durch sein bloßes Dabeisein schuldig. Sie verstehen nicht, daß es das Wesen des Bösen ist, sich immer unter die Dinge zu mischen, sie zu verfälschen und aus guten Absichten Böses werden zu lassen. Sie kennen den Teufel nicht, der die Dinge durcheinanderbringt. Und sie sind wahrhaftig naiv: Sie meinen, sie selbst hätten das Böse erkannt und durchschaut, während es doch nichts Schwierigeres gibt auf der Welt als das Böse, das die Welt beherrscht, zu durchschauen, während es herrscht. Woher weiß man denn, daß das, was alle sagen, falsch ist? Man lernt es, Schritt für Schritt, und wenn man es erkannt hat, ist man erst einmal sehr allein. Im nachhinein ist das alles naturgemäß sehr leicht zu sehen, da darf man ja wieder auf das hören, was man einem sagt. Freilich wird man gerade auch dann, nach dem Sturz der verkehrten Ordnung, wenn die Dinge wieder „normal“ werden, erfahren, daß der Großteil der Menschen nicht viel verstanden hat. Sie ändern einfach das Vorzeichen und stellen sich auf die andere Seite, so, als ob damit die Wahrheit schon gewonnen wäre; ist sie aber nicht.

Antwort zwei besagt, daß *Preußlers* Feinde durchaus wissen, was sie tun. Wissen heißt, daß sie erkennen, daß ein *Preußler* ihre Weltsicht in fundamentaler Hinsicht nicht teilte. Dann stünde hinter ihrem Verhalten die Witterung seiner Andersartigkeit und einer Weltsicht, die ihre Ideologie von innen heraus bedroht. Und vielleicht tut sie das tatsächlich. Denn *Preußler* hat etwas gegen „Mühlen“.

Das muß ich näher erklären. Wir leben in einer Zeit, die ein eigentümliches Verhältnis zur Vergangenheit entwickelt hat. Da ist zunächst die allgemeine Neueuerung, daß diese nichts mehr gilt. Erfahrung hat einen schweren Stand in Zeiten, in denen sich ständig alles ändert. Da macht sie dumm, reagieren wir doch stets mit überholten Mitteln auf neue Herausforderungen. In Zeiten, in denen wir aber auch unser Selbstsein und unsere Identität nicht mehr aus der Vergangenheit beziehen, können wir auch nicht mehr stolz auf unsere Vorfahren sein. Aber mehr noch: wir leben in einer Zeit der Moralisierung. Das bedeutet, daß wir schwierige Fragen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und überhaupt des Lebens nicht mehr als Sachfragen behandeln, sondern zu immer größeren Anteilen als moralische Fragen. Das macht das Reden leichter, aber es erschwert sachliche Lösungen. Wir denken nur noch darüber nach, was man tun *sollte*, nicht mehr darüber, *was* man *wie* tun *kann*. Vollends zur Katastrophe wird das, wenn wir diese Methode auf die Vergangenheit anwenden. Jetzt übertragen wir unsere Vorstellungen vom Geschichtsverlauf auf die Weise, wie die Geschichte tatsächlich abgelaufen ist. Wir messen die reale Vergangenheit an der, die wir uns gewünscht *hätten*, ähnlich wie wir es mit der Zukunft tun. Daß dabei weder eine Erkenntnis noch sonst etwas Vernünftiges herauskommen kann, liegt auf der Hand. Wenn wir diese Erkenntnisse jetzt aber auch noch konkreten Individuen überstülpen, erklären wir Leute posthum zu Verbrechern – für Dinge, die auch aus heutiger Perspektive nur dann als Verbrechen zu klassifizieren sind, wenn man eine ganz spezifische ideologische Brille aufsetzt. Doch *Preußler*, zumal der junge, stand nicht *über* den Verhältnissen, in denen er lebte, um ein Wort des Althistorikers *Christian Meier* aufzugreifen, sondern *in* ihnen. Und da sahen die Dinge eben ganz anders aus.

Ich möchte dazu ein Beispiel anführen. Jeder, der schon einmal einen Farbenblindheitstest gemacht hat, kennt die Bilder mit den kleinen bunten Kreisen, aus denen sich Zahlen herauslesen lassen. Wo ein Normalsichtiger, sagen wir, die Zahl drei erkennt, kann das bei einem Rot-Grün-Blinden auch ein Achter sein. Er sieht andere Farben und führt deshalb die Punkte anders zusammen. Ähnlich die Rolle der Erwartung in der Geschichte: Wenn man sich heute *Helmut Kohls* Rede beim Besuch von *Erich Honecker* des Jahres 1987 anhört, staunt man über die Deutlichkeit, mit der darin von einer möglichen Wiedervereinigung geredet wurde. Damals aber nahm man das als unverbindliche Sonntagsrede wahr. *Honecker* wurde mit allen Ehren eines ausländischen Staatsgastes empfangen; selten war die Wiedervereinigung so weit weggerückt. Sagt *Loriots* Rentner Hermann am Ende des Streits über das Frühstücksei: „Morgen bring ich sie um!“, ist das ein harmloser Fluch, liegt sie tags darauf in ihrem Blut, fällt der Verdacht auf ihn. Der Rentner hegte aber gar keine Mordabsicht, er war nur genervt. Wenn man weiß, wie's ausgeht, ordnet man jedes Steinchen richtig ein. Für den Zeitgenossen sind das aber nur wenige Elemente einer unüberschaubaren Vielfalt. Im nachhinein weiß man, wer von den hundert Wetterpropheten recht hatte, wer den richtigen Kriegsplan des Feindes verraten hat, welche Aktien man hätte kaufen sollen, welche Absicht des Diktators ernstgemeint war und welche nicht. Rückblickend kann man alles richtig einordnen. Sogar die Lottozahlen kann man in der Zeitung lesen. Die Feststellung der Geschichte reduziert zweifellos ihre Komplexität. Aber *in* einer Zeit zu leben ist eben etwas anderes.

Wie lesen *Preußlers* Feinde „Erntelager Geyer“? Sie verfahren nach dem, was ich die *chemische Methode* nenne. Diese ist relativ einfach, denn sie erspart einem das mühe- und oft qualvolle Nachdenken über den „Kehrichthaufen der Weltgeschichte“, um einen sowjetischen Ausdruck heranzuziehen. Diese Methode muß nichts begreifen, nichts verstehen, sie muß nur *nachweisen*; sie muß Begriffe aufspüren und *Denkmuster* – auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, versteht sich – *Klischees* und *Stereotype*. Und dann hat sie ihre Beweise zusammen. Ihr Ziel sind der Prozeß und das Urteil, das genügt ihr, denn sie dient selbst einem Zweck. Was sie nicht tut, ist die Funde in *ihren* Kontext einzubetten – das könnte ja zu „falschen Schlüssen“ führen. Was sie aber sehr wohl tut, ist, sie in *andere* Kontexte einzubetten: Wer die Bauern verherrlicht, ist ein gefährlicher Sozialromantiker und Vertreter der „Blut-und-Boden“-Ideologie mit all ihren Weiterungen; wer eine seiner Gestalten einen Witz über Juden machen läßt, zielt direkt auf den *Holocaust*, wer an gesunde Nachkommenschaft denkt, hat nicht die Kategorie Nachhaltigkeit im Sinn, sondern ist ein gefährlicher Rassenideologe. Das ist kein Weg des Verständnisses, sondern Kritik „von unten herab“, wie ich es nenne. Man begreift nicht viel, steht also *unter* der Sache, meint aber von *oben* herab urteilen zu können. Aber wer mit dem Hammer herumläuft, für den sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.

Wie albern, im einzelnen nachweisen zu wollen, daß dieser oder jener Gedanke falsch sei! Man gebe mir ein beliebiges „wokes“ Jugendbuch, und die Absurditäten purzeln mir nur so entgegen. Was wird man vollends später einmal über heutige Kinderbücher sagen? Wird man sich mit einzelnen Aussagen herumschlagen

und sie in den „richtigen“ (also den aus dem nachhinein gewonnenen) Kontext stellen? Was für ein Kontext wird das sein? Man denke an die apokalyptischen Kinderbücher eines *Robert Habeck* und seiner Frau *Andrea Paluch*, etwa an „Die besten Weltuntergänge: Was wird aus uns? Zwölf aufregende Zukunftsbilder“. Wird man das in 80 Jahren, wenn die beschworene Zukunft Vergangenheit ist, auch noch als schaurig-schön empfinden und als pädagogisch wertvolle Aufklärungsliteratur, die die Kinder behutsam an die Gefahren unserer Zeit heranführt, gegen die es zu kämpfen gilt? Ich erkenne hinter diesen Büchern einen moralischen Impetus, keine Bosheit, keine schlechte Absicht, gar nicht, kann aber nicht umhin, den erwachsenen *Habeck* zu sehen, der gerade dabei ist, seine Kinderträume in die Wirklichkeit umzusetzen... Doch will man bereits den Kinderbuchautor für die Zerstörung eines halbwegs funktionierenden Landes verantwortlich machen? Und für all die wahrscheinlich wirklich apokalyptischen Dinge, die aus den Anfängen folgen werden, die natürlich allesamt nicht beabsichtigt sind, ja noch nicht einmal am Denkhorizont des Verantwortlichen auftauchen, die man aber um so deutlicher wahrnimmt, wenn man einen etwas längeren, vorsichtig-skeptischen Blick auf die Geschichte hat, wenn man weiß, wie oft aus Blümenträumen Alpträume wurden?

Wenn unsere Nachfahren einmal *Robert Habeck* und sein Lebenswerk beurteilen wollen, werden sie aus seinen Kinderbüchern vielleicht lernen können, wie er zu dem wurde, der er geworden ist, und wenn sie die Katastrophe, die sich voraussichtlich mit seinem Namen verbinden wird (falls es nicht doch noch anders kommt), aus dem nachhinein zu verstehen suchen, wird es ihnen vielleicht helfen, ihn zu lesen. Die Kinderbücher machen seinen frühen Geist sichtbar. Aber sie werden die Beurteilung seines „Lebenswerkes“ doch nicht davon abhängig sein lassen. Und nun stelle man sich vor, er käme zur Einsicht, änderte seine Politik und verfolgte mit Klugheit und Beharrlichkeit, Weitsicht und Geschick einen Weg, der zum Erfolg führt, und er täte das sogar, ohne den Idealen seiner Jugend untreu zu werden, er verwirklichte sie vielmehr zu erheblichen Teilen. Wird man ihm dann posthum noch vorwerfen: „In seiner Jugend hat er aber ganz anders gedacht!“ Hat nicht die Jugend auch ein Recht auf Irrtum?

IV.

Und damit wären wir wieder bei *Preußler*. Richten wir einen kurzen Blick auf die Welt, der er entstammte. Als Deutschböhme kommt der 1923 in Reichenberg, der größten Stadt des Sudetenlandes, geborene *Preußler* in einem Land zur Welt, das erst wenige Jahre zuvor aus der Konkursmasse des Kaisertums Österreich-Ungarn zusammengezimmert worden war. Die Deutschen hatten sich dieses neue Haus nicht ausgesucht, sie waren gegen ihren Willen in einen Staat hineingezwungen worden, dem sie nicht angehören wollten. Sie waren in der Mehrheit gute Österreicher gewesen, nach dem Auseinanderfallen des Vielvölkerstaates strebten sie nach einer Vollendung der 1848/49 an der Existenz der anderen Nationen und Nationalitäten gescheiterten deutschen Einigung. In der Tschechoslowakei waren sie eine mißtrauisch behängte und mehr oder weniger stark diskriminierte Minderheit. Sie waren zu viele, als daß man sie einfach hätte unterdrücken können. Man

machte ihnen aber doch unmißverständlich klar, daß sie im Lande als Eindringlinge gesehen wurden, die dort eigentlich nichts verloren hatten.⁴

Preußlers Vorfahren waren allesamt Böhmen, gleichermaßen Deutsche wie Tschechen, aber seine Familie bekannte sich zum Deutschtum. Sie zeigte das auch in der Änderung des Namens. Zusammen mit seinem Vater tauschte der junge Otfried seinen tschechischen Nachnamen *Syrowatka* gegen den deutschen *Preußler*. Aber auch das war kein Verbrechen. Erleben wir nicht gerade beinahe hautnah mit, wie sich ukrainische Staatsbürger zwischen der russischen und der ukrainischen Nationalität entscheiden müssen? Bis vor kurzem war es nur eine Frage der Sprache und der Familientradition, wie man zu Hause sprach, russisch oder ukrainisch, und oft sprach man beide Sprachen in wechselnden Anteilen, sicherlich nicht immer spannungsfrei, aber doch quer durch die Familien hindurch. So zwang auch die damalige Situation zur Entscheidung für eine Seite.

Vom Sudetenland aus blickte man oft bewundernd zum großen Bruder Deutschland hinüber – die Schattenseiten bekam man von dieser Warte aus kaum mit. In *Hitler* sah man den potentiellen Helfer und Befreier und geriet in die Mahlsteine der Politik. Mag sein, daß die Sudetendeutsche Partei *Konrad Henleins* als „fünfte Kolonne“ *Hitlers* eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat – was sollte man anstreben: mehr Rechte für die Volksgruppe oder den „Anschluß“ an das Reich? Der Lage der Dinge nach waren beides legitime Ziele; nennenswert beeinflußt haben sie die Dinge nicht, dazu war ihre Macht viel zu eng begrenzt. Sudetendeutsche wie der junge *Preußler* aber wurden von der Entwicklung überrollt. Sie beeinflussten diese Dinge nicht, und was geschah, kam wie ein Gewitter über die Leute, die seit dem Tod des alten Kaisers *Franz Joseph* (1916) die Welt nicht mehr verstanden.

Und wenn es so gewesen und der junge *Preußler* tatsächlich schuldig geworden wäre? Hätte er nicht selbst dann ein „Recht“ auf Irrtum? Ich denke da an die Geschwister *Scholl*, die einmal als begeisterte Nazis angefangen und die man sogar für Führungspositionen in Betracht gezogen hatte, zu schweigen von Leuten, die auf Versprechungen der anderen Seite hereinfließen wie *Lion Feuchtwanger*, *Bertolt Brecht* oder *George Bernard Shaw*, der noch mit 90 Jahren *Stalin* zum 70. Geburtstag gratulierte. Will man ihnen posthum die Literaturpreise wegnehmen, Straßen umbenennen oder Leseverbote verhängen? Sind ihre „Konfliktlösungsstrategien“ veraltet?

Es geht ja noch um mehr. Gar nicht mehr spricht man heutzutage von dem, was den Sudetendeutschen widerfahren ist. *Hitler* war nach wenigen Jahren wieder weg. Aber die Vertreibung der Deutschen hat eine ganze Volksgruppe von dreieinhalb Millionen Menschen mit einer eigenen Kultur, eigenen Dialekten und vielem anderen unwiderruflich ausgelöscht. Da gibt es keine Wiedergutmachung und nicht einmal ein angemessenes Gedenken. Die Opfer werden von uns fast nur noch aus der Täterperspektive betrachtet. Ist das gerecht? Und wie geht man als Betroffener mit einer derartigen Katastrophe um? *Preußler* hatte genug Zeit, sich darüber Gedanken zu machen. Dieser junge Mann, der am Tiefpunkt seines Lebens nur eines bedauerte, daß er nicht die letzte Gelegenheit genutzt hatte, sich selbst zu erschießen, als es noch möglich gewesen wäre, fand in einer

bemerkenswerten und respektinflößenden Weise neu ins Leben hinein. Und er hinterließ uns ein Vermächtnis. Gerade damit aber kratzt er offenbar an der heutigen Sicht der Dinge, die selber stark ideologisch ist und die sich dadurch einen angemessenen, sinnvollen und verstehenden Zugang zur Vergangenheit – und mittelbar zur Gegenwart und Zukunft – verbaut. Daher der Widerwille gegen *Preußler*.

Dieser hat übrigens in „Erntelager Geyer“ auch gegen die Kirche ausgeteilt, aus der er etwa zwei Jahre vor dieser Zeit ausgetreten war, sicherlich in Zusammenhang mit seiner damaligen weltanschaulichen Positionierung, in der Zeit des nationalsozialistischen Hochgefühls. Man muß wissen, daß es nur sehr wenige Menschen gab, die sich damals, in der Zeit nach dem „Anschluß“ des Sudetenlandes und dem Sieg über Frankreich, dieser Euphorie entziehen konnten. Um so schlimmer war die Zeit für Leute, die das taten. Ich weiß, wie sehr mein Großvater damals gelitten hat und wie einsam er damals gewesen ist. Daß sich der junge *Preußler* dem Zeitgeist ganz offenbar nicht entziehen konnte, hindert mich nicht, sein Werk als ein christliches, jedenfalls als ein zutiefst gläubiges Werk zu sehen, ungeachtet der Tatsache, daß er, wie er sich ausdrückte, „den direkten Draht zum Herrgott bevorzugte.“⁵

Darf sich ein Mensch nicht bekehren und, wenn ja, muß er seine Vergangenheit verfluchen? Ist nicht ein Leben, *jedes* Leben als ein Weg zu sehen, den man zurücklegt – mit allen Irrwegen? Muß man dazu ausgerechnet die um Verzeihung oder Freispruch bitten, die nicht nur nicht in der Lage, sondern auch gar nicht gewillt sind zu verstehen, geschweige denn zu vergeben? Schuld kann nur bekennen, wer auf einen gnädigen Richter hoffen darf. Alle anderen öffentlichen Schuldbekennnisse sind nur Unterwerfungsformeln, sonst nichts.

Niemals würde ich mir anmaßen, *Preußler* seinen Kirchenaustritt vorzuwerfen, ihm, der in seinem „Krabat“ zeigt, wie ein Mensch in einer vollkommen gottlosen Welt zum Glauben findet und wie sich ihm die geistliche Wirklichkeit nach und nach aufschließt. Soll man ihm noch im nachhinein zum Vorwurf machen, daß er anfangs auf der „Mühle“ nicht geglaubt habe? Aber jede noch so verständliche, im Rückblick noch so plausible seinerzeitige Zuwendung zum Nationalsozialismus, gleich in welchem Alter, ist in den Augen von heute ein tödlicher Makel. Ein Gedankenverbrechen, das nicht vergeben werden darf.

V.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Es ist ein Leichtes, den jungen *Preußler* von heute aus zu belehren. Damit komme ich zum wichtigsten Teil meiner Ausführungen. *Preußler* war kein Apologet. Er versuchte nicht, sich irgendwie zu rechtfertigen, seine Irrtümer zu kontextualisieren, sie also gleichermaßen zu zeigen wie das, was an ihnen plausibel war, zu verteidigen. Er wußte, daß das aussichtslos war. *Preußler* tat etwas anderes. Er schrieb seinen „Krabat“.

Das Buch ist eine Tiefenreflexion über die böhmische Katastrophe und die Beschreibung eines Weges aus ihr heraus und hin zu einer neuen Welt und zu neuer

Lebensbejahung. Um diesen Weg zu verstehen, muß man ihn ein wenig mit erlitten haben. „Krabat“ ist aber auch ein Vermächtnis: Da geht es um die Schönheit der Heimat, um die Liebe zu ihr, um Tragik als Gegenbegriff zur landläufigen Unterscheidung von Gut und Böse. Gerade hier setzt *Preußler* an. In „Krabat“ schmiedet *Preußler* die Erfahrungen seines Lebens zu einem überzeitlichen Symbol um. Er verwendet dazu einen bereits vorhandenen Stoff. (Allein dadurch arbeitet er mythisch.) Er arbeitet an einer großen Menschheitserzählung weiter.

„Krabat“ erzählt davon, wie ein heimatloser, im übrigen ganz normaler junger Bursch in eine Welt gerät, die ihm nicht nur zu essen und ein Dach über dem Kopf bietet, sondern auch Leben. Er ahnt, daß mit der Mühle, auf die er gerät, etwas nicht stimmt. Das tut er von Anfang an, er hat aber keine Alternative zu diesem Leben und sieht auch keinen Weg, ihm zu entkommen. Im Lauf der Zeit merkt er, daß dort etwas grundsätzlich nicht in Ordnung ist. Doch bleiben auch diese Erfahrungen und Einblicke punktuell und ohne die Möglichkeit, daran etwas zu ändern. Der Mensch ist irgendwo geboren, wächst *nolens volens* in eine Welt hinein, die eben so ist, wie sie ist, und von ihm verlangt, daß er sich ihren Regeln anpaßt. So war es früher, so ist es heute, so wird es morgen sein.

Preußler schafft hier ein allgemeines Symbol. Es wäre gänzlich verfehlt, es auf den Nationalsozialismus zu verkürzen, er spricht hier von einem ewigen Gesetz. Ewiges Gesetz ist auch die Notwendigkeit in der Welt – mit ihr und gegen sie –, zu einer eigenständigen Persönlichkeit zu werden. Auch das kann man ablehnen wollen. Viele Leute wollen diese mühsame Arbeit nicht leisten.⁶ Sie ist, weiß Gott, mühsam. Wie werde ich in einer Zeit wie der heutigen, die mich ständig in andere Richtungen schiebt, zu einem abgerundeten Menschen? Das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit, es läßt viele verzweifeln, und die, die es trotzdem schaffen, sind angeschlagen und haben ihre „Macken“, die sie innerlich schwächen, weil sie wissen, daß sie vor der Forderung, so zu sein, wie sie eigentlich sein sollten, nicht bestehen können. Aber ganz zu werden gelingt nicht mehr in dieser Welt. Also muß man versuchen, immer mit einem Fuß außerhalb zu stehen, und üben, seinen eigenen Weg zu gehen, und muß ihn immer weitergehen. So wird man zu einer Randfichte, und Randfichten sind stets krumm.

Die Nachwelt wird über die widerständigen Menschen von heute wohl nicht sehr positiv urteilen, ihnen ihre Kompromisse vorwerfen, ohne jedoch verstehen zu können, wie es ist, heute zu leben – vorausgesetzt, es gibt in Zukunft überhaupt noch Leute, die sich ernsthaft für die Vergangenheit, in der wir gegenwärtig leben, interessieren. Wahrscheinlich wird man sich eher mit der Pseudo-Vergangenheit des Metaversums beschäftigen.

Preußler erzählt, wie es dem jungen Krabat gelingt, nach und nach das ganze System in seiner Falschheit zu durchschauen, er zeigt, daß das ein langer Weg ist, der von vielen Rückschlägen gezeichnet ist und dem Helden lange keinen Ausweg bietet. Er zeigt auch, daß es dazu der Hilfen bedarf, die man nicht automatisch bekommt: Man braucht Freunde, die einem mit klugem Rat und tatkräftiger praktischer Hilfe zur Seite stehen, Ratgeber, die einen vor unbedachten Schnellschüssen bewahren, Freunde, die einem uneigennützig helfen und den gefährlichen Weg vorausgehen, schließlich die Liebe – im Falle Krabats zu einem Mädchen, das man

erst einmal finden muß. Vor allem aber braucht man Ohren, um zu hören, und genug Zeit, das Gehörte und Gesehene zu verarbeiten. Bis zuletzt steckt man selbst in der „Uniform“ des feindlichen Systems – vor der Zeit darf und kann man sie nicht ausziehen. Von außen betrachtet ist man also ein „Nazi“ allein durch die bloße Zugehörigkeit.

Preußler beschreibt den Weg der Selbstwerdung, des inneren Sichaufrichtens, des alltäglichen, aber stets unabgeschlossenen Erkennens dessen, was los ist. Und er zeigt ein gutes Ende bei allem vorherigen Scheitern. Auch damit ist noch nichts gewonnen.

Preußlers Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit unterscheidet sich diametral von der heutigen Kultur der „Vergangenheitsbewältigung“. Er will verstehen, will nachvollziehbar machen, wie schwierig es ist und war, den richtigen Weg zu finden, wie alle in ein System verstrickt waren, aus dem es kein einfaches Entkommen gab und das man nicht einfach durch ein bißchen guten Willen überwinden konnte. Zugleich weist er aber auch auf, daß es unerläßlich ist, diesen Weg zu gehen, und daß man sich auf die Heldenreise machen muß, wenn man ein Mensch bleiben will.

Gerade deshalb ist *Preußler* so wertvoll für die heutige Zeit – und so gefährlich für ihre ideologischen Verfechter. Seinen „Krabat“ kann man als Veranschaulichung der allzeit gültigen Mahnung des Apostels (Röm 12,2) lesen: „Macht euch dem Geist der Zeit nicht gemein!“

„Krabat“ stellt die Frage nach dem richtigen Leben in dieser Welt ebenso deutlich wie grundsätzlich. Es ist deshalb viel mehr als das, aber eben auch eine genauso tiefe wie verständnisvolle und versöhnliche Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. *Preußler* wollte heraus aus den großen Blöcken, wollte verstehen, nicht verurteilen, wollte den Kindern ein Leben überhaupt erst möglich machen. Wieso sollten die heute Mächtigen bereit sein, ein so einfach zu handhabendes Machtmittel, die Herrschaft über die Vergangenheit, ohne Not beiseite zu legen? „Wer die Vergangenheit kontrolliert, hieß die Parole der Partei ..., kontrolliert die Zukunft, wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit“, heißt es in *Orwells* „1984“. Wie groß die Versuchung der Macht ist, auch das hat *Preußler* in seinem „Krabat“ beschrieben; es gehört fast übermenschliche Kraft dazu, diesen Weg zu gehen, dessen letztes Maß niemand anders ist als Jesus Christus.

Klar, daß *Preußler* von den heutigen „Müllern“ abgelehnt wird. Es hat eine Weile gedauert, bis sie in ihrem Furor auch diesen Autor entdeckten. Das war nur eine Frage der Zeit. So gut versteckt sein kann man gar nicht.

Wer den Weg der Versöhnung geht, wie *Preußler* ihn exemplarisch gegangen ist, mit sich selbst, mit seinem Schicksal, mit seinen ehemaligen Feinden, wer diesen Weg im nachhinein zerstören will, wer, mit anderen Worten, die halbwegs geheilte und vernarbte Wunde wieder aufreißen will, weil er die Macht dazu hat, der maßt sich die gleichsam absolute Verfügungsgewalt über die Vergangenheit an und dient nicht dem Frieden, sondern dem ewigen Streit. So hört Troja nicht auf zu brennen.

Machen wir uns keine Illusionen. Wenn es den heutigen Kulturrevolutionären und ihren Revolutionsgarden gelingen sollte, auch *Preußler* auf den Kehrlichthaufen der Geschichte zu werfen, wird das ihren ideologischen Furor nicht besänftigen, sondern nur weiter anfeuern. Als Schneewittchen tot war, heißt es von der bösen Stiefmutter: „Da hatte ihr neidisches Herz Ruhe, so gut ein neidisches Herz Ruhe haben kann.“ Wenn sie *Preußler* zur Strecke bringen, wird ihr antifaschistisches Herz Ruhe finden, soweit ein antifaschistisches Herz Ruhe finden kann.

Anmerkungen

1) Das nachträglich vorgebrachte Argument, der Name passe nicht zu einem Gymnasium, da *Preußler* hauptsächlich für kleinere Kinder geschrieben habe, übersieht, daß sein Hauptwerk gerade die Heranwachsenden im Blick hat.

2) Die Gründe, die sonst noch für die Umbenennung ins Feld geführt werden, sind lächerlich. *Preußler* sei ein Autor für Kleinkinder, und „*Krabat*“ überfordere, da „über dessen Welt und Sprache aus einer ganz anderen Zeit Kinder heute auch stolpern“. Was für ein pädagogisches Armutszeugnis und was für ein Unverständnis für das, was Literatur leisten kann! Zur außerordentlichen Qualität der Sprache vgl. Felix Hornstein, *Krabat. Liebe und Widerstand. Über das richtige Leben in einer verkehrten Welt*, Dresden 2023, 519-556, 542ff.

3) In *Preußlers* Werkbericht von 1953 ist nur von einem Manuskript die Rede. Da der Roman erst 1944 erschien, dürfte das Werk von anderer Hand lektoriert worden sein. *Preußler* selbst konnte darauf wohl keinen Einfluß mehr nehmen, da er zu dieser Zeit an der Front war; vgl. dazu Carsten Gansel, *Kind einer schwierigen Zeit: Preußlers frühe Jahre*, Berlin 2021, 132f. Zum parallel gelagerten Fall *Führmann* vgl. ebd., 77.

4) Der erste Staatspräsident der Tschechoslowakei, Tomáš Garrigue Masaryk (1850-1937), sagte einmal: „Die von den Deutschen bewohnten böhmischen Gebietsteile sind und bleiben unser. Wir haben diesen Staat erkämpft, und die staatsrechtliche Stellung der Deutschen, die einst als Immigranten und Kolonisten hierhergekommen sind, ist damit ein für allemal festgelegt.“ Zudem rechnete er mit einer „sehr rasche(n) Entgermanisierung“ der sudetendeutschen Gebiete – keine vertrauensbildende Maßnahme.

5) *Preußler* trat 1955 in Zusammenhang mit seiner Berufstätigkeit an der Evangelischen Volksschule in Rosenheim in die Evangelische Kirche ein, aber in den 1970er Jahren wieder aus.

6) „Bis heute kann so etwas als überaus attraktiv empfunden werden. Die Last abschütteln, ein Jemand sein zu müssen. Es gibt keine größere Entlastung für alle, die die moderne Nötigung zur verantwortlichen Selbstbestimmung als Überforderung erleben.“ Thorsten Dietz, *Gott im Game of Thrones*, Asslar 2020, 136.

Felix Hornstein unterrichtet seit über 30 Jahren Latein, katholische Religionslehre und Geschichte am Gymnasium Tegernsee in Bayern. Seine Veröffentlichungen kreisen um philosophische, theologische und historische Fragen in Gestalt von Literaturinterpretationen.

Antony P. Mueller

Kritik des sozialstaatlichen Interventionismus (Teil I)

Die Krise des modernen Wohlfahrtsstaates ist nicht neu, sondern spätestens in den 1970er Jahren aufgetreten. Inzwischen ist sie eine Dauerkrise. Immer wieder wurde versucht, mit interventionistischen Mitteln das System zu reparieren. Eine grundlegende Reform hat nicht stattgefunden. Die Politik hat nicht ordnungspolitisch agiert, sondern punktuell. Seit Jahrzehnten kennt die praktische Politik kein Leitbild mehr, das für eine Systemgestaltung dienen könnte. Grundsätzliche Auseinandersetzungen finden kaum noch statt. Die politische Gestaltung verheddert sich in Details. Aus dieser Sachlage erwächst ein gravierendes Problem: Die Systeme sind laufend finanziell überfordert, die Staatsschulden wachsen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schwindet. Wo ist ein Ausweg zu finden? Welche Leitbilder könnten dazu dienen?

Ordnungspolitische Grundkonzeptionen

Die Krise des modernen Wohlfahrtsstaates tritt in mehrfacher Hinsicht in Erscheinung: abnehmende Zuwachsraten des Sozialprodukts, eine immer deutlich werdende Unzulänglichkeit der Konjunkturpolitik, schließlich eine Überlastung der öffentlichen Finanzen, die sich in einer allgemein als zu hoch empfundenen Abgabenbelastung der Staatsbürger niederschlägt und gleichzeitig zu hoher Staatsverschuldung führt.¹

In der Sozialpolitik ist das System überfordert, wenn einerseits immer wieder Forderungen erhoben werden, das Netz der sozialen Sicherheit noch dichter zu knüpfen und mehr Personenkreise einzubeziehen, andererseits der Sozialhaushalt und die Sozialversicherungsträger finanziell so angespannt² sind, daß sie kaum noch ihren bereits bestehenden Verpflichtungen nachkommen können. Der Sozialstaat hat sich längst von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verabschiedet und lebt de facto auf Pump.³

Den demokratischen Industriestaaten stellt sich die ordnungspolitische Grundfrage, in welche Richtung das gegenwärtige System weiterentwickelt, modifiziert oder stabilisiert werden kann. Dabei stehen sich das liberale, am Individuum orientierte Anliegen⁴ und die sozialistische Ausrichtung am Kollektiv, das von einzelnen Gruppen bis zu einem Volk, ja einer Regionalgemeinschaft oder sogar der „Weltgemeinschaft“ umfassen kann, gegenüber.

Der Liberale fordert, das Wagnis einzugehen, in der Freisetzung des Marktprozesses einen vorher nicht bekannten Ausgang zu erwarten. Dieser soll, obwohl nicht *ex ante* in seiner Wirkungskette im einzelnen erkennbar, die bestmögliche Lösung darstellen, wobei der entscheidende Punkt darin besteht, daß diese bestmögliche

Lösung des Marktes nicht mit dem normativ „besten“ Ergebnis gleichzusetzen ist, das ein Beobachter von außen an das System heranträgt. Der Liberale geht dieses Wagnis ein, weil er überzeugt ist, daß der Marktprozeß auf der Basis der freigesetzten individuellen Interessenverfolgung generell, wenn auch nicht im einzelnen Fall, prognostizierbare Ergebnisse hervorbringt, die dem Gesamtwohl am besten entsprechen. Der Fortbestand des Liberalismus hat dabei zur Voraussetzung, daß das jeweilige vom Markt hergestellte Verteilungsergebnis akzeptiert wird, daß die einzelnen also nicht ein für sie ungünstiges Marktergebnis nachträglich durch Machtanwendung zu korrigieren versuchen.

Der Interventionist teilt nicht dieses Vertrauen in den Markt, sondern setzt sich für eine staatliche Korrektur der Marktergebnisse ein.⁵ Er behauptet, man könne durch staatliche Macht ein besseres Ergebnis fabrizieren, als es der Markt liefert. So wie der Liberale auf den Markt zählt, setzt der Interventionist sein Vertrauen in den Staat. Der Interventionismus setzt voraus, daß die Staatsautoritäten über ein höheres Wissen und eine die gesellschaftlichen Kräfte übersteigende Durchsetzungsmacht verfügen und bereit sind, beides im Interesse des Gemeinwohls einzusetzen.

Den Liberalen fehlt dieses Vertrauen in den guten Willen, das höhere Wissen und die Macht des Staates. *Adam Smith* hat die Position des Liberalismus bereits 1776 im „Wohlstand der Nationen“ zum Ausdruck gebracht. „Ein Staatsmann, der es versuchen sollte, Privatleuten vorzuschreiben, auf welche Weise sie ihr Kapital investieren sollten, würde sich damit nicht nur, höchst unnötig, eine Last aufbürden, sondern sich auch gleichzeitig eine Autorität anmaßen, die man nicht einmal einem Staatsrat oder Senat, geschweige denn eine einzelnen Person getrost anvertrauen könnte, eine Autorität, die nirgendwo so gefährlich wäre wie in der Hand eines Mannes, der, dumm und dunkel genug, sich auch noch für fähig hielte, sie ausüben zu können.“⁶

Aus der Sicht der liberalen Ordnungstheorie ergibt sich die natürliche Ordnung spontan aus dem Zusammenwirken der Individuen. Demgegenüber steht der konstruktivistische Rationalismus, die These, daß die Vernunft instande sei, die richtige Ordnung theoretisch vorherzusehen und planerisch zu realisieren.

Macht und ökonomisches Gesetz

Das Wohlfahrtszielbürdet dem Staat Aufgaben auf, die er nicht bewältigen kann. Der Zweck des Staates kann nur Recht und Freiheit sein, nicht aber Glückseligkeit. Diese liegt stets am einzelnen und hängt von seiner Art ab, wie er sie anzustreben wünscht. Ein Staat, der für die Glückseligkeit seiner Untertanen Sorge tragen wollte, müßte allmächtig und allwissend sein. Individuelle Wohlfahrt kann nicht der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft sein, weil sie dieses Ziel nicht erreichen kann. Das Recht ist allgemein, das Wohlsein des Menschen individuell. Der Mensch strebt nach Glück und Wohlbefinden, aber nicht als Bürger, sondern als Individuum.

Der Wohlfahrtszweck widerspricht nicht nur der Idee des Staates als Rechtsgemeinschaft, sondern er bedroht auch die Existenz des Staates selbst. In diesem Sinne warnte *Immanuel Kant*: „Der Souverain will das Volk nach seinen Begriffen

glücklich machen, und wird Despot; das Volk will sich den allgemeinen Anspruch auf eigne Glückseligkeit nicht nehmen lassen, und wird Rebell.“⁷

Im modernen demokratischen Wohlfahrtsstaat sind die einzelnen Politikbereiche – Sozial-, Finanz-, Wirtschaftspolitik – nur noch analytisch-konzeptionell, normativ oder formaljuristisch zu trennen; faktisch handelt es sich heute um einen Gesamtkomplex, in dem die einzelnen Teile in einem vielfältigen Bedingungs-, Mittel-, Ziel- und Wirkungsgeflecht miteinander verbunden sind. Welche Verteilungseffekte von dieser Politik ausgehen, entzieht sich der wissenschaftlichen Erkenntnis. Die Zusammenhänge sind zu komplex, um sie statistisch abgrenzbar erfassen zu können. Soziale Maßnahmen wie jüngst das „Bürgergeld“⁸ werden eingeführt, ohne zum Beispiel die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt beziffern zu können. Die Politik ergreift Maßnahmen, ohne zu wissen, was deren genaue Konsequenzen sind. Die politischen Entscheidungsträger tapen im dunkeln und lassen sich von der aktuellen Opportunität leiten. Das mag sich parteipolitisch auszahlen, ist aber gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich äußerst schädlich.

Seit der schottischen Aufklärung⁹ wissen wir um die nichtintendierten Folgen menschlicher Handlungen. Dabei ist es offenkundig, daß der Staatsmann nur dann Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich zu gestalten vermag, wenn er nicht gegen inhärente Gesetzmäßigkeiten arbeitet, sondern sie richtig anzuwenden weiß. Die Macht kann die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nicht aufheben, sehr wohl aber ihre Wirkungsketten verändern. Nicht selten ist es dann so, wie man am Beispiel der Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung, der Mindestlöhne oder der Mietpreisvorschriften beobachten kann, daß die tatsächlichen Ergebnisse nicht nur unerreicht bleiben, sondern das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken.

Das Konzept des Liberalismus hat die ordnungsstiftende Kraft der Spontaneität zum Ausgangspunkt, deren Resultat nicht Chaos ist, sondern vielmehr im Geflecht von Tauschverhältnissen von selbst eine Ordnung herstellt, die weder für ihr Zustandekommen noch zu ihrem Erhalt einer zentralen Instanz bedarf. Dabei erkennt der Liberalismus im Unterschied zum Anarchismus durchaus an, daß es des Staates bedarf, wenn auch nur zu dem Zweck, den Rahmen für die Eigentumsordnung zu setzen.

Mit der unterschiedlichen Perspektive hinsichtlich der gewinnorientierten Ordnung und der spontanen Ordnung ist aufs engste der Stellenwert verbunden, den man der Macht gegenüber dem ökonomischen Gesetz einräumt. Dies wird aus der Überlegung deutlich, daß, wenn man der Gesellschaft selbst die Fähigkeit zu tätig herstellbarer Ordnung unterstellt, diese in der Gesetzmäßigkeit der sozialen Interaktion angelegt sein muß. Diese ökonomische Gesetzmäßigkeit ist konstitutiv für das Vertrauen in den Markt. Die Marktordnung ist „anarchisch“, das heißt herrschaftslos in dem Sinne, daß es keiner *zentralen* Herrschaft bedarf. Im Zusammenwirken der freien Individuen kommt eine Gesetzmäßigkeit zur Wirkung, wonach diese, angetrieben durch ihr persönliches Interesse, ihre Lage zu verbessern suchen und sich den ökonomischen Gesetzen der Tauschwirtschaft freiwillig unterwerfen.

Demgegenüber gibt es für die rationalistisch-konstruktivistische Position keine wirtschaftliche Ordnung ohne Gesetzgebung, und da diese nicht ohne Macht denkbar ist, gibt es keine Wirtschaftsordnung ohne Macht. Für die Vertreter dieses Ansatzes gibt es keine Wirtschaft „*ante legem*“. Hinter der Rechtsordnung stehen Machtverhältnisse, und diese bestimmen die Wirtschaftsverhältnisse, wenn sie sich als Staatsmacht auswirken. Demnach ist es das Recht, welches das wirtschaftliche Leben gestaltet. Alle Wirtschaft ist so gewillkürte Wirtschaft. Diese Position wird von *Karl Diehl* entsprechend dem damals herrschenden Zeitgeist apodiktisch zum Ausdruck gebracht: „Die Macht des Staates zur Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann durch so genannte ökonomische Gesetze nicht in Schranken gehalten werden.“ Im Unterschied zu manchen heutigen Vertretern dieser Richtung scheut sich *Diehl* aber nicht, den mit dieser Position verbundenen machtpolitischen Hintergrund zu benennen: „So stellt sich uns das Wirtschaftsleben bei allen Völkern immer als eine Kette von Machtkämpfen dar, die von denen am Wirtschaftsleben beteiligten Machtgruppen geführt werden ... Die Art und Weise, wie die einzelnen oder einzelne Gruppen von ihrer Macht Gebrauch machen oder auch diese Macht mißbrauchen, ist letztlich für die Gestaltung der Wirtschaft entscheidend.“¹¹

Tatsächlich hat aber schon 1914 *Eugen von Böhm-Bawerk* die Gegenposition zum Machtbegriff der sozialrechtlichen Richtung formuliert. In seiner Schrift über „Macht und ökonomisches Gesetz“¹² arbeitet er den Zusammenhang von Macht und ökonomischem Gesetz heraus. Die rationale Rechtfertigung eines Eingriffs in den volkswirtschaftlichen Prozeß ist nach *Böhm-Bawerk* unauflöslich mit der Vorfrage verbunden, ob die Macht die natürlichen Gesetze des ökonomischen Ablaufs durchbrechen kann.¹³ Erst wenn die Frage nach der Rolle der Macht gegenüber dem ökonomischen Gesetz beantwortet werden kann, läßt sich rationale Wirtschaftspolitik betreiben. Erst dann hat die Ziel- und Mittelbestimmung wirtschaftspolitischer Interventionen eine rationale Grundlage.

Böhm-Bawerks These lautet, daß die politische Macht nicht von außerhalb oder gegen die Gesetze der Ökonomik wirksam werden kann, sondern nur „innerhalb und durch Erfüllung“ von Gesetzmäßigkeiten. Er leugnet nicht, daß Macht im Staat stets wirksam ist. In jedem sozialwirtschaftlichen Phänomen ist der „historisch-rechtliche“ Einfluß allgegenwärtig.¹⁴ Deshalb muß auch die wirtschaftswissenschaftliche Forschung die rechtlich-geschichtlich geprägten Machtfaktoren berücksichtigen. Trotz der Anerkennung dieser Bedingtheit des sozialwirtschaftlichen Geschehens hat die Wirtschaftswissenschaft die Aufgabe, diese Gesetzmäßigkeiten zu erforschen. Den rechtlich-geschichtlichen Konstellationen kommt der Status von Daten zu. Weder gilt das positive Recht absolut noch eine der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in ihrer Reinform. Man hat sich nach *Böhm-Bawerk* bewußt zu machen, „daß die Einflüsse der sozialen Macht eben auch hindurchgehen und hindurchgehen müssen durch die Formeln und Gesetze der reinen ökonomischen Theorie.“¹⁵ Durch Macht können also die auf das ökonomische Geschehen einwirkenden Daten auch bleibend verschoben werden; das ändert aber nichts an der Wirksamkeit der innerhalb dieser Datenkonstellation zur Geltung kommenden ökonomischen Gesetze.

Per staatlich verordnetem Gesetz läßt sich vieles festlegen, aber nicht alles. Während es zum Beispiel ein leichtes ist, gesetzlich anzuordnen, daß im Staatsgebiet das Rechtsfahrgebot auf den Straßen gilt und jede Zuwiderhandlung bestraft wird, verhält es sich beim Marktgeschehen anders. Der staatliche Interventionismus mag die Marktgesetze ignorieren, er kann sie jedoch nicht aufheben. Die Regierung kann Mindestlöhne oder Höchstpreise, etwa für Mieten, festsetzen, aber nicht bestimmen, ob zum stipulierten Mindestlohn Arbeitsplätze besetzt werden und bei der Mietpreisdeckelung Wohnungen vermietet werden. Es gilt das wirtschaftstheoretische Prinzip, daß man entweder den Preis oder die Menge festlegen kann, nicht aber beides zugleich. Preiskontrollen führen zu Mengeneffekten, und Mengenkontrollen zu Preiseffekten. Will die Regierung trotzdem sowohl den Preis als auch die Menge kontrollieren, muß sie direkten Zwang anwenden, letztlich Produktion und Verteilung ganz der Staatsmacht unterwerfen. Je mehr sich aber eine Regierung den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten widersetzt, desto mehr sinkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, und der Staat unterminiert so auch seine eigenen wirtschaftlichen Grundlagen. Der Weg zum Wohlstand besteht nicht darin, scheinbar gute Absichten zu verfolgen und dabei gegen die ökonomischen Gesetze zu verstoßen, sondern darin, diese anzuerkennen und nutzbar zu machen.

Die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten wurden immer schon gerne von den politischen Machthabern mißachtet.¹⁶ In der Tagespolitik ist es aber gerade in den letzten Jahrzehnten gang und gäbe geworden, sie nicht nur geringzuschätzen oder zu ignorieren, sondern sie schlicht zu negieren. Auf dem politischen Kampfplatz herrscht die Auffassung vor, daß diejenigen, die über genügend Macht und Überredungskunst verfügen, Wirtschaft und Gesellschaft nahezu beliebig „gestalten“ könnten. In der Politik und beim Staat herrscht das Befehlsdenken vor, der Glaube, mit Anordnungen könne man wirtschaftliche Gesetze aushebeln. So wie der Gesetzgeber den Straßenverkehr regelt, ist er auch davon überzeugt, die Wirtschaft organisieren, also mit Androhung von Strafen das politisch gewünschte Ergebnis herbeiführen zu können. Diese Überzeugung geht Hand in Hand mit dem positivistischen Rechtsdenken, wonach als Gesetz gilt, was der Gesetzgeber legalistisch beschließt.¹⁷ Der Glaube an die Allmacht von Gesetzgebung und Staat beherrscht den Interventionismus.

Daß der Staat im Hinblick auf die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten ohnmächtig ist, will der Staatsgläubige nicht einsehen, schließlich ist die Internalisierung von Nutzen und Kosten beim Gesetzgeber selbst nicht vorhanden. Den Preis für derartig falsche Gesetzgebung zahlen nicht die Regierungsmitglieder und die sonstigen politischen Entscheidungsträger, sondern die betroffenen Bürger. Oft ist es sogar so, daß widersinnige, den Wohlstand beschränkende Gesetze den Parteien bei der Wiederwahl helfen.

Der Mensch ist frei bei seiner Wahlentscheidung, aber nicht hinsichtlich der Folgen seiner Entscheidung. Der Staat kann in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bleiben aber wirksam. Ebenso wie man die Naturgesetze nicht aufheben kann, vermag der staatliche Interventionismus die Marktgesetze nicht zu annullieren. Sie bestehen weiter, wenn auch in umgestalteter Form. Mit dem Anspruch auf willkürliche Gesetzgebung setzt sich der Rechtspositivist

über die ursprüngliche Idee des Rechts hinweg. Er macht sich gleichsam gottgleich und verletzt die Grundidee des Rechts, daß Recht nicht eigentlich geschaffen, sondern gefunden wird.

Sozio-ökonomische Ordnungsmodelle

Die Ordnungstheorie beschäftigt sich mit der prinzipiellen Gestaltung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Kern jeder Ordnungstheorie ist die Bestimmung von Ausmaß, Art und Weise des Staatseingriffs. Diese Bestimmung erfolgt im Lichte einer allgemeinen Leitidee, eines Ordnungsbildes. Um ein Ordnungsmodell zu bilden, sind als Faktoren die Funktionsbestimmung der Wirtschaftsgesellschaft und die Zweck- und Leistungsbestimmung des Staates ausschlaggebend. Was kann, für sich genommen, die Wirtschaftsgesellschaft leisten? Wie soll ein Gemeinwesen bestellt sein, in dem die Menschen ein gutes Leben (εὖ ζῶν) ¹⁸ führen können? Aber Wirtschaft und Staat sind nicht nur nach ihrem positiven Beitrag zu analysieren, vielmehr sind auch ihre Grenzen zu bestimmen. Worin besteht die Beschränkung einer *Laissez-faire*-Wirtschaft, und welche Gefahren gehen von einem übermächtigen Staat aus?

Die Geschichte der Nationalökonomie hat als Ordnungstheorie begonnen. Die physiokratischen Vorläufer von *Adam Smith* und vorher noch die scholastische Schule von Salamanca ¹⁹ formulierten das wirtschaftliche Ordnungsproblem in der Gegenüberstellung der positiven, vom Staat gesetzten Ordnung zur natürlichen Ordnung. Der französische physiokratische Ökonom *François Quesnay* (1694-1774) faßt diesen Unterschied in die Begriffe *ordre naturel* und *ordre positif*. ²⁰ Für ihn ist das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft so, daß dem Staat die Aufgabe zufällt, die natürliche Ordnung mit Hilfe der Ordnungssetzung zu realisieren; das heißt, die Regierung hat die Aufgabe, die Wirtschaft unter der Leitidee der natürlichen Ordnung zu gestalten, die realen Gegebenheiten also durch planerische Gestaltung der natürlichen Ordnung anzupassen. *Quesnays* Position ist die des Rationalisten, der davon ausgeht, daß mit Hilfe der menschlichen Vernunft die natürliche Ordnung erkennbar und mit einer dementsprechend ausgerichteten Staatsmacht realisierbar ist. ²¹

Anders *Adam Smith*. Für ihn ist die natürliche Ordnung der freien Wirtschaftsgesellschaft immanent. Der Staat ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Störfaktor. Die Wirtschaftsgesellschaft als *civil society* ist zur Selbststeuerung fähig. Im „System der natürlichen Freiheit“ werde „der Souverän vollständig von einer Pflicht entbunden, bei deren Ausübung er stets unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muß und zu deren Erfüllung keine menschliche Weisheit oder Kenntnis jemals ausreichen könnte, nämlich der Pflicht oder Aufgabe, den Erwerb privater Leute zu überwachen und ihn in Wirtschaftszweige zu lenken, die für das Land am nützlichsten sind.“ ²² So gesehen ist es nicht nur nicht notwendig, sondern sogar schädlich, daß der Staat interveniert. Man braucht nicht den Staat, um die natürliche Ordnung herzustellen. Die natürliche Ordnung ist in der Freiheit selbst begründet.

Es muß nicht betont werden, daß weder das rationalistische Leitbild im Sinne *Quesnays* noch das wirtschaftsliberale Modell von *Adam Smith* in der politischen Praxis befolgt worden ist. Was sich seit mehr als hundert Jahren weltweit durchgesetzt hat, war vielmehr ein ganz anderes Modell, nämlich das des politischen Romantizismus. Systematisch entwickelt von *Adam Heinrich Müller* (1814-1879), stehen nach dieser Auffassung Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in einem organischen Verhältnis der Interdependenz,²³ wobei dem Staat die Leitfunktion zur Herstellung der sozialen Ordnung zukommt.²⁴ Damit stellt er sich gegen die Ideen des liberalen Kapitalismus und des Rationalismus. Nach seinen Vorstellungen muß der Staat die Industrialisierung zähmen und den Außenhandel kontrollieren. Er ist eine moralische Instanz, die über Wirtschaft und Gesellschaft steht und diese begrenzend leiten muß.

Müller sieht eine organische Einheit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Werk, die von einer starken zentralen Autorität zur Erhaltung der sozialen Ordnung zusammengehalten werden müsse. *Müller* entwickelte seine Ideen in den Vorlesungen, die er 1808/09 in Dresden hielt und 1809 unter dem Titel „Die Elemente der Staatskunst“ veröffentlichte. Nach der für die Staatswissenschaften erarbeiteten Grundgedanken der romantischen Wirtschaftslehre ist der Staat „nicht eine bloße Manufactur, Meierei, Assecuranz-Anstalt, oder mercantilische Societät; er ist die innige Verbindung der gesammten physischen und geistigen Bedürfnisse, des gesammten physischen und geistigen Reichthums, des gesammten inneren und äußeren Lebens einer Nation, zu einem großen energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen.“²⁵

Der politische Romantizismus *Müllers* darf nicht über seine technokratischen Konsequenzen hinwegtäuschen. Dem Staatsmann müsse der „Staatsgelehrte“²⁶ zur Seite stehen. Die Regierung bilde gleichsam den Kopf beziehungsweise das Gehirn des politischen Körpers, und der Staatsgelehrte habe die Aufgabe, nicht nur beratend, sondern auch ideengebend an der Staatslenkung mitzuwirken.

In seinem Werk „Von der Notwendigkeit einer theologischen Grundlage der gesamten Staatswissenschaften“ (1819) widersetzt sich *Adam Müller* gleichermaßen der gesellschaftlichen Vertragstheorie wie dem Rationalismus, dem Utilitarismus und dem Liberalismus. Ausgeprägt ist *Müllers* Opposition zur Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie von *Adam Smith*. Entsprechend ist eine strenge Sozialbindung des Eigentums gerechtfertigt, und staatliche Eingriffe in das Eigentum sind erlaubt. Wie „fortschrittlich“ *Müller* in seinen Auffassungen für seine Zeit war, zeigt seine ausdrückliche Befürwortung von Papiergeld und die Abkehr vom Goldstandard.

Anmerkungen

1) Bernd von Maydell, Die „Krise des Sozialstaats“ in internationaler Perspektive – Denkanstöße für die Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialer Fortschritt, Bd. 46, Nr. 1/2 (Januar/Februar 1997).

- 2) Bundesrechnungshof, Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, Ausschuß für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages und Ausschuß für Gesundheit des Deutschen Bundestages: Demografische Entwicklung: Finanzrisiken des Bundes aus seiner Beteiligung an der Finanzierung von Sozialversicherungen, 23. 5. 2022, in: https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/demografische-entwicklung-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 3) Die deutschen Staatsschulden steigen 2023 um 62 Milliarden Euro auf 2,62 Billionen Euro, Schuldenquote sinkt von 66,1 auf 63,7 Prozent, Pressenotiz der Dt. Bundesbank vom 28. 3. 2024, in: <https://www.bundesbank.de/de/presse/presenotizen/deutsche-staatsschulden-928466> [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 4) Ludwig von Mises, Das Ziel des Liberalismus, Mises Institut Deutschland, 25. 4. 2012, in: <https://www.misesde.org/2012/04/das-ziel-des-liberalismus/> [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 5) Ludwig von Mises, Interventionismus, in: ders., Vom Wert der besseren Ideen. Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik, München 2008, 3. Vorlesung, in: <https://austrian-institute.org/de/essential/vom-wert-der-besseren-ideen/3-interventionismus/> [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 6) Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, 1776, 4. Buch, Kap. 2.
- 7) Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis. In: Werke in zwölf Bänden, Bd. 11, Frankfurt am Main 1977, 127.
- 8) Sozialpolitik-aktuell: Kontrovers: Bürgergeld/SGB II – Neuer Name, anhaltende Kritik, in: <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/kontrovers-sgbii-buergergeld.html> [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 9) Zit. nach <https://arts.st-andrews.ac.uk/intellectualhistory/files/original/cf472d70b633787f02424c7dc80b8a17.pdf> [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 10) Karl Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941.
- 11) Ebd., 28 und 26.
- 12) Eugen von Böhm-Bawerk, Macht und ökonomisches Gesetz, in: Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, hrsg. von Franz X. Weiss, Wien und Leipzig 1924, 230-300.
- 13) Ebd., 239.
- 14) Ebd., 249.
- 15) Ebd., 298.
- 16) In aller Regel suchen Politiker die „Lösung“ eines Problems in mehr Staatseingriff, wie Max Stirner schon 1844 erkannte.
- 17) Vgl. Hans Kelsen, Reine Rechtslehre, 1934, 2. Aufl. Wien 1960.
- 18) Aristoteles, Politik, Buch 3, 1280b.
- 19) The School of Salamanca, in: <https://www.hetwebsite.net/het/schools/salamanca.htm> [aufgerufen am 10. 5. 2024].
- 20) Alfred Bürgin, Ein Streiflicht auf die Anfänge der Nationalökonomie in Frankreich: Colbert und Quesnay, Kyklos 20 (1967), 249-269.
- 21) Friedrich August von Hayek, Arten des Rationalismus, in: ders., Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969.

- 22) Adam Smith, Wohlstand der Nationen, 4. Buch, Kap. 9.
- 23) Adam Heinrich Müller, Die Elemente der Staatskunst, Berlin 1809.
- 24) Hugo Preuss, Die Persönlichkeit des Staates, organisch und individualistisch betrachtet, Archiv des öffentlichen Rechts 4 (1889), 62-100.
- 25) Müller, Die Elemente der Staatskunst, a.a.O., 85.
- 26) Adam Heinrich Müller, Versuche einer neuen Theorie des Geldes mit besonderer Rücksicht auf Großbritannien, Leipzig und Altenburg 1816, zit. nach https://www.deutsches-textarchiv.de/book/show/mueller_geld_1816 [aufgerufen am 10. 5. 2024].

Dr. phil. habil. Antony Peter Mueller lehrt derzeit an der Mises Academy in São Paulo (Brasilien).

Quodlibet

Carl Spitteler

Unser Schweizer Standpunkt*

So ungern als möglich trete ich aus meiner Einsamkeit in die Öffentlichkeit, um vor Ihnen über ein Thema zu sprechen, das mich scheinbar nichts angeht. Es würde mich auch in der Tat nichts angehen, wenn alles so wäre, wie es sein sollte. Da das aber nicht der Fall ist, erfülle ich meine Bürgerpflicht, indem ich versuche, ob vielleicht das Wort eines bescheidenen Privatmannes dazu beitragen kann, einem unerquicklichen und nicht unbedenklichen Zustand entgegenzuwirken. Wir haben es dazu kommen lassen, daß anlässlich des Krieges zwischen dem deutschsprechenden und dem französischsprechenden Landesteil ein Stimmungsgegensatz entstanden ist. Diesen Gegensatz leicht zu nehmen gelingt mir nicht. Es tröstet mich nicht, daß man mir sagt: „Im Kriegsfall würden wir trotzdem wie ein Mann zusammenstehen.“ Das Wörtchen „trotzdem“ ist ein schlechtes Bindewort. Sollen wir etwa wünschen, in einen Krieg verwickelt zu werden, um uns unserer Zusammengehörigkeit deutlicher bewußt zu werden? Das wäre ein etwas teures Lehrgeld. Wir können es billiger haben. Und schöner und schmerzloser. Ich kann jedenfalls in einer Entfremdung nichts Erspießliches erblicken, vielmehr das Gegenteil. Oder wollen wir, wie das etwa Ausländer tun, die Stimmungsäußerungen unserer anderssprachigen Eidgenossen einfach außer acht lassen, weil sie in der Minorität sind? „Abgesehen von dem Bruchteil der französischen Schweiz, die ganz in französischem Fahrwasser schwimmt ...“ In der Schweiz sehen wir von niemandem ab. Wäre die Minorität noch zehnmal minder, so würde sie uns dennoch wichtig wägen. Es gibt in der Schweiz auch keine Bruchteile. Daß aber die französische Schweiz „ganz in französischem Fahrwasser“ schwimme, ist ein unverdienter Vorwurf. Sie schwimmt so gut wie die deutsche Schweiz in helvetischem Fahrwasser. Das hat sie oft genug mit aller Deutlichkeit bewiesen. Verbittet sie sich doch sogar den Namen „französische Schweiz“. Also ich glaube, wir sollen uns das Verhältnis zu unsern französischsprechenden Eidgenossen freilich kümmern, und das Mißverhältnis soll uns bekümmern.

„Ja, was ist denn eigentlich vorgefallen?“ Nichts ist vorgefallen. Man hat sich einfach gehen lassen. Wenn aber zwei nach verschiedener Richtung sich gehen lassen, so kommen sie eben auseinander. Entschuldigung liegt vor. Sie heißt: Überraschung. Wie auf den übrigen Gebieten, so hat auch in unserm Gemüts- und Geistesleben die Plötzlichkeit des Kriegsausbruches gleich einer Bombe eingeschlagen. Die Vernunft verlor die Zügel, Sympathie und Antipathie gingen durch und liefen mit einem davon. Und der nachkeuchende Verstand mit seiner schwachen Stimme vermochte das Gefährt nicht aufzuhalten. Beobachte ich übrigens richtig,

so ist der Verstand schließlich doch angekommen. Wir sind jetzt, wie ich glaube und hoffe, in der Stimmung der Umkehr und Einkehr. Damit ist die Hauptsache gewonnen, das Schlimmste verhütet. Allein eine gewisse Meinungsverwirrung, eine gewisse Ratlosigkeit und Richtungsverlegenheit ist noch vorhanden. Da hinein ein bißchen Ordnung zu stiften ist die Aufgabe der Stunde, mithin auch meine Aufgabe.

Vor allem müssen wir uns klar machen, was wir wollen. Wollen wir oder wollen wir nicht ein schweizerischer Staat bleiben, der dem Auslande gegenüber eine politische Einheit darstellt? Wenn nein, wenn jeder sich dahin mag treiben lassen, wohin ihn seine Privatneigung schiebt und wohin er von außen gezogen wird, dann habe ich Ihnen nichts zu sagen. Dann lasse man's meinetwegen laufen, wie es geht und schlottert und lottert. Wenn aber ja, dann müssen wir inne werden, daß die Landesgrenzen auch für die politischen Gefühle Marklinien bedeuten. Alle, die jenseits der Landesgrenze wohnen, sind unsere Nachbarn und bis auf weiteres liebe Nachbarn; alle, die diesseits wohnen, sind mehr als Nachbarn, nämlich unsere Brüder. Der Unterschied zwischen Nachbar und Bruder aber ist ein ungeheurer. Auch der beste Nachbar kann unter Umständen mit Kanonen auf uns schießen, während der Bruder in der Schlacht auf unserer Seite kämpft. Ein größerer Unterschied läßt sich gar nicht denken.

Wir werden etwa freundschaftlich ermahnt, die politischen Grenzen nicht so stark mit dem Gefühl zu betonen. Wenn wir dieser Ermahnung nachgäben, so würde folgendes entstehen: Anstelle der überbrückten Grenzen nach außen würden sich Grenzen innerhalb unseres Landes bilden, eine Kluft zwischen der Westschweiz und Südschweiz und der Ostschweiz. Ich denke, wir halten es lieber mit den bisherigen Grenzen. Nein, wir müssen uns bewußt werden, daß der politische Bruder uns nähersteht als der beste Nachbar und Rassenverwandte. Dieses Bewußtsein zu stärken, ist unsere patriotische Pflicht. Keine leichte Pflicht. Wir sollen einig fühlen, ohne einheitlich zu sein. Wir haben nicht dasselbe Blut, nicht dieselbe Sprache, wir haben kein die Gegensätze vermittelndes Fürstenhaus, nicht einmal eine eigentliche Hauptstadt. Das alles sind, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, Elemente der politischen Schwäche. Und nun suchen wir nach einem gemeinsamen Symbol, das die Elemente der Schwäche überwinde. Dieses Symbol besitzen wir glücklicherweise. Ich brauche es Ihnen nicht zu nennen: die eidgenössische Fahne. Es gilt also, näher als bisher um die eidgenössische Fahne zusammenzurücken und dementsprechend denen gegenüber, die zu einer andern Fahne schwören, auf die richtige Distanz abzurücken; konzentrisch zu fühlen statt exzentrisch.

Ohne Zweifel wäre es nun für uns Neutrale das einzig Richtige, nach jeder Seite hin die nämliche Distanz zu halten. Das ist ja auch die Meinung jedes Schweizer. Aber das ist leichter gesagt als getan. Unwillkürlich rücken wir nach einer Richtung näher zu dem Nachbarn, nach anderer Richtung weiter von ihm weg, als unsere Neutralität es erlaubt.

Den Westschweizern droht die Versuchung, sich zu nahe an Frankreich zu gesellen, bei uns ist es umgekehrt. Sowohl hier wie dort ist Mahnung, Warnung und Korrektur nötig. Die Korrektur aber muß in jedem Landesteil von sich aus, von

innen heraus geschehen. Wir dürfen nicht dem Bruder seine Fehler vorhalten; das führt nur dazu, daß er uns mit unsern Fehlern bedient, am liebsten mit Zinsen. Wir müssen es daher unsern welschen Eidgenossen vertrauensvoll anheimstellen, aus ihren eigenen Reihen die nötigen Ermahnungen laut werden zu lassen, und uns einzig mit uns selber befassen.

Das Distanzgewinnen ist für die Deutschschweizer ganz besonders schwierig. Noch enger als der Westschweizer mit Frankreich ist der Deutschschweizer mit Deutschland auf sämtlichen Kulturgebieten verbunden. Nehmen wir unter anderm die Kunst und [die] Literatur. In wahrhaft großherziger Weise hat Deutschland unsere Meister aufgenommen, ihnen den Lorbeer gezollt, ohne einen Schatten von Neid und Eifersucht, ja sogar diesen und jenen über die Heimischen erhoben. Unzählige Bande von geschäftlichen Wechselbeziehungen, von geistigem Einverständnis, von Freundschaft haben sich gebildet, ein schönes Eintrachtsverhältnis, das uns während der langen Friedenszeit gänzlich vergessen ließ, daß zwischen Deutschland und der deutschen Schweiz etwas wie eine Grenze steht. Wollen Sie mich als Beispiel und Rebus annehmen? Ich glaube, mancher von Ihnen kann mir nachfühlen. Es gab in meinem Leben eine Periode, die Periode der edlen Jugendortheiten, da ich über den Rhein nach dem unbekanntem, sagenhaften Deutschland sehnsüchtig wie nach einem Märchenlande hinüberblickte, wo die Träume sich verwirklichen, wo die Gestalten der Poesie verkörpert im hellen Sonnenschein herumwandeln: die edlen, treuherzigen Jünglinge der Romantiker, die sinnigen Jungfrauen des Volksliedes, wo die Menschen im täglichen Leben ähnlich reden, wie unsere Klassiker schrieben, wo Berg und Tal, Hain und Quell uns mit Heimat-
augen grüßen. Das waren freilich naive, kindliche Vorstellungen. Aber heute, wo ich längst weder naiv noch kindlich mehr bin: heute blüht mir Sympathie und Zustimmung wie ein Frühling aus Deutschland entgegen, unabhöbar, unerschöpflich. Aus den entferntesten Gauen erwachsen mir Freunde, zu Hunderten, zu Tausenden. Erscheine ich zur Seltenheit dort persönlich, so treffe ich auf gutartige, lebenswürdige, wohlwollende, zuvorkommende Menschen, deren Geföhl- und Ausdrucksweise ich unmittelbar verstehe. Scheide ich von ihnen, so nehme ich schöne Erinnerungen mit heim und hinterlasse meinen warmen Dank. Meine französischen Freunde dagegen kann ich an den Fingern der linken Hand abzählen, ich brauche nicht einmal den Daumen dazu und den kleinen Finger auch nicht. Und die übrigen drei kann ich einbiegen. In Frankreich reise ich als ein einsamer Niemand, umgeben von kalter, mißtrauischer Fremde. „Nun also!“ Ja, inwiefern „nun also“?

Meine politische Überzeugung meinen privaten, persönlichen Freundschaftsbeziehungen nachwerfen? Aus individuellen Beweggründen einer fremden Fahne, dem Symbol einer fremden Politik, mit offenen Armen jubelnd entgegenfliegen? Oder nimmt etwa jemand daran Anstoß, daß ein Deutschschweizer die Fahne des deutschen Kaiserreiches eine fremde Fahne nennt?

Sagen Sie mir doch, warum stehen eigentlich unsere Truppen an der Grenze? Und warum stehen sie an allen Grenzen, auch an der deutschen? Offenbar, weil wir keinem einzigen unserer Nachbarn unter allen Umständen trauen. Warum aber trauen wir ihnen nicht? Und warum wird das Mißtrauen von unsern Nachbarn

nicht als beleidigend empfunden, sondern als berechtigt anerkannt? Deshalb, weil eingestandenermaßen politische Staatsgebiete keine sentimental und keine moralischen Mächte sind, sondern Gewaltmächte. Nicht umsonst führen die Staaten mit Vorliebe ein Raubtier im Wappen. In der Tat läßt sich die ganze Weisheit der Weltgeschichte in einen einzigen Satz zusammenfassen: Jeder Staat raubt, soviel er kann. Punktum. Mit Verdauungspausen und Ohnmachtanfällen, welche man „Frieden“ nennt. Die Lenker der Staaten aber handeln so, wie ein Vormund handeln würde, der vor lauter Gewissenhaftigkeit alles und jedes für erlaubt hielte, was seinem Mündel Vorteil bringt, keine Freveltat ausgeschlossen. Und zwar je genialer ein Staatsmann, desto ruchloser. (Bitte, diesen Satz nicht umkehren.) Unter solchen Gewissensverhältnissen wäre Empfindlichkeit gegen Mißtrauen allerdings übel angebracht.

Während nun andere Staaten sich durch Diplomatie, Übereinkommen und Bündnisse einigermaßen vorsehen, geht uns der Schutz der Rückversicherung ab. Wir treiben ja keine hohe auswärtige Politik. Hoffentlich! Denn der Tag, an dem wir ein Bündnis abschließen oder sonstwie mit dem Auslande Heimlichkeiten mächelten, wäre der Anfang vom Ende der Schweiz. Wir leben mithin politisch im Dunkeln, bestenfalls im Halbdunkel. In Kriegszeiten, wo wir Gefahr wittern, befinden wir uns in der Lage des Bauern, der im Walde ein Wildschwein grunzen hört, ohne zu wissen, kommt es, wann kommt es, und woher kommt es. Aus diesem Grunde stellen wir unsere Truppen rings um den ganzen Waldsaum. Und daß nur ja niemand sich auf die Freundschaft verlasse, die zwischen uns und einem Nachbarvolke in Friedenszeiten waltet. Dergleichen kommt an den leitenden Stellen gar nicht in Betracht. Das sind Harmlosigkeiten des Zivils. Durch die militärische Disziplin haben heutzutage die Regierungen, zumal die mit den Scheinparlamenten, ihre Untertanen fest in der Hand, samt deren Köpfen und Herzen, und mit den eigenmächtigen Völkerverbrüderungen ist es aus. Oder können Sie sich ein Armeekorps vorstellen, das uns zuliebe den Gehorsam verweigerte: „Gegen die Schweizer marschieren wir nicht. Denn das sind Freunde.“ Vor dem militärischen Kommandoruf und dem patriotischen Klang der Kriegstrompete verstummen alle andern Töne, auch die Stimme der Freundschaft. Darum sage jetzt ich: „Nun also!“

Damit meine ich: Bei aller herzlichen Freundschaft, die uns im Privatleben mit Tausenden von deutschen Untertanen verbindet, bei aller Solidarität, die wir mit dem deutschen Geistesleben pietätvoll verspüren, bei aller Traulichkeit, die uns aus der gemeinsamen Sprache heimatlich anmutet, dürfen wir dem politischen Deutschland, dem deutschen Kaiserreich gegenüber keine andere Stellung einnehmen als gegenüber jedem andern Staate: die Stellung der neutralen Zurückhaltung in freundnachbarlicher Distanz diesseits der Grenze. Die nötige Zurückhaltung gegenüber dem deutschen Nachbarn, die uns ohnehin schwerfällt, wird uns überdies noch durch mehr oder minder wohlmeinenden Zuspruch erschwert. Zunächst der bekannte Appell im Namen der Rassen-, Kultur- und Sprachverwandtschaft. Diese müßte ja, so wird uns bedeutet, von selber zur freudigen Parteinahme mit der deutschen Sache in diesem Kriege führen. Als ob es sich da um Philologie handelte! Als ob nicht sämtliche Kanonen aller Völker das nämliche greuliche Volapük redeten! Als ob nicht gerade dieser Krieg die Inferiorität aller Nationalverbände

gegenüber dem Staatsverbande predigte! Als ob es eine ausgemachte Sache wäre, daß die Kulturwerte eines Volkes mit seiner politischen Machtstellung steigen und fallen! – Dann das gefährliche Zischeln einer bösen Versuchung, die uns im Namen der Freundschaft und des Dankes verführen möchte, etwas zu tun, was selbst die beste Freundschaft und der wärmste Dank zu tun weder verpflichtet noch erlaubt: auf unsere Begriffe von wahr und unwahr zu verzichten, jemand zuliebe unsere Überzeugungen von Recht und Unrecht zu fälschen. – Noch etwas Böses und Gefährliches: Der Parteinahme winkt unmäßiger Lohn, der Unparteilichkeit drohen vernichtende Strafen. Mit elenden sechs Zeilen unbedingter Parteinahme kann sich heute jeder, der da mag, in Deutschland Ruhm, Ehre, Beliebtheit und andere schmackhafte Leckerbissen mühelos holen. Er braucht bloß hinzugehen, sich zu bücken und es aufzuheben. Mit einer einzigen Zeile kann einer seinen guten Ruf und sein Ansehen verwirken. Es braucht nicht einmal eine unbesonnene oder versehentliche Zeile zu sein. Ein mannhafter, wahrhaftiger Ausspruch tut denselben Dienst. Wir müssen uns eben die Tatsache vor Augen halten, daß im Grunde kein Angehöriger einer kriegführenden Nation eine neutrale Gesinnung als berechtigt empfindet. Er kann das mit dem Verstande, wenn er ihn gewaltig anstrengt, aber er kann es nicht mit dem Herzen. Wir wirken auf ihn wie der Gleichgültige in einem Trauerhause. Nun sind wir zwar nicht gleichgültig. Ich rufe Ihrer aller Gefühle zu Zeugen an, daß wir nicht gleichgültig sind. Allein da wir uns nicht rühren, scheinen wir gleichgültig. Darum erregt schon unser bloßes Dasein Anstoß. Anfänglich wirkt es unangenehm befremdend, allmählich die Ungeduld reizend, schließlich widerwärtig, verletzend und beleidigend. Vollends ein nicht zustimmendes Wort! Ein unabhängiges Urteil! Der patriotisch Beteiligte ist ja von dem guten Recht seiner Sache heilig überzeugt und ebenso heilig von dem schurkischen Charakter der Feinde. Alles in ihm, was nicht schmerzt, was nicht hofft und bangt, was nicht weint und trauert, knirscht Empörung. Und nun kommt einer, der sich neutral nennt, und nimmt wahrhaftig für die Schurken Partei! Denn ein gerechtes Urteil wird ja als Parteinahme für den Feind empfunden. Und kein Verdienst, kein Ansehen, kein Name schützt vor der Verdammnis. Im Gegenteil. Dann erst recht. Denn dann wird einem neben Untreue und Verrat noch Undank vorgeworfen. Wie im Felde nach den Offizieren, zielt man in den Schreibstuben nach den berühmten Leuten. Bald gibt es ihrer keinen mehr, der nicht schon verketzert und aus irgendeinem Tempel feierlich ausgeschlossen worden wäre. Man wird ganz konfus. Man weiß nicht mehr, gereicht man der Menschheit zur Zierde, oder gehört man zum Auswurf. Wie aber können wir so gefährlichen Drohungen begegnen? Wer schweigen darf, preise sich glücklich, daß er's darf, und schweige. Wer es nicht darf, der halte es mit dem Sprichwort: Tue, was du sollst, und kümmer dich nicht um die Folgen. Um unsere neutralen Seelen zu retten, kommen uns ferner Propagandaschriften ins Haus geflogen. Meist überlaut geschrieben, öfters im Kommandoton, mitunter geradezu furibund. Und je gelehrter, desto rabiatere. Dergleichen verfehlt das Ziel. Es wirkt wenig einladend, wenn man beim Lesen den Eindruck erhält, die Herren Verfasser möchten einen am liebsten auffressen. Haben denn die Herren die Fühlhörner verloren, daß sie nicht mehr spüren, wie man zu andern Völkern spricht und nicht spricht? Allen solchen Zumutungen gegenüber appellieren wir von dem wild gewordenen Freund an den normalen,

friedlich-freundlichen, den wir nach Kriegsschluß wieder zu finden hoffen, wie überhaupt den gesamten frühern schönen, traulichen, unbefangenen Geistesverkehr.

Einer entgegengesetzten Versuchung hat sich unser Landesteil leider nicht genügend zu entziehen gewußt, einer unfreundlichen Gesinnung gegen Frankreich. Ich habe wiederholt aus dem Munde von Franzosen die schmerzlich überraschte Frage vernommen: „Was haben wir denn den Schweizern zuleide getan?“ Wirklich, ich weiß nicht, was sie uns zuleid getan haben. Wissen Sie's? Oder hätten wir einen vernünftigen Grund, Frankreich besonders zu mißtrauen? Mehr zu mißtrauen als jedem andern Nachbarn? Ich kenne keinen. Es handelte sich auch bei der unfreundlichen Gesinnung keineswegs um vernünftige Gründe patriotischer Art, sondern um instinktive Gefühle. Die Äußerungen der instinktiven Gefühle aber waren mitunter so, daß ich in den ersten Wochen des Augusts den Wunsch seufzte, es möchte neben den milden Feldpredigten einmal ein kräftiger politischer Redner unsern Leuten mit Ruß und Salz die Grundsätze der Neutralität einprägen. Nun, das Preßbureau unseres Armeestabes hat ja jetzt das Wort. Und da doch so viel von Verwandtschaft die Rede ist, sind wir denn mit den Franzosen nicht ebenfalls verwandt? Die Gemeinsamkeit der politischen Ideale, die Gleichheit der Staatsformen, die Ähnlichkeit der gesellschaftlichen Zustände, ist das nicht auch eine Verwandtschaft? Die Namen „Republik“, „Demokratie“, Freiheit, Duldsamkeit und so weiter, bedeuten diese einem Schweizer etwas Nebensächliches? Es gab eine Zeit – ich habe sie erlebt –, da galten diese Namen in Europa alles. Heute werden sie nahezu als Null behandelt. Alles war zuviel. Null ist zuwenig. Jedenfalls verachten, nicht wahr? Wollen wir Schweizer deswegen die Franzosen nicht, weil ihnen die Kronprinzen und Kaiser und Könige gebrechen? Es sah nämlich fast ein bißchen danach aus.

Die richtige neutrale Einstellung zu den übrigen Staaten wäre für uns Deutschschweizer eigentlich leicht, da hier die Versuchungen zur Parteilichkeit wegfallen. Ja! Wenn wir nur immer auch als Schweizer fühlten und urteilten! Wenn wir nicht mit fremden Köpfen dächten und mit fremden Zungen sprächen! Wenn wir uns nicht unsere Meinung vom Auslande suggerieren ließen! Die tausend und abertausend geistigen Einflüsse, die tagtäglich von Deutschland her gleich einem segensreichen Nilstrom unsere Gaue befruchtend überschwemmen, sind in Kriegszeiten nur filtriert zu genießen. Denn Krokodile wimmeln jetzt im Nilstrom. Eine kriegerische Presse ist überhaupt keine erhebende Literatur. Wie Großes auch sonst der patriotische Rausch zeitigen möge, auf das Sprachzentrum wirkt er entschieden ungünstig. Ist es überhaupt unumgänglich nötig, die blutigen Wunden, die ein Krieg schlägt, noch mit Tinte zu vergiften? Jedenfalls hat, wer für sein Vaterland stirbt, die edlere Rolle, als der für sein Vaterland schimpft. Ich sage das nicht im Sinne eines Urteils und meine es durchaus nicht überlegen. Wir würden es ja im Kriegsfall nicht anders machen. Ich sage es bloß als Warnung. Die Feinde des Deutschen Reichs sind nicht zugleich unsere Feinde. Wir dürfen uns daher von dem gleichsprachigen Nachbarn, weil wir seine Zeitungen lesen, nicht seine kriegerischen Schlagworte und Tagesbefehle, seine patriotischen Sophismen, Urteils-kunststücke und Begriffsverrenkungen in unser Heft diktieren lassen. Und wir

haben die Feinde des Deutschen Reiches, die nicht unsere Feinde sind, nicht nach der Maske zu beurteilen, die ihnen der Haß und der Zorn aufgesetzt, sondern nach ihrem wirklichen Gesicht. Mit andern Worten: Wir sind als Neutrale den übrigen Völkern die nämliche Gerechtigkeit des Urteils schuldig, die wir den Deutschen gewähren, deren Bild wir uns ja auch nicht in der französischen Verzerrung aufnötigen lassen

Werfen wir doch einmal auf die Feinde des Deutschen Reiches einen flüchtigen Blick aus dem eigenen Gesichtswinkel, ohne Brille.

Gegen die Engländer richten, wie Sie wissen, die Deutschen gegenwärtig einen ganz besondern Haß. Zu diesem ganz besondern Haß haben sie ganz besondere Gründe, die wir nicht haben. Im Gegenteil. Wir sind den Engländern zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Denn mehr als einmal ist uns England in großer Gefahr schützend beigestanden. England ist zwar nicht der einzige, aber der zuverlässigste Freund der Schweiz. Und wenn man mir entgegenhält: „Eitel Egoismus!“, so bitte ich um mehr solcher Egoisten, die uns in der Not beistehen. Da täte verstärkter Geschichtsunterricht gut. Es muß ja nicht immer nur Sempach oder Morgarten sein, der Sonderbundskrieg und der Neuenburgerhandel gehören ebenfalls zur Schweizergeschichte. Einstweilen erachte ich es für eine der nächsten Aufgaben der Schweizer Presse, mit dem aufgelesenen Gerede von Englands Hinterlist, das unser Volk durchseucht, endlich aufzuräumen. Für Italien im Gegenteil fließt drüben vorderhand lauter Milch und Honig. Falls etwa eines Frühlingstages die Milch plötzlich sauer werden sollte, brauchen wir dann nicht mitzugären. Wir führen mit Italien ein eigenes Konto. Bis dato lautet die Bilanz erfreulich. Von Frankreich haben wir bereits gesprochen. Kann ein westeuropäischer Christenmensch seiner Bildung nicht froh werden, ohne vor Rußland einen Kulturschauer zu bekunden? Ich will mich nicht auf meine eigenen Beobachtungen berufen, der ich doch acht Jahre lang in Rußland gelebt habe. Ich verweise auf das Zeugnis der Deutschen. Mit denselben Russen, die uns heute so asiatisch geschildert werden, die teuflischen Kosaken inbegriffen, hat ja Preußen nahezu ein Jahrhundert lang in minniglichem Ehebunde geschwelgt. Und wenn das Bündnis morgen wieder erhältlich wäre... Und dann verglichen mit den Türken und Bulgaren, den Kroaten, Slowaken und so weiter!

Von dem Wert und von der Lebensberechtigung kleiner Nationen und Staaten haben wir Schweizer bekanntlich andere Begriffe. Für uns sind die Serben keine „Bande“, sondern ein Volk. Und zwar ein so lebensberechtigtes und achtungswürdiges Volk wie irgendein anderes. Die Serben haben eine ruhmvolle, heroische Vergangenheit. Ihre Volkspoesie ist an Schönheit jeder andern ebenbürtig, ihre Heldenpoesie sogar überbürtig. Denn so herrliche epische Gesänge wie die serbischen hat seit *Homers* Zeiten keine andere Nation hervorgebracht. Unsere Schweizer Ärzte und Krankenwärter, die aus dem Balkankriege zurückkehrten, haben uns von den Serben im Tone der Sympathie und des Lobes erzählt. Aus solchen Zeugnissen haben wir uns unsere Meinung zu bilden, nicht aus der in Leidenschaft befangenen Kriegspresse.

Belgien geht uns Schweizer an sich nichts, dagegen durch sein Schicksal außerordentlich viel an. Daß Belgien Unrecht widerfahren ist, hat der Täter ursprünglich

freimütig zugestanden. Nachträglich, um weißer auszusehen, schwärzte *Kain* den *Abel*. Ich halte den Dokumentenfischzug in den Taschen des zuckenden Opfers für einen seelischen Stilfehler. Das Opfer erwürgen war reichlich genug. Es noch verlästern ist zuviel. Ein Schweizer aber, der die Verlästerung der unglücklichen Belgier mitmachte, würde neben einer Schamlosigkeit eine Gedankenlosigkeit begehen. Denn genauso werden auch gegen uns Schuldbeweise zum Vorschein kriechen, wenn man uns einmal ans Leben will. Zur Kriegsmunition zählt eben leider auch der Geifer.

Was endlich die Mitentrüstung über die düstern Hilfsvölker betrifft: Im Duell allerdings unterscheiden wir fair und unfair. Allein ein Krieg ist nicht eine militärische Mensur, wie etwa höhere Berufsoffiziere geneigt sind zu glauben, sondern ein bitterer Kampf um das Leben einer Nation. Wo es sich aber um Tod und Leben handelt, wird von jedermann jeder Helfer willkommen geheißen, ohne Ansehen der Person und der Haut. Wenn ein Einbrecher Sie mit dem Messer bedroht, so rufen Sie unbedenklich Ihren Haushund zu Hilfe. Und wenn Ihnen der Einbrecher adelig kommen wollte: „Schämen Sie sich nicht, ein unvernünftiges, vierfüßiges Tier gegen einen Mitmenschen zu benützen?“, so würden Sie ihm wahrscheinlich antworten: „Dein Messer hindert mich am Schämen“.

Und jetzt die Hauptsache: unser Verhältnis zur französischen Schweiz. Ich wiederhole: Wir hoffen und erwarten, daß dort zum Frommen der Eintracht und zur Wahrung der Gerechtigkeit und der Neutralität eine ähnliche eidgenössische Kopfklärung geschehe, wie wir sie bei uns anstreben. Eins ist sicher. Wir müssen uns enger zusammenschließen. Dafür müssen wir uns besser verstehen. Um uns aber besser verstehen zu können, müssen wir einander vor allem näher kennenlernen. Wie steht es mit unserer Kenntnis der französischen Schweiz? Und ihrer Literatur und Presse? Die Antwort darauf möge sich jeder selbst geben. Man hat immer von neuem das Heil in dreisprachigen Zeitschriften gesucht. Einverstanden. Nur kommt es nicht bloß darauf an, was geschrieben, sondern auch was gelesen wird. Ich möchte etwas anderes befürworten: unsere deutschschweizerischen Zeitungen sollten, meine ich, ab und zu ihren Lesern ausgewählte Aufsätze aus französisch-schweizerischen Zeitungen in der Übersetzung mitteilen. Sie wären es wohl wert. Der andersartige Gedankeninhalt kann uns etwa zur Ergänzung und Erfrischung dienen. Wir waren gar zu ängstlich vorsichtig, nach der einen Richtung. Ein Aufsatz wie „Le Sort de la Belgique“ von *Wagnière* hätte auch uns angestanden. Der Stil, ich wage es auszusprechen, ist oft geradezu vorbildlich. Ich habe in den letzten Wochen zufällig ein paarmal das „Journal de Genève“ zu Gesicht bekommen, das ich vorher kaum dem Namen nach kannte, alles in allem nicht mehr als sechs Nummern. In diesen sechs Nummern nun traf ich viermal je einen Leitartikel, dessen literarische Eigenschaften mir bewunderndes Staunen abnötigten. Artikel von *Wagnière*, von *Seippel*, von *Bonnard*. Kurz, von Zeit zu Zeit ein Tröpflein Welsch in unsere ernste Sachlichkeit könnte nichts schaden.

Zum Schluß eine Verhaltensregel, die gegenüber sämtlichen fremden Mächten gleichmäßig Anwendung findet: die Bescheidenheit. Mit der Bescheidenheit staten wir den Großmächten den Höflichkeitsdank dafür ab, daß sie uns von ihren blutigen Händeln dispensieren. Mit der Bescheidenheit zollen wir dem todwunden

Europa den Tribut, der dem Schmerz gebührt: die Ehrerbietung. Mit der Bescheidenheit endlich entschuldigen wir uns. „Entschuldigung? Wofür?“ Wer jemals an einem Krankenbett gestanden, weiß, wofür. Für einen fühlenden Menschen bedarf es der Entschuldigung, daß er sich des Wohlbefindens erfreut, während andere leiden. Vor allem nur ja keine Überlegenheitstöne! Keine Abkanzeleien! Daß wir als Unbeteiligte manches klarer sehen, richtiger beurteilen als die in Kampfleidenschaft Befangenen, versteht sich von selber. Das ist ein Vorteil der Stellung, nicht ein geistiger Vorzug. Ernste Behandlung erschütternder Ereignisse sollte sich eigentlich von selber einstellen, eine leidenschaftlich heftige, wüste Sprache sich von selber verbieten. Es hört sich nicht schön an, wenn irgendein Winkelblättchen aus der Sicherheit unserer Unverletzlichkeit heraus einen europäischen Großstaat im Wirtshausstil anpöbelt, als handelte es sich um eine idyllische Stadtratswahl. Wenn da die Zensur mit einem Maulkorb beispringt, tut sie ein Werk des Anstandes. Die Tonart des Jubels und des Hohnes sollte bei uns unter keinen Umständen laut werden. Der Hohn ist an sich eine rohe Gemütserscheinung, wie er denn in den Reihen der Armeen kaum vorkommt. Einzig der Grimm entschuldigt den Hohn. Diese Entschuldigung geht uns ab. Den Jubel über eine triumphierende Nachricht mögen sich die Volksgenossen des Siegers erlauben, im Gefühl der Erlösung aus peinlicher Spannung. Wir bedürfen der Entspannung nicht. Beides, Hohn und Jubel, sind die denkbar lautesten Äußerungen der Parteilichkeit, schon darum auf neutralem Gebiet verwerflich. Überdies säen sie Zwietracht. Wenn zwei vor einer Siegesmeldung stehen und der eine darüber triumphiert, der andere darüber trauert, so schöpft der, der trauert, gegen den, der triumphiert, einen innigen, gründlichen Haß. Ich hatte lange gemeint, der Hohn wäre das Schlimmste. Es gibt aber etwas noch Schlimmeres: die boshaft kichernde Schadenfreude, die sich gelegentlich in hämischen redaktionellen Zwischenbemerkungen und Ausrufen Luft macht. Es gibt Stoßgebete und Stoßseufzer. Das sind Stoßbrülpser. Auch der übliche Spott über die lügenhaften Schlachtberichte enthält eigentlich eine Überhebung. Wer lügt in den Schlachtberichten? Nicht diese oder jene Nation, sondern jeweilen der Geschlagene. Der Sieger hat es leicht, bei der Wahrheit zu bleiben. Daß aber der Geschlagene klar und deutlich mit lauter Stimme seine Niederlage im ganzen Umfange ankündige, darf man billigerweise nicht fordern. Denn das geht über Menschenkraft. Auch wir, die Spötter, würden es nicht können.

Und da wir doch einmal von Bescheidenheit sprechen, eine schüchterne Bitte: Die patriotischen Phantasien von einer vorbildlichen (oder schiedsrichterlichen) Mission der Schweiz bitte möglichst leise. Ehe wir andern Völkern zum Vorbild dienen könnten, müßten wir erst unsere eigenen Aufgaben mustergültig lösen. Mir scheint aber, das jüngste Einigkeitsexamen haben wir nicht gerade sehr glänzend bestanden.

Meine Herren und Damen! Die richtige Haltung zu bewahren ist nicht so mühsam, wie sich's anhört, wenn man's logisch auseinanderlegt. Ja wenn man's im Kopf behalten müßte! Aber man braucht es gar nicht im Kopf zu behalten, man kann es aus dem Herzen schöpfen. Wenn ein Leichenzug vorübergeht, was tun Sie da? Sie nehmen den Hut ab.

Als Zuschauer im Theater vor einem Trauerspiel, was fühlen Sie da? Erschütterung und Andacht. Und wie verhalten Sie sich dabei? Still, in ergriffenem, demütigem, ernstem Schweigen. Nicht wahr, das brauchen Sie nicht erst zu lernen? Nun wohl: eine Ausnahmegunst des Schicksals hat uns gestattet, bei dem fürchterlichen Trauerspiel, das sich gegenwärtig in Europa abwickelt, im Zuschauerraum zu sitzen. Auf der Szene herrscht die Trauer, hinter der Szene der Mord. Wohin Sie mit dem Herzen horchen, sei es nach links, sei es nach rechts, hören Sie den Jammer schluchzen, und die jammernden Schluchzer tönen in allen Nationen gleich, da gibt es keinen Unterschied der Sprache. Wohlan, füllen wir angesichts dieser Unsumme von internationalem Leid unsere Herzen mit schweigender Ergriffenheit und unsere Seelen mit Andacht, und vor allem nehmen wir den Hut ab.

Dann stehen wir auf dem richtigen neutralen, dem Schweizer Standpunkt.

* Der für propagandaresistente Neutralität und Völkerverständigung eintretende Vortrag, gehalten am 14. Dezember 1914 vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Gruppe Zürich, wird hier in der Lectio-difficilior-Fassung der bei v. Rascher & C^{ie} 1915 in Zürich erschienenen Ausgabe präsentiert. Die Rechtschreibung folgt den bewährten Regeln.

Carl Spitteler (1845-1924) studierte wenige Semester Rechtswissenschaften und Theologie, bevor er als Lehrer, Journalist und Schriftsteller tätig war. 1919 erhielt er als erster gebürtiger Schweizer den Nobelpreis für Literatur.

Bericht und Gespräch

Heinz Theisen

Der Nahe Osten zwischen Zivilisation und politisch-religiösem Totalitarismus

Israel als Menetekel oder Modell Europas

Der Kampf der Religionen hat sich heute durch die Ausbreitung des politischen Islams (Ayatollahs, Taliban, Islamischer Staat, Boko Haram, Muslimbruderschaft) globalisiert und intensiviert. Israels Verteidigung seiner Existenz verlängert sich dank der (potentiell) islamistischen Zuwanderern offenstehenden Grenzen Europas zu einem Kampf sowohl gegen die christlichen als auch die relativistischen europäischen Kulturen. Damit wiederholt sich der Abwehrkampf der Demokratie gegenüber einem diesmal religiös motivierten Totalitarismus.

Peter Scholl-Latour hat die Lage Israels mit dem biblischen Bild vom Daniel in der Löwengrube umschrieben. Zu den vielen Lösungsvorschlägen meinte er: „Es gibt keine Lösung.“¹ Bewahrheitet hätte dieses Urteil eine tragische Konsequenz für Israel. Die Demographie in Kombination mit den religiösen Kräfteverhältnissen arbeitet gegen Israel. Den 7,2 Millionen Juden Israels (bei 9,2 Millionen Einwohnern und 16,7 Millionen Juden weltweit) stehen knapp zwei Milliarden Muslime gegenüber, die schon vom Koran gehalten sind, „Ungläubige“ zu töten. In Sure 9 findet sich alles Nähere hierzu. Statt einer historischen Relativierung ihres Schrifttums ist in der islamischen Welt die buchstabengetreue Fundamentalisierung vorangeschritten.²

Aus der langfristig ziemlich hoffnungslosen Lage könnte Israel durch ein Wunder oder, modern gesprochen, durch einen Paradigmenwechsel gerettet werden. Es gibt Hinweise auf einen sich andeutenden Wandel, vor allem in den „Abraham Accords“ (2020). Die politischen Diskurse selbst sind festgefahren. Sie enden in den endlosen Verstrickungen der Argumente über Territorien und historische Ansprüche. Es bleibt bei jenen Kausalkettendiskursen, wonach Israel und die Palästinenser dies getan und jenes nicht getan haben, ein endlos geflochtenes Band der diskursiven Ausweglosigkeit.

Gaza-Krieg als Kampf um die Weltöffentlichkeit

Ein dauerhafter militärischer Sieg gegen den Islamismus, ob in Gestalt von Hamas, Hisbollah oder dem Iran, ist so lange nicht denkbar, wie dem Islamismus immer neue Kämpfer-Ressourcen zuwachsen. Israel setzt nach zahlreichen

kleineren Kriegen, die die Hamas nie entscheidend schwächen konnten, heute auf die Beseitigung dieses Akteurs. Dabei droht aber der Kampf um die Weltöffentlichkeit verlorenzugehen. Israel trägt schwer an der Hypothek, in jedem Fall die Weltmeinung gegen sich zu haben. Selten wird die Frage gestellt, warum sich die Boykott-Bewegungen, die Verurteilungen und die UN-Resolutionen nicht in gleichem Maße gegen die vielen Staaten richten, in denen die Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten werden, wie China, Nordkorea, Syrien, Iran und viele andere mehr.

Über 180 humanitäre Helfer sind nach Angaben der UN seit Beginn des Krieges im Gazastreifen getötet worden. Im Kampf gegen die Islamisten gelingt weder eine Unterscheidung zwischen Zivilisten und Terroristen noch zwischen Tätern und Helfern. Während Israel beschuldigt wird, einen Völkermord im Gaza-Streifen zu begehen, bekennt sich die Hamas offiziell zum Völkermord. Ihre Anführer haben sich dazu verpflichtet, den 7. Oktober so oft wie möglich zu wiederholen. Sie verstecken sich bei jedem israelischen Angriff hinter der Zivilbevölkerung. Die Zivilisten des Gaza-Streifens sind immer auch Opfer der Hamas.²

Israel verliert über den Krieg nicht nur im Globalen Süden, der sich von jeher auf der Seite der „antikolonialistischen Palästinenser“ stellt, sondern auch in der westlichen Welt an Sympathie. Durch die Migrationsbewegungen sind arabischstämmige Wähler in den USA und vielen Staaten Europas längst ein wahlpolitischer Faktor. Die Wirtschaftswelt schielt auf gute Beziehungen zum arabischen Kapital. Bei der Mehrheit jener Demonstranten im Westen, die „Tod Israel“ schreien, handelt es sich aber um Muslime aus den unterschiedlichsten Regionen, in Großbritannien pakistanischer oder indischer, in Frankreich nordafrikanischer Herkunft.³ Auch wenn etwa die Unterdrückung der Hamas im Gaza-Streifen weitaus stärker ist, als es die einer israelischen Besatzung vor dem Jahr 2005 war, gelten die Palästinenser als Opfer eines westlich-israelischen Kolonialismus und ihre Kämpfer als Befreiungskrieger.

Postkoloniale Feindschaft gegen Israel und den Westen

Sollte die westliche Unterstützung nachlassen, wäre dies nicht nur für Israel fatal. Israel ist der Frontstaat im Ringen zwischen der zivilisierten Welt und dem religiösen Totalitarismus. Sollte es dem Druck nicht mehr standhalten, würde Europa, wie nach dem Fall von Konstantinopel, eine Staumauer wegbrechen. Im Kampf gegen den Islamismus sind die Grenzen Israels auch die Grenzen Europas. Diese werden allerdings sehr unterschiedlich gehütet. Nach den *failed states* (gescheiterten Staaten) Afrikas bietet das „weltoffene“ Europa die größten Schwachstellen, um ein Vordringen des Islamismus zu ermöglichen. Um die generellen geistigen und militärischen Abwehrkräfte Europas ist es im Gegensatz zu Israel schlecht bestellt. Die Europäer sind sogar bereit, ihre innere Stabilität einer ideologisierten „Weltoffenheit“ zu opfern. Der 7. Oktober 2023 hat daran nichts geändert, obwohl klar geworden ist, daß jede Schwäche gegenüber dem Islamismus einen hohen Preis fordert.

Dieser evolutionär ganz unwahrscheinliche Verzicht auf eine Selbstbehauptung Europas⁴ ist nicht leicht zu erklären, steht doch die in Europa vorherrschende relativistische, individualistische und hedonistische Weltanschauung im Gegensatz zur theokratischen und patriarchalischen Weltsicht. Für die seltsame politische Freundschaft der „woken“ Linken mit dem Islam erkennen wir vor allem einen Grund: die gemeinsame Feindschaft zum sozial unvollkommenen und religiös „unreinen“ Westen, der weder den totalitären Ansprüchen diesseitiger noch jenseitiger Heilslehren gerecht wird.

Der Selbsthaß der Europäer begann mit der Abwendung von der christlichen Kultur mit jüdischen Wurzeln, die das Böse immer auch bei sich selbst zu suchen fordert. Heute ist die europäische Linke angesichts der religiösen Motive von Muslimen schon argumentativ hilflos. Jüdische Flüchtlinge gelten ihnen als „kolonialistische Siedler“ und ihre Rückkehr in das Heilige Land als „westlicher Imperialismus“. Die Quadratur des Kreises, gegen Antisemitismus und zugleich für die Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen zu sein, will nicht gelingen. Ihr Kulturrelativismus kann sich die ungleichen Entwicklungsergebnisse der Kulturen nur aus einem Täter-Opfer-Schema erklären. Den schwächeren Kulturen fällt dabei die Rolle des guten Opfers zu, dem umgekehrt ein böser erfolgreicher Täter entspricht. Armut und Korruption in Afrika werden nicht aus kulturellen Defiziten von Stammeskulturen oder vormodernen Religionsverständnissen, sondern aus unterdrückerischer postkolonialer Dominanz des Westens erklärt. Die Schuld wird nur bei den anderen, entweder den „Ungläubigen“ oder den „Rechten“, gesucht – eine für den Niedergang von utopischen Hoffnungen wohl typische Phase.

Muslime gelten als neues Proletariat, das sich gegen den westlichen Imperialismus erhebt. Sogar die Verhüllung der Frau soll noch der Emanzipation gegenüber dem „weißen Mann“ dienen. Warnungen vor dem Islam gelten als „islamophob“. Muslime sind als Opfer des Westens von jeglicher Verantwortung befreit. Ihre mangelnde Integrationsbereitschaft ist „unsere“ Schuld, weil wir ihnen nicht genug bieten. Je schlechter sich Muslime integrieren, desto größer wird diese Schuld, die nur durch eine fortdauernde Offenheit der Grenzen und eine Erhöhung von sozialen Leistungen abgebußt werden kann. Ein Teufelskreis, denn je mehr Geld Migranten erhalten, desto weniger brauchen sie sich zu integrieren.

An den *Postcolonial Studies*, die an westlichen, auch deutschen Universitäten um sich greifen, fällt ihre Leugnung von zivilisatorischen Fortschritten auf, die vom Westen und damit auch von seinem Kolonialismus ihren Ausgang nahmen. Zur Bilanz des Kolonialismus gehört, daß mit ihm neben Gewalt und Ausbeutung auch wirtschaftliche, technische und medizinische Fortschritte globalisiert wurden. Die Mißachtung der Zivilisation geht im „woken“ Denken heute so weit, preiswerte Energiezufuhr der Reinheit des „Weltklimas“ zu opfern. Kulturelle Identitäten gelten als wichtiger als Kompetenz und Leistungsbereitschaft. Zumal in Deutschland werden Prozesse der Deindustrialisierung in Kauf genommen. Der Kulturverfall hat Formen angenommen, welche die äußeren Gerüste und Institutionen der Zivilisation aufzulösen beginnen.

Kampf der Religionen

Die islamische Welt befindet sich bezüglich Demokratie, Bildung und wirtschaftliche Lage im Hintertreffen. Darüber ist ein Teufelskreis entstanden, denn in diesen Kränkungen der Nachrangigkeit erweisen sich islamistische Erzählungen als attraktive Motive für die Verlierer der Modernisierungsprozesse und gewinnen daher nicht zufällig parallel zu globalen Modernisierungsprozessen an Bedeutung.⁵

Hinter der Hamas steht mit dem Iran zugleich die größte Macht des religiösen Totalitarismus, der „die Ungläubigen“ verachtet, sie erobern, bekehren oder töten will. Je weiter die islamische Regression fortschreitet, desto mehr droht der Absturz in die Barbarei.

Religion erklärt erst den weltweiten Haß der Muslime auf das winzige Israel, aber auch den konfessionellen Konflikt zwischen dem schiitischen Iran und dem Sunnitentum. Sie erklärt auch den Haß auf die Christen, der sich allerdings in dem Maße verringert, wie diese aus der Region schon vertrieben sind. Und wie anders kann der Völkermord an den Jesiden erklärt werden, an dem, was ihnen der „Islamische Staat“ seit 2014 im Sindschat-Gebirge angetan hat. 5.000 bis 10.000 Jesiden wurden ermordet und 7.000 Kinder und Frauen entführt und versklavt, weil sie – noch schlimmer denn „Ungläubige“ – als „Teufelsanbeter“ gelten.

Menschen brauchen in ihrem Denken Sinnhaftigkeit und Konsistenz, Widersprüche und Ambiguitäten sind ihnen zuwider.⁶ Darüber wurden rigide, emotional manipulierende Ideologien wie Faschismus und Kommunismus zur tödlichen Herausforderung. Kaum haben die politischen Ideologien an Bedeutung verloren, erheben fundamentalistische, identitäre und ersatzreligiöse Orientierungen ihr Haupt und werden zur neuen Herausforderung nicht nur für die Demokratie, sondern für die Zivilisation überhaupt. Menschen mit klaren inneren Sinnsystemen waren in der Kulturgeschichte oft erfolgreicher, weil sie zielstrebig und radikaler zu handeln vermögen.

Im Nahen Osten ist Religion die Hauptgrundlage einer kollektiven Weltanschauung. Dies gilt selbst für das weitgehend säkulare jüdische Israel. Der Mensch ist am stärksten durch seine Weltanschauung geprägt, und auch diejenigen, die glauben, nichts zu glauben, ergehen sich unbewußt um so mehr in ersatzreligiösen Gesinnungen. Es ist nicht möglich, nichts zu glauben. Da aber Materialisten und Kulturrelativisten glauben, nichts zu glauben, fehlt ihnen jeglicher Sinn für die geokulturellen Bruchlinien, welche die Welt und zunehmend auch unsere multikulturellen Städte durchziehen.

Auch autoritäre, aber eher säkular gesinnte arabische Staaten müssen ihre zivilisatorischen Fortschritte gegen eine totalitäre Inanspruchnahme der Einheit von Religion und Politik verteidigen, in der das gesamte Leben in die Fundamente der Vergangenheit eingebettet wird. Während die arabische Staatenwelt auf dem Weg war, Israel als Zivilisationspartner zu akzeptieren, erklärte der vor allem vom Iran genährte Islamismus Israel den offenen Krieg. Neben der Hamas wird Israel unmittelbar von der Hisbollah im Libanon bedroht, über deren Kampfbereitschaft der Iran entscheidet. Ihr religiöser Totalitarismus macht keine Kompromisse und

nimmt die einschlägigen Koransuren und die Hadithen gegen die „Ungläubigen“ wörtlich.

Das Dahinschwinden des Christentums kann daher nicht verwundern. Wie die Christen wurden die Juden in der islamischen Welt als Schutzgeldzahler geduldet. Sofern sie dies nicht vermochten, wurden sie versklavt. Mit dem westlichen Kolonialismus endete diese Praxis, aber danach brach der Haß auf die widerständig gewordenen „Ungläubigen“ um so stärker hervor. Die Feindschaft gegenüber dem Judentum reicht lange vor die Gründung des Staates Israel zurück. Im Haß auf Israel bricht der uralte Antijudaismus in der koranischen Lehre durch. Nachdem es dem Islam gelungen war, die einst christlichen Gebiete Nordafrikas und der Levante zu erobern, wurde Israel zum Stachel im Fleisch des Glaubens an die absolute Geltung und die Suprematie der eigenen Religion. Die neue Nähe der Juden fachte die Konkurrenz beider Religionen wieder an. Das Judentum stellt aber nicht nur den eigenen Glauben, sondern mit den Entwicklungserfolgen auch die Politik der umliegenden Staaten in Frage.

Dschihad der Hamas

Der Islam verfügt über ein einzigartiges Kampfinstrument. Im Dschihad, dem „Heiligen Krieg“ gegen „Ungläubige“, winken entweder weltliche Früchte oder die Wonnen des Paradieses. Für jeden ist ein spezifischer Weg dabei: der Dschihad kann durch Kampf, durch Auswanderung und eine damit verbundene Mission, vorbereitend auch durch Geburtenreichtum geführt werden. Oft heißt es, es gehe beim Dschihad um den Kampf gegen sich selbst, aber dies ist als Vorbereitung für andere Kämpfe kein Widerspruch.

Der in seiner Konsequenz selbstmörderische Anschlag auf Israel vom 7. Oktober 2023 verweist auf den religiösen „Martyrer“-Kult. Der Hamas geht es nicht um das weltliche Wohl der Palästinenser. Sie sind keine Befreiungsbewegung, die für das eigene Volk, sondern eine dschihadistische Bewegung, die für die *Umma* kämpft. Die Vernichtung Israels ist ein erster notwendiger Schritt dazu.⁷ Erst in der *Umma* wird das „Haus des Islam“ zu einem weltweiten „Haus des Friedens“. Israel steht diesem Ziel unmittelbar im Wege.

Die Hamas hat sich im Gegensatz zur weltlich orientierten Fatah in der Westbank dem Islamismus verschrieben. Sie sind aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen. Von deren geistigem Gründer, *Hasan al-Bannā* (1906-1949), stammen die Grundsätze: „Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Allah ist unser nobelster Wunsch.“ Ein Vordenker der Muslimbrüder, *Sayyid Qutb* (1906-1966), stellte die Juden als ewige Widersacher der Muslime seit den Tagen des „Propheten“ dar. Ihr Weltbild ist nicht auf Entwicklung, sondern auf Eroberung ausgerichtet, andernfalls hätte die Unterentwicklung des Gaza-Streifens spätestens nach dem Abzug der Israeli 2005 mit den vielen Entwicklungshilfegeldern gewendet werden können.

Hier zeigt sich das Versagen der *Netanjahu*-Regierung, welche die Hamas als Konkurrent zur Fatah („Teile und herrsche“) aufgebaut hatte und deren

Grundmotive dann falsch einschätzte. Das Sicherheitsversagen an diesem 7. Oktober geht auch auf die Meinung zurück, die Hamas sei nach einigen militärischen Rückschlägen mit inneren Problemen befaßt. Selbst in Israel wurde die Motivation der Religion unterschätzt.

Geburten als demographische Kriegsführung

Doch noch so viele Tötungen von Islamisten werden nicht reichen. Diese wachsen – wie etwa auch bei den Taliban, die dadurch dauerhaft nicht besiegt werden – fast beliebig nach. Die säkularen und leistungsfähigen Israeli haben eine ähnlich niedrige Geburtenrate wie die Europäer. Geburtenstarke orthodoxe Juden tragen wenig zur Wehrhaftigkeit Israels, aber umgekehrt mit ihrem Siedler-Messianismus viel zum Zusammenprall der Religionen bei. *Gunnar Heinsohn* hat in seinem bevölkerungspolitischen Standardwerk „Söhne und Weltmacht“ dargelegt, wie der gigantische Überschuß an jungen Männern ohne Bildungs- oder Berufsperspektiven ein Reservoir gewaltbereiter Desperados schafft, aus dem dann Islamisten suizidale Kämpfer für die Sache Allahs rekrutieren. Die rigorose Kontrolle der Frauen diene auch ihrer Bereitschaft zur Reproduktion von Glaubenskriegern.⁸

Während sich die Anzahl von Christen, Hindus und Buddhisten in den letzten 100 Jahren vervierfacht hat, nahm die der Muslime um das zehnfache zu, von 200 Millionen auf zwei Milliarden. Nirgendwo auf der Welt ist die Geburtenrate so hoch wie im Gaza-Streifen, obwohl es dort nicht einmal genug sauberes Wasser gibt. Das sexualdespotische Regime der Hamas wurde von den Palästinensern akzeptiert.

Schutzgeld Entwicklungshilfe

Hinzu kommt die massive Entwicklungshilfe, die an die Palästinenser ging. Die internationalen Hilfen erhöhten deren Spielraum für Korruption und Militarisierung. Die Hamas konnte sich um den Bau von Waffenfabriken kümmern und überließen humanitäre Aufgaben den Spendern aus aller Welt.

Der totalitäre Islamismus ist so gefährlich, wie es der Faschismus oder der Kommunismus waren. Anders als der weltliche Totalitarismus vermögen Islamisten sogar den Tod zu instrumentalisieren.⁹ Die westliche Blindheit ihm gegenüber hatte sich schon außenpolitisch als fatal erwiesen. Die sowohl von neokonservativen als auch von linken universalistischen Politikern betriebenen Interventionen des Westens haben im Orient ganze Regionen von Afghanistan bis zur Sahelzone weiter destabilisiert. Raumpremde Mächte haben in solchen Kulturen nichts zu gewinnen. Demokratische Strukturen sind ohne ihre kulturellen Voraussetzungen nicht übertragbar. Spätestens, als das mit westlicher Hilfe freigewählte Parlament in Kabul die Scharia als Grundlage aller weiteren Gesetzgebung ausrief, hätte der Truppenabzug einsetzen müssen.

Stattdessen gewähren die EU mit offenen Grenzen und viele Europäer mit ihrem kulturellen Relativismus erklärten Feinden freien Zutritt und soziale Förderung. Sie gewähren jene Toleranz gegen Intoleranz, die ihnen gegenüber dem politischen Totalitarismus schon zweimal zum Verhängnis geworden ist. Statt gegen

Islamisten kämpfen die Regenbogen-Europäer gegen „islamophobe“ Warner. Selbst wenn von den 50 Millionen Muslimen in Europa nur jeder Zehnte als Islamist gilt, erwächst daraus ein Sicherheitsproblem. Zwar haben die Europäer den Palästinensern nichts weggenommen, sondern im Gegenteil deren Existenz und Opposition durch eine faktisch bedingungslose Entwicklungshilfe ermöglicht. Aber auch dieses Schutzgeld hilft ihnen auf Dauer nicht.

Die schleichende Eroberung Europas erfolgt durch Inanspruchnahme der sozialen Infrastruktur. Die innere Sicherheit ist schon weitgehend erodiert. Gerechnet auf ihren Bevölkerungsanteil gab es letztes Jahr 122mal mehr antijüdische als islamfeindliche „Haßkriminalität“,¹⁰ von Oktober 2022 bis zum Oktober 2023 hatte sie sich um 320 Prozent erhöht. Der muslimische Judenhaß ist nach Europa übergeschwappt.

Paradigmenwechsel? Vom Kulturalismus zur Zivilisation

In der deutschen Geistestradiation gibt es die Unterscheidung zwischen den ideellen Motiven einer Kultur und den strukturellen und materiellen Kräften der Zivilisation. Kulturen sind wandelbar, und wir sollten daher weder einem kulturpessimistischen noch einem kulturoptimistischen Determinismus huldigen. Die Zukunft einer Zivilisation beruht in erheblichem Maße auf ihren ideellen kulturellen Grundlagen.

Die westliche Zivilisation nahm ihren Ausgang mit der Ausdifferenzierung von „Funktionssystemen“ wie Religion, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die jeweils ihrer Eigenlogik folgen und dadurch erst ihre spezifische Leistungsfähigkeit erringen. Die gewaltenteilige Demokratie bedeutet eine weitere Zivilisationsstufe. Erste Stufen der Ausdifferenzierung erreichen auch autoritär regierte Staaten. Sie sind das kleinere Übel gegenüber dem Totalitarismus, der alle Funktionssysteme zu unterwerfen sucht.

Der Vorrang der westlichen Zivilisation vor dem undifferenzierten Kulturalismus etwa des Islams ergibt sich aus den Notwendigkeiten der Daseinsbewältigung. In vielen Teilen der Erde wachsen Trockengebiete und Steppen – jedes Jahr um eine Fläche, die der Größe Deutschlands entspricht. Der israelische Schriftsteller *Chaim Noll* sieht eine Tragödie unserer Zeit darin, daß den zivilisierten Staaten zwar alle technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten gegeben sind, um die Wüstengebiete der Erde in lebensfähige, mit moderner Infrastruktur versehene Gebiete zu verwandeln, diese aber auch aus kulturalistisch-identitären Motiven nicht genutzt werden. Millionen in Lagern lebenden Menschen könnten erträgliche Lebensumstände verschafft werden. Bisher verharren die meisten Wüstenstaaten aber in starren, innovationsfeindlichen Strukturen oder fallen sogar in Bürgerkriege zurück.¹¹

Die Werteordnungen der Kulturen sind weder durch interreligiöse noch durch interkulturelle Dialoge einer Einigung nähergekommen. Nach wie vor ist nicht ein einziger jüdisch-muslimischer Denker auf der Bühne erschienen. Auch sonstige Hybride zwischen Judentum und Islam sind nirgends zu entdecken. Bei den sogenannten Judenchristen handelt es sich um eine winzige Minderheit. Zwischen

Christentum und Islam oder auch Atheismus und Islam scheint es trotz gewisser gemeinsamer Vergangenheiten kaum Schnittmengen zu geben. Wo sie aufeinandertreffen, entstehen gravierende Probleme.

Das Interesse an den Ergebnissen der westlichen Zivilisation könnte dagegen eine Brücke zwischen Tradition und Moderne und damit auch zwischen den Kulturen schlagen. Der jahrzehntelange Kampf zwischen Israel und den Palästinensern könnte auf einer anderen als den politischen und religiösen Stufen in einer wissenschaftlich-technischen Entwicklung aufgehoben werden. Teile der arabischen Welt hatten sich vor dem Krieg mit der Zustimmung zu den „Abraham Accords“ für die Kooperation mit dem einstigen Feind zugunsten der Zivilisation entschieden. Diesem Paradigmenwechsel wollten die Islamisten am 7. Oktober 2023 Einhalt gebieten. Hier scheiden sich die Wege. In der islamischen Welt steht eine Entscheidung zwischen wirtschaftlich-technischen Entwicklungen und einer kulturalistischen Regression in den Islamismus an. Idealerweise könnte der Wechsel zur Vorrangigkeit der Zivilisation über den Kulturalismus vom Iran seinen Ausgang nehmen. Dort kämpft eine neue Generation immer wieder verzweifelt gegen den Totalitarismus der Ayatollahs an.

Israel als wissenschaftsbasierte Zivilisation

Israel hat trotz des orthodoxen Judentums den Weg zur wirtschaftlichen und zivilen Entwicklung gewählt. Dies ermöglichte erst die Leistungsfähigkeit einer modernen Gesellschaft und hat zu Fortschritten in der Bewirtschaftung von bisher verwüsteten Landschaften, zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft, zu entwickelter Bildung und Medizin geführt.

Schon die frühe Besiedlung durch europäischstämmige und beruflich qualifizierte Juden führte dazu, daß sich in den von Juden dominierten Gebieten der Levante die jährliche Malaria-Inzidenzrate um die Hälfte reduzierte. Viele große Gebiete, die zuvor nichts als Tod für diejenigen bedeuteten, die es wagten, sie zu betreten, sind heute zu fruchtbarem Land geworden. Das Pflanzen von mehr als 240 Millionen Bäumen durch jüdische Siedler ist dokumentiert.¹² Die Rekultivierung von Steppe und Wüste ist in einer Weise gelungen, die auch dem Staat Israel eine Legitimation als wissenschaftsbasierte Zivilisation verleiht. Kein Staat ist ein Selbstzweck. Er dient letztlich der Selbstbehauptung und der Entwicklung der Menschen. Im Jahr 2017 meldeten Irak, Palästina, Jemen, Syrien und Jordanien zusammen neun hochkarätige Patente an. Aus Israel kamen mehr als zweihundertmal so viel.

In einer wissenschaftsbasierten Weltwirtschaft ist Know-how für Überleben und Wohlergehen ungleich wichtiger als all die völkischen und religiösen Identitäten – und selbst auch als materielle Ressourcen. Während Reichtum früher vor allem aus dem Zugriff auf Ressourcen wie Weizenfelder und Ölplattformen erwuchs, ist heute das Know-how die zentrale Quelle des Wohlstands. Ölfelder – so der israelische Historiker *Yuval Harari* – können durch Kriege erobert werden, Wissen nicht. Rohstoffe und Energie sind endlich, Wissen ist unendlich, eine wachsende Ressource; je mehr man davon nutzt, desto mehr hat man.¹³

Schon über die Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten hatten die Feinde von einst auch zu technisch-ökonomischen Projekten zusammengefunden. Indem sich immer mehr arabische Staaten dem „Abraham“-Abkommen einer zivilisierten Zusammenarbeit mit Israel näherten, nahmen sie Meerwasserentsalzung, Begrünung von Wüsten, Handel und Tourismus für wichtiger als „Heilige“ Kriege.

Seine Bewährungsprobe erhielten diese neue Konstellation auf einem Feld, das gar nicht vorgesehen war. Der massive Raketenangriff des Irans auf Israel konnte nicht nur durch westliche, sondern auch durch die Hilfe Jordaniens, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate abgewendet werden. Die künftige Zusammenarbeit mit Israel nach dem Krieg scheint ihnen wichtiger zu sein als der islamistische Vernichtungsfuror.

Die Palästinenser müssen sich entscheiden

Die Hamas hat zweimal das Tor zur angebotenen Entwicklung und Zivilisierung zugeschlagen. Nach dem Abzug der Israeli 2005 schlug sie die Möglichkeiten zum zivilen Aufbau des Gaza-Streifens aus und investierte die Hilfsgelder aus aller Welt lieber in Höhlengänge und Raketen. Wie auch die weltlich gesinnte nationalistische Fatah im Westjordanland lehnte sie dann eine Teilnahme an den „Abraham Accords“ ab.

Grob lassen sich die Palästinenser entlang ihrem Wunsch an Teilhabe an den Erfolgen der israelischen Zivilisation differenzieren. Die rund zwei Millionen Palästinenser in Israel sind angesichts der Vorteile des zivilen Alltagslebens in Israel weitgehend loyal. Das Westjordanland ist gespalten nach denjenigen, die mit Israel Geschäfte machen, und denjenigen, die stattdessen den Endsieg anstreben. Die Hamas hat sich für den Krieg und damit für die Barbarei entschieden.

Die Zukunft des Nahen Ostens wird entweder in der endlosen Entfesselung weiterer Religionskriege und damit in der Barbarei liegen oder sie wird sich positiv entwickeln, indem der Kampf der Kulturen in einen gemeinsamen Kampf um die Zivilisation übergeht. In diesem Rahmen müßte den Palästinensern noch mehr Zutritt und Teilhabe am israelischen Arbeitsmarkt in Aussicht gestellt werden.

Eine Aufgabe des Westens liegt im Umbau der Entwicklungshilfe zu einem konsequenten Fördern und Fordern. Indem sich etwa die ausschließlich vom Westen finanzierte christliche Universität Bethlehem dem Boykott gegen Israel anschließt, stellt sie ihren Anspruch auf Unterstützung in Frage.

Der Strategiewandel zum Fördern und Fordern wäre auch für die Integrationspolitik in Europa fruchtbar zu machen, indem die Bereitschaft zur funktionalen Teilnahme am Arbeitsprozeß die Voraussetzung zur Teilhabe an deren Ergebnissen wird. Das Prinzip Gegenseitigkeit muß an die Stelle des einfältig bunten Regenbogens treten. Es gehört aber zu den zivilisatorischen Selbsterstörungspraktiken der Deutschen, daß ihre Bürokratie arbeitswilligen Einwanderern das Leben so schwer und den nur hilfeschuchenden Migranten so leicht wie möglich macht.

Neben der Universität Bethlehem steht eine Ausbildungsstätte der Salesianer für Handwerksberufe, deren Absolventen im Gegensatz zu den benachbarten

Wortakrobaten der Sozialwissenschaften umgehend einen Arbeitsplatz finden. Absolventen solcher Berufsakademien sollten auch bevorzugt Visa für Europa erhalten.

Autoritarismus und Totalitarismus

Der Westen hat dem religiösen Totalitarismus noch auf die Sprünge geholfen, indem er autoritär-säkulare Feinde der Islamisten wie *Saddam Hussein* oder *Muammar al-Gaddafi* beseitigte. Auch in der Schwächung von Syriens Präsident *Assad* und im Fallenlassen des Schahs oder des ägyptischen Präsidenten *Mubarak* samt der Demokratisierung Afghanistans und des Iraks zeigt sich die naive Unterschätzung des neuen Totalitarismus. Im Gegensatz zu den autoritären Regimen in Moskau und Peking ist der Islamismus mit einem Wahrheits- und Herrschaftsanspruch ausgestattet, der jegliche Form von Gewalt rechtfertigt. Totalitäre Bewegungen beanspruchen gemäß ihrem geistigen Absolutheitsanspruch auch die absolute Herrschaft. Die mangelnden begrifflichen Unterscheidungen führen zu einer falschen Feindbestimmung auf beiden Seiten. Das Massaker in einer Moskauer Konzerthalle Ende März dieses Jahres zeigt hingegen, wo langfristig die größeren Bedrohungen Rußlands lauern. Die Warnungen amerikanischer Geheimdienste wurden offenbar für eine Kriegslist gehalten.

Die Kampfansage eines neuen „Islamischen Staates“ aus den Weiten des zentralasiatischen Raumes ist eine existentielle Herausforderung, da in Rußland Millionen von Muslimen und Gastarbeitern aus zentralasiatischen Ländern leben, unter denen die Terroristen Helfer rekrutieren können. Sie haben mit Rußland viele Rechnungen offen: von der sowjetischen Besetzung in Afghanistan (1979-1989) über die Kriege in Tschetschenien (1994-1996 und 1999-2009) bis hin zu Rußlands militärischem Eingreifen in Syrien.

Für Islamisten sind Rußland und die Ukraine zwei Seiten einer Medaille. In der Ukraine finde ein Krieg zwischen den „orthodoxen Kreuzfahrern“ statt. Auch der Wirtschaftskrieg zwischen den USA und Rußland sei ein Krieg von „Kreuzfahrern gegen Kreuzfahrer“. Die Welt teilt sich für sie in das Lager der Muslime und ihrer Glaubenskämpfer und in das Lager von „Juden, Kreuzfahrern und ihren Verbündeten“. Der Kampf um die Zivilisation verläuft nicht mehr wie im 20. Jahrhundert zwischen Demokratie und Diktatur, eine Gegenüberstellung, die durch viele Hybridssysteme in Gestalt gewählter Demokratien und Oligarchien relativiert wird. Gegenüber den bloß autoritären Regimen im Nahen Osten wäre Koexistenz möglich, aber nicht gegenüber der totalitären Dynamik der Taliban, des Islamischen Staates, der Ayatollahs und von Hamas und Hisbollah. Schon im Lichte von deren Bedrohung wäre eine Nato-Rußland-Sicherheitspartnerschaft gegenüber den islamistischen Bewegungen geboten gewesen.

Der religiöse Totalitarismus ist aufgrund seiner auf das Absolute zielenden Eigendynamik wesensmäßig nicht zu beschwichtigen, er muß eingedämmt werden. Übertragen auf den Nahen Osten würde die Strategie des Kalten Krieges bedeuten: politische Koexistenz mit autoritären, aber säkularen arabischen Regimen und – wenn möglich gemeinsam mit ihnen – Eindämmung des Islamismus. Demnach

hätte die Nato vorrangig unsere südlichen Grenzen zu verteidigen. Der Iran muß als Hauptquelle des Islamismus eingedämmt werden. Hierbei sollten wir – im Gegensatz zur Ukraine – mit den USA an einem Strang ziehen.

Wege zu einer zivilisierten Weltordnung

Zum erstenmal in der Geschichte befindet sich der Nahe Osten in einer post-imperialen Phase. Kein assyrisches, römisches, persisches, byzantinisches, ottomanisches Empire ordnet mehr die chaotische Vielfalt, und weder die Sowjetunion noch die USA vermochten das Machtvakuum auszufüllen.¹⁴ Seit dem Untergang des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg herrschen Krieg und Konflikte vor. Der Nationalismus hat in Stammeskulturen wenig Prägekraft gezeigt, und auch deshalb füllt der Islamismus um so mehr das strukturelle und geistige Vakuum. Für Christen und Juden, die sich im Osmanischen Reich noch sicher wähnten, wurden sowohl die Einheitsbestrebungen des Nationalstaates als später auch die Islamisten oft zur tödlichen Falle.

Der Nahostkonflikt droht durch die Verbindung des Iran mit China und Rußland zu einem Weltkonflikt zu werden. Der Iran ist zugleich der wichtigste Waffenlieferant Rußlands im Krieg gegen die Ukraine. Moskau revanchiert sich, indem es den Iranern Kampfflugzeuge und Flugabwehrsysteme anbietet. Gelingt es dem Iran, mit Hilfe Nordkoreas die Atombombe zu entwickeln, droht über diese neue Konstellation nicht weniger als ein Hineinschlittern in einen dritten Weltkrieg.

Dem verhängnisvollen Trend einer neuen Front zwischen dem Westen und dem Rest der Welt steht entgegen, daß beim ersten direkten Raketenangriff des Iran auf Israel nicht nur alle relevanten westliche Mächte, sondern auch arabische Staaten sich am Abwehrkampf beteiligten. Sie scheinen nach dem Gaza-Krieg wieder an die „Abraham Accords“ anknüpfen zu wollen. Es ist nicht gelungen, die nach dem Niedergang der Sowjetunion sich entwickelnde Multipolarität in eine neue Weltordnung zu überführen. Im Hinblick auf eine Einbettung des Nahen Ostens in eine multipolare Ordnung müssen die Großmächte Rußland und China einbezogen werden. Die Abwehr des gemeinsamen islamistischen Feindes wäre eine Chance dazu.

Es ist keine Weltmacht in Sicht, die das Machtvakuum des Nahen Ostens alleine füllen oder Rivalitäten zwischen den dortigen Mächten Israel, Türkei, Ägypten, Saudi-Arabien und Iran aufheben könnte. Es bleibt nur eine internationale Lösung – gewissermaßen in Vertretung von imperialistischen Strukturen. Eine Neuordnung müßte im Rahmen einer multipolaren Weltordnung erfolgen. Im Staatenbündnis „BRICS plus“ versammeln sich Rivalen des Nahen Ostens zu neuer wirtschaftlicher Kooperation. Den Chinesen ist es gelungen, zwischen Saudi-Arabien und dem Iran zu vermitteln. Vielleicht können sie eines Tages auch zwischen dem Westen und dem Iran vermitteln.

Israel als Modell für Selbstbehauptung und Zivilisation

In Deutschland ist seit 2015 nichts geschehen, um die Entladung von Entwicklungs- in Migrationskrisen durch staatliche Souveränität und Grenzschutz zu

verhindern. Möglich wurde dieses Staatsversagen nicht zuletzt über eine Schuld-Erzählung, die darauf hinausläuft, daß Deutschland und andere weiter entwickelte Länder (bis hin zu Israel) an den Entwicklungskrisen in Afrika oder dem Nahen und Mittleren Osten „schuldig“ seien. Eine wachsende Anzahl von Migranten versteht sich dementsprechend als gerechte Eintreiber dieser „Schulden“. Der in Deutschland aufgebaute Wohlstand wurde zur „Weltschuld“ umgewertet.¹⁵

Die Ausdifferenzierung der Funktionssysteme als Vorbedingung jeder Zivilisation enthält den Auftrag der Trennung und der gegenseitigen Ergänzung von Religion und Politik und damit auch von Kultur und Zivilisation. In Israel ist das Judentum die Leitkultur, die sich dann auch in den eine Assimilation erzwingenden Leitstrukturen des Staates niederschlägt.

Die kulturellen Freiheiten religiöser Minderheiten ließen sich auf Dauer im Rahmen einer föderativen Ausgestaltung des Staates sichern. *Michael Wolffsohn* plädiert für einen Übergang vom Staatenmodell hin zu föderativen Systemen und möchte dieses Modell auch für das Verhältnis von Israel und Palästina angewandt sehen. Föderalismus im Sinne von räumlich territorialer oder manchmal auch personal-gruppenbezogener Selbstbestimmung und Machtteilung innerhalb von Staaten und gegebenenfalls zwischen Staaten bedeute so viel innere Selbstbestimmung wie möglich – bei konsequenter, entschiedener Durchsetzung der staatlichen Spielregeln.¹⁶

Erst dieser Zusammenhang von Leitkultur und Leitstruktur ermöglicht die multi-religiösen und -ethnischen Strukturen Israels. 25 Prozent der Bevölkerung gehören nicht dem Judentum an. Es gibt über 400 Moscheen, ihre Zahl hat sich seit 1988 verfünffacht. 300 Imame erhalten finanzielle Zuschüsse der israelischen Regierung. Zusammengehalten wird diese Vielfalt vom Willen, durch die notwendige politische Einheit die wünschenswerte kulturelle Vielfalt aufrechtzuerhalten. Sofern sich aber die jüdische Leitkultur wie in der derzeitigen Regierung radikalisiert, wird das Gleichgewicht von Leit- und Multikultur gefährdet.

Die Gefährdung Europas liegt umgekehrt im Umkippen der strukturellen und kulturellen Säkularität zur reinen Profanität. Der Kampf der Kulturen hat Europa längst erreicht, ihm wird jedoch ausgewichen, indem eine freiwillige Selbstauflösung die Selbstbehauptung für unnötig, ja für „rassistisch“ erklärt wird. Die westliche Zivilisation wird sich nur über die Besinnung auf eine Leitkultur erhalten können. Sofern es Europa nicht gelingt, wieder ein positives Verhältnis zu seiner eigenen Kultur zu finden, gibt es keinen tieferen Grund, es zu bewahren und zu behaupten. Sofern es niemand verteidigen will, ist auch jeder Euro, der in die Bundeswehr investiert wird, verschleudert. Eine europäische Leitkultur sollte sich sowohl von der politischen Selbstüberhöhung als auch von der postkolonialistischen Verachtung des Eigenen unterscheiden. Die israelische Widerstandsfähigkeit basiert auch auf ihrem positiven Bezug zur eigenen Kultur, Religion und Geschichte. In jedem Staat sollte im Weg der Föderalisierung geklärt sein, wo die Leitkultur und wo die Leitstrukturen gelten.

In der islamischen Welt ist der Übergang vom reinen Kulturalismus sowohl der Stammeskulturen als auch eines fundamentalistischen Religionsverständnisses in

eine ausdifferenzierte Zivilisation gefordert. Auch in vormalig fundamentalistischen Staaten wie Saudi-Arabien sind Anzeichen für einen Aufbruch in diese Zivilisation erkennbar. In anderen Staaten wie der Türkei oder Katar ringen islamistische und zivile Ordnungsverständnisse um die Vorherrschaft. Je mehr sich die arabische Welt in Verträgen und Projekten der Entwicklung Israels annähert, desto größer werden dessen Chancen auf Selbstbehauptung. Die westliche Nahostpolitik sollte sich auch im eigenen Interesse von ihren moralisierenden Belehrungen lösen und sich vielmehr auf eine Abwehr des Islamismus durch die Förderung von Zivilisationspartnerschaften konzentrieren.

Anmerkungen

- 1) Peter Scholl-Latour, Lügen im Heiligen Land. Machtproben zwischen Euphrat und Nil, 9. Aufl., München 2000
- 2) Daniel Bel-Ami, Der Westen schluckt noch immer die Hamas Propaganda, Tichys Einblick, 8. April 2024.
- 3) Michael Wolffsohn, Nie wieder? Schon wieder! Alter und neuer Antisemitismus, Freiburg 2024.
- 4) Heinz Theisen, Selbstbehauptung. Warum Europa und der Westen sich begrenzen müssen, Reinbek 2022.
- 5) Neuere Erhebungen zeigen, wie über den Islamismus die muslimische Welt bezüglich Demokratie, Bildung und wirtschaftliche Lage ins Hintertreffen geraten ist. Vgl. Ruud Koppmans, Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München 2020.
- 6) Michael Klein, „Check your Ideology“. Über die psychologische Macht von Glaubenssystemen, in: <https://globkult.de/gesellschaft/modelle/2354-check-your-ideology?highlight=WyJjaGVJjayIsInlvdXIiXQ==>, 18. März 2024 [aufgerufen am 30. 4. 2024].
- 7) Vgl. Efraim Karsh, Imperialismus im Namen Allahs. Von Muhammed bis Osama bin Laden, München 2007, 322. Die „Palästinafrage“ ist weder ein gewöhnlicher Territorialstreit zwischen zwei Nationalbewegungen noch der Kampf einer einheimischen Bevölkerung gegen einen fremden Besatzer. Sie ist vielmehr ein Heiliger Krieg der weltweiten islamischen Umma, um den Verlust eines Teiles des Hauses des Islam an die Ungläubigen zu verhindern.
- 8) Gunnar Heinsohn, Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen, Zürich 2006.
- 9) Heinz Theisen, Der Westen und sein Naher Osten. Vom Kampf der Kulturen zum Kampf um die Zivilisation, Reinbek 2015.
- 10) Haya Schulmann, Michael Waidner, Deutsche Gleichgültigkeit. Warum bleiben die Reaktionen auf das Hamas-Massaker hierzulande so indifferent?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 2024.
- 11) Chaim Noll, Die Wüste. Literaturgeschichte einer Urlandschaft des Menschen, Leipzig 2020, 677.

- 12) Wichtigste Infos aus dem damaligen Bestseller von Joan Peters, From Time Immorial. The Origins of the Arab-Jewish Conflict, New York 1984.
- 13) Yuval Noah Harari, Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen, 6. Aufl., München 2017, 27, 290.
- 14) Robert D. Kaplan, The Loom of Time. Between empire and anarchy from the Mediterranean to China, New York 2023.
- 15) Gerd Held, Die Parallelwelt ergreift die Macht und zerstört – Wie Deutschland ein anderes Land wurde, Tichys Einblick, März 2024 (vier Teile).
- 16) Michael Wolffsohn, Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf, München 2015.

Prof. Dr. Heinz Theisen lehrte Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule NRW in Köln. Lehrtätigkeiten als Gastprofessor in Palästina und Israel.

